

Geschäftsbericht 2013 – 2017

zum 31. Ordentlichen Landesdelegiertentag
vom 7.11. bis 9.11.2017 in Osnabrück



**Gewerkschaft
der Polizei**
Niedersachsen

Stand: 29.08.2017

Geschäftsbericht 2013 – 2017

I. Vorwort	3	Bundestarifkommission der GdP	32
II. Organigramm	4	Entgeltordnung zum TV-L	33
III. Schwerpunkte 2013 – 2017		LAG Verwaltung	34
Politischer Dialog	6	Mentoring in der GdP	35
Wertschätzung polizeilicher Arbeit	9	PolizeiClient	36
Neue Formen von Kriminalität	10	Fachtagungen	37
Einsatzbelastung	11	Demos	38
Gesundheit in der Polizei (GIP)	12		
Ausstattung der Polizei	13	IV. Fachausschüsse	40
A 11-Erlass	14	V. Personengruppen	52
Höherer Dienst - Verwendungsaufstieg	14	VI. Bezirksgruppen	61
Dienstliche Beurteilungen	15	VII. GdP aus Bund und Land	66
Dienst zu ungünstigen Zeiten	16	Landesbeirat/Landesvorstand	66
Bereitschaftszeiten	16	Personalien	68
Heilfürsorge	17	Seminare und Bildungsarbeit	69
Amtsangemessene Alimentation	18	Mitgliederentwicklung	70
Altersdiskriminierende Besoldung	19	Mitgliederwerbung	71
Gewalt gegen Polizisten und Polizistinnen	20	Einsatzbetreuung	72
Der neue § 114 StGB – Tötlicher Angriff		Einsätze von besonderer Bedeutung	73
auf Vollstreckungsbeamte	21	Neues aus der Geschäftsstelle	76
Kennzeichnungspflicht	22	Rechtsschutz	77
Terrorgefährdung	23	GdP Service GmbH	78
Extremismus und Populismus	24		
Sport und Gewalt	25		
Gesetzesänderungen	26		
Personalratswahlen	27		
Polizeihauptpersonalrat	28		
Beschwerdestelle	29		
Jugend- und Auszubildendenvertretung	29		
Soziale Netzwerke	30		
Tarifverhandlungen	31		

Impressum

GdP Niedersachsen
 Berckhusenstraße 133 a
 30625 Hannover
www.gdp.de/niedersachsen
 0511 / 53037-0



Vorwort

Schon wieder sind vier Jahre vergangen seit dem 30. Ordentlichen Landesdelegiertentag im November 2013 in Cuxhaven. Die Zeit rennt immer schneller, so ist zumindest der Eindruck. Wenn man mit Menschen spricht, sagen sie, dass man gar nicht mehr hinterherkommt, man nicht mehr fassen kann, was so alles passiert und sich verändert.

Viele dieser Geschehnisse und Veränderungen in der Welt lassen einen sprachlos oder entsetzt zurück, seien es die vielen toten Menschen, die während der Flucht vor Krieg, Hunger, Vergewaltigung und sozialen Unruhen in eine vermeintlich bessere Welt im Mittelmeer ertrinken. Oder die Terrorakte einiger weniger verblendeter, hasserfüllter Extremisten, die Brandanschläge und Übergriffe rechtsextremer Unmenschen und die Angriffe Linksauteonomer auf unseren Staat. Die „normalen“ Menschen haben das Gefühl, dass nichts mehr ist wie früher, dass die Gefahr in ihr unmittelbares Umfeld eingedrungen ist und die Politik dafür keine Lösungen parat hat.

Vieles ist im Umbruch, eine Konstante für die Polizeibeschäftigten und für die Politik im Bereich der Inneren Sicherheit bleibt aber: die Gewerkschaft der Polizei. Die GdP ist es, die sich ungeachtet von der jeweiligen politischen Couleur für die Belange der Menschen in der Polizei einsetzt, Ungerechtigkeiten anprangert, berechnigte Forderungen erhebt und sich auch zu gesellschaftlichen Themen äußert.

Die GdP kämpft für eine gerechtere Welt, für gute Bildung, sozialen Ausgleich, für mehr Gerechtigkeit, ein sicheres Umfeld, für gute Arbeit und für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen. In die gesellschaftlichen Debatten bringen wir uns ein, weil die Auswirkungen von ungelösten Problemen immer auch Einfluss auf die Arbeit der Polizei haben.

Die GdP steht mehr denn je für eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung der Polizei, für ein Studium ohne Trennung von Schutz- und Kriminalpolizei mit anschließender kompetenter Fortbildung und Spezialisierung sowie für eine Identifikation mit der gesamten Polizei und nicht nur für einen bestimmten Bereich. Dazu gehören für uns Exekutivbeamtinnen und -beamte, Verwaltungsbeamtinnen und -beamte und Tarifbeschäftigte. Sie alle repräsentieren die gute polizeiliche Arbeit und sind Teil des Erfolges.

In den letzten vier Jahren haben wir wieder einiges für die Polizei erreicht. Nur wenig würde sich positiv verändern, wenn wir nicht dauerhaft auf allen Ebenen dafür streiten und kämpfen würden. Die Gemeinschaft der GdP-Mitglieder wird stets größer, weil unsere Kolleginnen und Kollegen merken, dass die Funktionsträgerinnen und -träger angstfrei und von ihrer Gewerkschaft geschützt agieren können und sich mit Hingabe engagieren. Ganz herzlichen Dank möchten wir in diesem Zusammenhang allen sagen, die sich im Sinne unserer Ziele stark machen und sich der gemeinsamen Solidarität verpflichtet fühlen.

Trotz der mit uns und durch uns erzielten Erfolge der vergangenen vier Jahre gibt es noch viele unbeantwortete Fragen sowie etliche Ungerechtigkeiten, die geändert werden müssen. Für die Verbesserung der Attraktivität unseres Berufsfeldes, für die Lösung der Probleme in der Polizei, für eine gerechtere Arbeitswelt und auch für eine gerechtere Welt muss und wird sich die Gewerkschaft der Polizei weiterhin stark engagieren. Wir geben, wie in unserer fast 70-jährigen Geschichte, weiter die Richtung vor und sind die sichere Konstante:

GdP – Richtungsweisend. Mit Sicherheit!

Für den geschäftsführenden Landesvorstand:



Dietmar Schilff



Elke Gündner-Ede




Jörg Mildahn



Kevin Komolka



Martin Hellweg



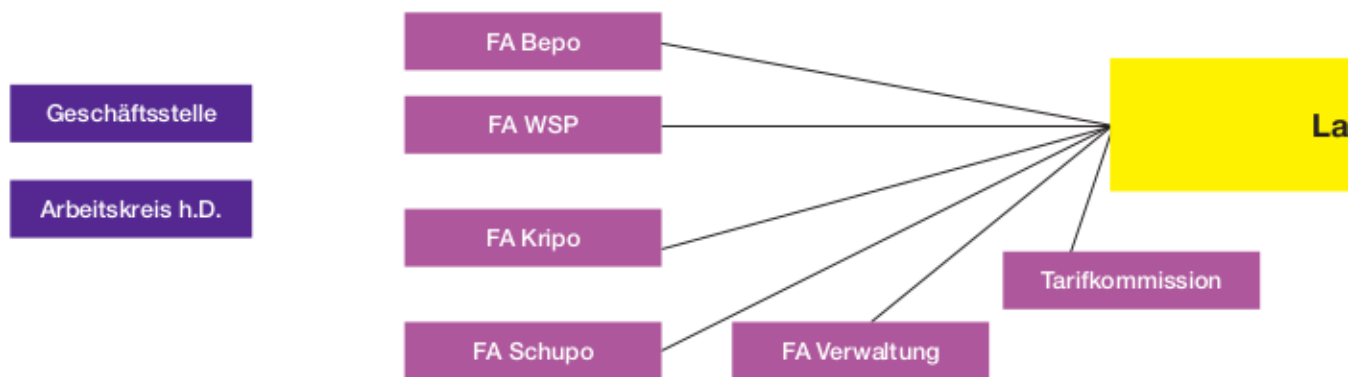
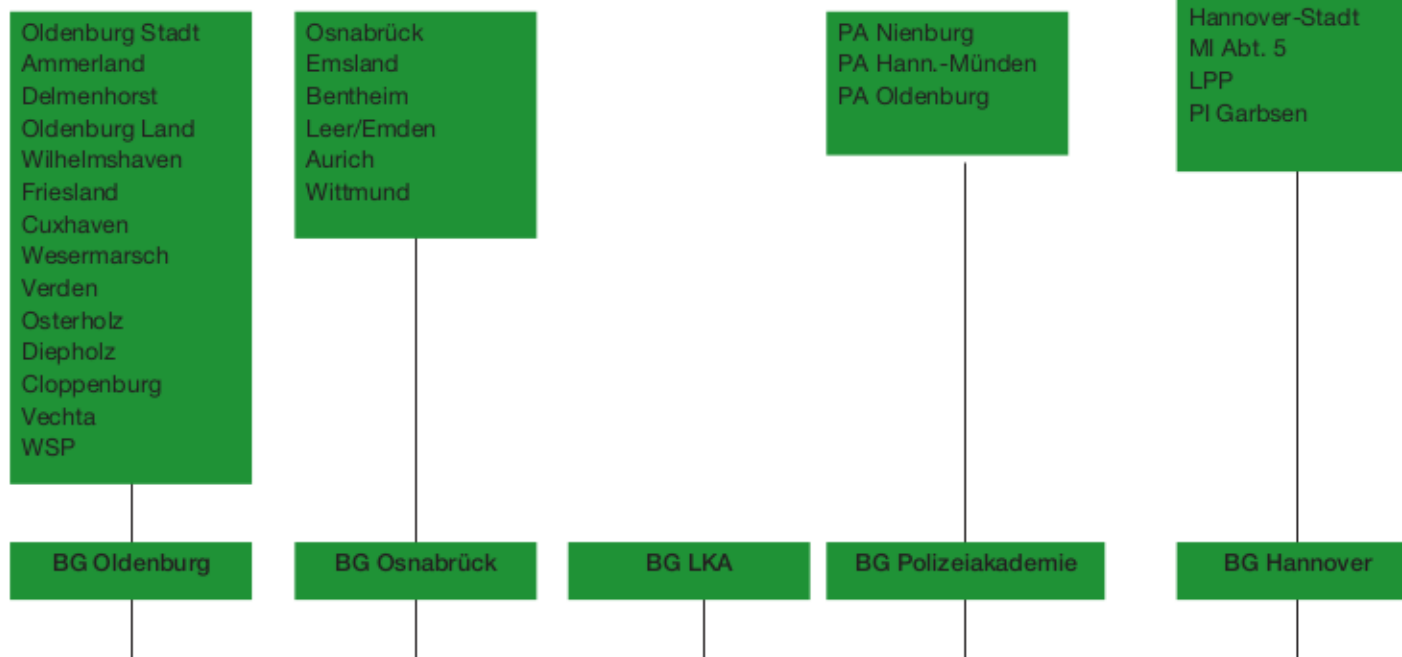
Petra Franzen



Gustav Volk



Sascha Göritz





Göttingen
 Northeim
 Osterode
 Hildesheim
 Hameln-Pyrmont
 Holzminden
 Nienburg
 Schaumburg

Lüneburg
 Uelzen
 Lüchow-
 Dannenberg
 Celle
 Harburg
 Rotenburg
 Heidekreis
 Stade

Braunschweig
 Gifhorn
 Goslar
 Salzgitter
 Peine
 Wolfenbüttel
 Wolfsburg
 Helmstedt

ZPD Niedersachsen
 Bepo Hannover
 Bepo Braunschweig
 Bepo Lüneburg
 Bepo Göttingen
 Bepo Oldenburg
 Bepo Osnabrück
 ZPD Technik

BG Göttingen

BG Lüneburg

BG Braunschweig

BG ZPD
 Niedersachsen

Landesvorstand

Seniorengruppe

Frauengruppe

Kontrollausschuss

JUNGE GRUPPE

GsV

Kevin Komolka

Zuständigkeiten:

- Stellv. Landesvorsitzender
- Großeinsätze
- Werbung
- neue Medien
- FA Bereitschaftspolizei

Elke Gündner-Ede

Zuständigkeiten:

- Stellv. Landesvorsitzende
- Tarifrrecht
- Arbeitsrecht
- Große Tarifkommission
- Bundesvorstand
- FA Tarifkommission
- Frauengruppe

Gustav Volk

Zuständigkeiten:

- Landesschriftführer
- Sozialpolitik
- Verwaltungs-modernisierung
- Logistik / Technik
- Umwelt u. Verkehr
- Protokolle
- Große Tarifkommission
- Gewerkschaftsbeirat Bund
- IT

Sascha Göritz

Zuständigkeiten:

- Stellv. Landesschriftführer
- Werbebeauftragter
- Mitgliederbetreuung
- Satzung
- Aus- u. Fortbildung
- JAV
- Internet
- Bekleidung
- Gewerkschaftsbeirat Bund
- JUNGE GRUPPE
- FA Schutzpolizei

Politischer Dialog

„Demokratie lebt vom Dialog!“ Dieser Satz der anerkannten Politikerin und ehemaligen Kandidatin für das Bundespräsidentenamt, Dr. Hildegard Hamm-Brücher, die im Dezember 2016 im Alter von 95 Jahren verstarb, ist die Grundlage unseres Zusammenlebens – und Grundlage unserer gewerkschaftlichen Interessenvertretung.



Vertreter des geschäftsführenden Landesvorstands und Bundesvorsitzender Oliver Malchow im Gespräch mit Innenminister Boris Pistorius.

Ohne den Dialog über den besten Weg, der sicherlich oftmals auch eine Herausforderung darstellen kann, wenn es um unterschiedliche Positionen geht, gibt es keine positiven Veränderungen. Auch in den vergangenen vier Jahren hat die GdP auf allen Ebenen der Politik und mit vielen gesellschaftlichen Organisationen Gespräche geführt, sich auch harten Diskussionen - zum Beispiel mit Amnesty International zum Thema Kennzeichnungspflicht - gestellt und dabei auch die Argumente anderer gehört und in unsere Überlegungen mit einbezogen. Ebenso galt es aber auch, unsere Grundpositionen und Sichtweisen zu vielen Themen den Gesprächspartnern zu übermitteln und für die Umsetzung unserer Ideen und Ziele zu werben, bzw. unsere Positionen wertfrei zu beleuchten und dadurch die eigene Position vielleicht zu überdenken.

Daueraustausch mit der Politik

Ein guter Diskutant für die GdP war auf jeden Fall Innenminister Boris Pistorius (SPD). Die Gespräche mit ihm waren immer geprägt von der Akzeptanz unterschiedlicher Positionen und verschiedener Rollen. Dabei ging es zwar in der Sache auch manchmal deutlich zu, das gehört aber auch dazu. Neben dem kontinuierlichen Austausch mit Innenminister Pistorius sowie mit dem Staatssekretär im Innenministerium, Stephan Manke, war und ist die GdP im Daueraustausch mit allen in der Polizei Verantwortlichen, mit allen politischen Parteien, die im niedersächsischen Landtag vertreten sind und analog mit Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen, von der Spitze bis zum Gespräch mit einzelnen Abgeordneten und auch örtlichen Politikerinnen und Politikern.



Zum Beispiel vor und nach dem G20-Gipfel waren die Einschätzungen der GdP bei den Medien sehr gefragt.



Vertreter des geschäftsführenden Landesvorstands im Gespräch mit dem Landesvorsitzenden der CDU Niedersachsen, Bernd Althusmann.

Einladungen und Gesprächsangebote von Kirchen, Parteien, Einzelgewerkschaften, DGB, Arbeitgeberverbänden, Sportvereinen und vielen anderen Organisationen, wie zum Beispiel dem Städte- und Gemeindebund, wurden angenommen und dadurch die Möglichkeit genutzt, ins Gespräch zu kommen oder im Dialog zu bleiben. Daneben ist die GdP viel gefragt bei den Medien. Die GdP nimmt öffentlich Stellung zu Themen, die die Polizeiarbeit als solches (Ausrüstung, Personal etc.) oder die Innere Sicherheit (Gewalt beim Fußball, Sicherer Schulweg etc.) betreffen. Wir haben zahlreiche TV-Interviews und fundierte Auskünfte zu Anfragen von Pressevertretern gegeben. Dieser Kontakt wird proaktiv durch unsere Pressemeldungen oder in besonderen Fällen wie der Vorstellung des Attraktivitätsprogramms auch durch unsere Pressekon-

ferenzen aufrechterhalten. Unser Internetauftritt, der von Uwe Robra als Webmaster gepflegt wird, sowie unser Facebook-Auftritt komplettieren die Möglichkeiten für externe Öffentlichkeitsarbeit.

Dialog ist Demokratie – und alternativlos

Die GdP erwartet, dass auch nach dem 31. Landesdelegiertentag und mit einer neuen Landesregierung und neuen Landtagsfraktionen, die gute Gesprächsbasis bestehen bleibt und es um den gemeinsamen Diskurs geht. Die GdP jedenfalls ist auch weiterhin dazu bereit, weil ein guter Dialog Bestandteil unserer Demokratie und insgesamt alternativlos ist.



Begleitende Pressearbeit ist u.a. sehr wichtig, wenn es um Tarifforderungen geht.

Eure Verbesserungen im Jahr 2017

Wir tun was - für EUCH!

1000 zusätzliche Stellen für die Polizei
darunter auch Verwaltung und Tarif

1000 zusätzliche Beförderungen für die
Polizei im nächsten Jahr

Erhöhung Dienst zu ungünstigen Zeiten

Erhöhung Zulage für Spezialeinheiten

Wiedereinführung der Heilfürsorge

Senkung des Eigenanteils bei der
Heilfürsorge auf 1,3%

4,5 Millionen Euro für Ausrüstung und
Kommunikation

„Die Ergebnisse beruhen im Wesentlichen auf Forderungen der GdP und der kritischen und konstruktiven Gespräche mit der GdP“, so die Fraktionsvorsitzenden Johanne Modder (SPD) und Anja Piel (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) bei der Vorstellung der geplanten Maßnahmen für die Polizei am 29.11.16.

Der polizeipolitische Sprecher der SPD-Fraktion Karsten Becker im Landtag am 13.12.16:

„Die Verbesserungen für die Polizei fußen unter anderem auf gute Gespräche mit den Polizeibeschäftigten...insbesondere mit der GdP.“

Jetzt Mitglied werden!

Mitgliedsanträge bei Euren Kreis- und Bezirksgruppen oder online beitreten unter www.gdp.de



**Gewerkschaft
der Polizei**

Niedersachsen



Wertschätzung polizeilicher Arbeit

Die Polizei hat sich in den zurückliegenden Jahrzehnten gewandelt hin zu einem modernen Dienstleistungsbetrieb, der sich durch Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit, Kompetenz und Kreativität auszeichnet. Sie wird getragen von hochqualifizierten, gut ausgebildeten und sozial adäquat handelnden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Der Beruf der Polizeibeamtinnen und -beamten ist anspruchsvoll, komplex, interessant, erlebnis- und abwechslungsreich, meist teamorientiert - allerdings ebenso schwierig und gefährlich.

Anfang der neunziger Jahre wurde hier in Niedersachsen mit dem Einstieg in die sogenannte zweigeteilte Laufbahn und damit in den gehobenen Dienst die längst überfällige gerechtere Bewertung der Polizeiarbeit eingeleitet. Die polizeiliche Tätigkeit wurde im sachbearbeitenden Dienst mit A 11 endlich richtig bewertet. Nach nunmehr über 25 Jahren muss jedoch der dringend notwendige nächste Schritt folgen. Die Bezahlung muss nach adäquater Zeit - nicht erst kurz vor der Pensionierung - tatsächlich auch aus A 11 erfolgen. Das kostet Geld, dessen ist sich die GdP bewusst, aber die Innere Sicherheit sowie die in diesem Bereich Beschäftigten, sind diese Aufwendungen wert und auch die Bevölkerung unterstützt dies angesichts der guten Leistungen ihrer Polizei.

Forderung nach Gerechtigkeit

Der Vergleich mit anderen Berufsgruppen ist niemals vollständig möglich, erweist sich aber als hilfreich, wenn es um die Bewertung gesellschaftlich notwendiger Arbeit geht. Es ist unstrittig, dass Lehrerinnen und Lehrer nach ihrem Studium derzeit grundsätzlich noch aus A 12 bezahlt werden, das Lehramt für Gymnasien sogar aus A 13. Dass die Vermittlung von Wissen und sozialer Kompetenz in unserer Gesellschaft eine der schwierigsten Aufgaben darstellt und dementsprechend bezahlt werden muss, ist unbestritten. Andere Berufsgruppen - z.B. im Pflege- und Betreuungsbereich - haben ebenfalls höhere Anerkennung und eine bessere Bezahlung verdient. Auch darin besteht kein Dissens. Da die GdP aber die Interessenvertretung der Polizei ist, bleibt unser erstes Anliegen, Gerechtigkeit für die Polizeibeschäftigten einzufordern.

A 11 macht den Beruf attraktiv

Insofern stellt die GdP fest, dass die Arbeit der Polizei in den vergangenen Jahren komplexer, komplizierter, vielschichtiger und gefährlicher geworden ist. Dies ist auch überparteilich unbestritten. Insofern besteht hier als Konsequenz die Notwendigkeit, eine verbes-



Ebenso wie Menschen in Lehr- und Pflegeberufen müssen Polizeibeamtinnen und -beamte gerecht bezahlt werden.

serte Bewertung und damit Bezahlung dieser Tätigkeit zu gewährleisten. Eine Bewertung mit A 11 für den sachbearbeitenden Dienst ist keineswegs übertrieben, sondern logische Konsequenz im Vergleich zu Arbeitsplätzen und Dienstposten in anderen Bereichen der Landesverwaltung.

Eine Bewertung aller Dienstposten in sachbearbeitender Funktion der Polizeiexekutive nach A 11 inklusive der entsprechenden Besoldung ist folgerichtig und stellt darüber hinaus einen wichtigen Baustein für die Attraktivität und damit für die Nachwuchsgewinnung dar.

Neue Formen von Kriminalität

Die Polizei Niedersachsen hat sich in den vergangenen Jahren noch stärker auf veränderte Kriminalitätsformen einzustellen gehabt. Die GdP Niedersachsen hatte für die Bekämpfung der Cyberkriminalität bessere Bedingungen gefordert. Mit den eingerichteten TaskForces in den Direktionen und in einigen Polizeiinspektionen war ein erster Schritt gemacht worden.



Fachgespräch zur Cyberkriminalität im Dezember 2013 in der GdP-Geschäftsstelle.

Gerade aber auch im personellen Bereich waren die dringend benötigten Ressourcen hingegen nicht geschaffen worden. Genau dieser Bereich braucht IT-Spezialistinnen und -Spezialisten, die jedoch nur mit deutlich mehr Mitteln zu bekommen sind.

Die enormen Datenmengen auch im Bereich der Kinderpornografie schaffen für die Kolleginnen und Kollegen noch größere Herausforderungen und bringen diese bei der Auswertung an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Zudem hinken wir als Polizei auch hier der technischen Entwicklung hinterher. Nicht selten lassen sich Handydaten nicht auslesen, da die technischen Mittel dafür nicht zur Verfügung stehen. Hier muss deutlich schneller das notwendige Knowhow her.

Die Gefahren durch den internationalen Terrorismus, durch die große Anzahl von Gefährdern in der Bundesrepublik, haben darüber hinaus auch den Staatsschutz und Verfassungsschutz vor noch größere Herausfor-

derungen gestellt. Hier wird die Notwendigkeit von mehr Personal sehr deutlich. Vor allem müssen auch gesetzliche Voraussetzungen geschaffen werden, um die Ermittlungen in diesem Arbeitsbereich auch zu ermöglichen. Es dürfen nicht wie bei den Verkehrsdaten weitere Hürden aufgebaut werden.

In der Einbruchskriminalität ist nicht nur die zahlenmäßige Zunahme ein Problem, sondern auch die Formen, wie z.B. das immer häufigere Auftreten von Banden aus dem Balkanraum, die hoch organisiert hier tätig werden. Hier haben wir als GdP sehr deutlich auch die Notwendigkeit von zusätzlichem Personal gefordert.

Einsatzbelastung

Hohe Einsatzbelastungen, Berge von Überstunden, veraltete Technik und Ausstattung, zu wenig Personal: Das ist eine wenig erfreuliche Bestandsaufnahme der Arbeitsbedingungen der Bereitschaftspolizeien (BePo) in Bund und Ländern und somit auch in Niedersachsen.

Kolleginnen und Kollegen der geschlossenen Einheiten werden allzu oft als Notstopfen für Personallücken in anderen Bereichen der Polizei genutzt, obwohl ein klares Bekenntnis der gesamten Politik zu unseren Bereitschaftspolizisten in den geschlossenen Einheiten mehr als notwendig wäre.

So erfahren wir im Jahr 2017 wie nie zuvor, dass Kolleginnen und Kollegen aus der Bereitschaftspolizei „zur Stärkung der Fläche“ aus den geschlossenen Einheiten per Erlass temporär wegversetzt werden, um die Inspektionen, um teilweise eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter, zu verstärken. Was es aber bedeutet, 5, 10 oder gar 15 erfahrene Einsatzkräfte aus einer BePo-Einsatzhundertschaft zu versetzen, das können sich die Entscheidungsträger vermutlich nicht vorstellen. Sie müssen die damit steigende Belastung für den Einzelnen, der in der geschlossenen Einheit verbleibt, ja nicht tragen.

Mehr Einsätze in anderen Bundesländern

Mit 10.000 Volksfesten, 1.500 Weihnachtsmärkten, dazu Demonstrationen, Fußballereinsätzen, Terrorlagen und Politikergipfeln sind die Auftragsbücher der BePo in Bund und Land übergeladet. Mit bundesweit 16.438 Einsatzkräften hat die BePo zwar im Jahr 2016 wieder den Personalbestand des Jahres 2005 erreicht, gleichsam ist die Zahl der jährlichen länderübergreifenden Einsätze im gleichen Zeitraum von 89 auf 209 (bundesweiter Vergleich) drastisch gestiegen. Niedersachsens Polizei ist aufgrund des Einsatz-Knowhows gern gesehen in anderen Bundesländern, wie zuletzt in Hamburg mit 1.900 Kolleginnen und Kollegen.

Auch zusätzliche finanzielle Mittel für die BePo waren im diesjährigen Bundeshaushalt zunächst nicht berücksichtigt worden und erst mit Druck der GdP hat eine Erhöhung der Mittel um 6,5 Millionen auf 20 Millionen Euro stattgefunden. Das reicht jedoch bei weitem nicht aus, da bei der Bereitschaftspolizei bundesweit Investitionen in Höhe von 100 Millionen Euro fällig sind. Es bleibt dabei ein Rätsel, warum es nicht möglich ist, bundeseinheitlich qualitativ hochwertige Ausstattung zu beschaffen.

Ein „Danke“ reicht nicht mehr aus

In Niedersachsen hat es zumindest in Folge des G20-Gipfels in Hamburg, eine leichte Wertschätzung für unsere Kolleginnen und Kollegen gegeben, die auf Initiative der GdP Niedersachsen drei zusätzliche Tage Sonderurlaub für die erfahrenen Belastungen in Hamburg erhalten haben. Denn nur die wenigsten können sich vorstellen was es bedeutet, 48 Stunden auf den Beinen zu sein, davon fast die ganze Zeit mit Schutz- ausstattung bekleidet zu sein und mehrere Kilometer zu Fuß, teilweise im Laufschrift und bei drückenden Temperaturen, zurückzulegen, ohne zu wissen, welche chaotischen und gewalttätigen Aktionen und Bilder um die nächste Ecke herum warten. Und dafür, dass unsere Kolleginnen und Kollegen nicht mehr aus den Stiefeln kommen, reicht manchmal ein einfaches „Ich danke Ihnen für Ihren unermüdlichen Einsatz“ nicht mehr aus.



Neben Volksfesten, Weihnachtsmärkten und Fußballspielen müssen auch zahlreiche Demonstrationen begleitet werden – wie 2015 in Hannover der Protest die „Hooligans gegen Salafisten“-Veranstaltung.

Gesundheit in der Polizei Niedersachsen (GIP)

„Gesundheit kostet: Zeit, Geld, manchmal Mut und Geduld ...“: Aufgrund der Initiative der GdP wurde 2008 die Landesarbeitsgruppe (LAG) „Gesundheit in der Polizei (GIP)“ eingerichtet. Nach nunmehr fast zehn Jahren und der notwendigen Grundlagen- und Erhebungsarbeit ist das Projekt schon lange in der Alltagsorganisation angekommen.

Die Arbeit in diesem Themenfeld ist weiterhin extrem wichtig. Es kann die Organisation Polizei nicht zufriedenstellen, wenn jeden Tag rund 10 Prozent der Beschäftigten krankheitsbedingt fehlen. Das bedeutet, dass von der durch das Innenministerium in der Öffentlichkeit genannten Beschäftigtenzahl bei der Exekutive von zirka 21.000 täglich über 2.000 nicht für den Bereich der Inneren Sicherheit zur Verfügung stehen. Dazu kommen noch etliche Kolleginnen und Kollegen aus dem Verwaltungs- und Tarifbereich. Die Folgen von Krankheit sind nicht zu unterschätzen. Zudem sorgt diese viel zu hohe Quote für eine zusätzliche Belastung der Gesunden.

Belastende Faktoren abbauen

Die GdP hat sich auch in den letzten vier Jahren für die Gesundheit in der Polizei stark gemacht und fordert, nicht nachzulassen und dauerhafte Lösungen für ein gesünderes Arbeitsumfeld zu erarbeiten. Es geht wei-

terhin um die Identifizierung und den Abbau belastender Faktoren. Es muss geklärt werden, wo und warum Arbeit krankmacht. Schlechtes Arbeitsklima, egal ob durch Schichtdienst, durch falsches Führungsverhalten oder durch schlecht organisierte Arbeitsabläufe, gilt es zu verändern.

Große und bekannte Firmen in der freien Wirtschaft investieren immens in die Gesundheit und Zufriedenheit der Beschäftigten, weil der Mensch das wertvollste Gut ist. Dies darf aber nicht nur für die Wirtschaft gelten, sondern muss ebenso Priorität im Dienstleistungsbereich, im öffentlichen Dienst und bei der Polizei haben.

Jetzt handeln!

Die GdP macht dazu eigene Veranstaltungen und unterstützt weiterhin neben der Arbeit der im Bereich GIP tätigen Kolleginnen und Kollegen auch weitere auf diesem Feld Aktive, wie zum Beispiel die Vertreter der schwerbehinderten Menschen in der Polizei, die Fachkräfte für Arbeitssicherheit und andere.

Für die GdP steht fest: Wenn der Dienstherr nicht dauerhaft und konsequent in die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter investiert, wird er viele Belastungen und zusätzliche hohe Kosten aufgrund von Krankheiten zu spüren bekommen.



Die GdP fordert dauerhafte Lösungen für ein gesundes Arbeitsumfeld.

Ausstattung der Polizei

Die Ausstattung der Polizei ist schon seit jeher Schwerpunkt von gewerkschaftlicher Arbeit. Dies spiegelt sich insbesondere an der Vielzahl der Anträge auf den Landesdelegiertentagen wieder. So konnten die Forderungen nach gelben Signaljacken von uns weitgehend durchgesetzt werden, was auch zu einer veränderten Ausstattung bei unseren Studenten geführt hatte. Das Thema Ausstattung hat aber in den vergangenen Jahren nochmals deutlich an Dringlichkeit zugenommen.



Verspricht Erfolge im Kampf gegen Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten: die Body-Cam.

Die zunehmende Respektlosigkeit und Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte und vor allem auch die Terroranschläge in Europa und der Bundesrepublik haben die Notwendigkeit von anderer und neuer Ausstattung in den Fokus rücken lassen. Die GdP hat mit ihren Forderungen nach einer Body-Cam jetzt auch in Niedersachsen erste zarte Erfolge im Kampf gegen Gewalt gegen Polizeibeamte erzielt. Die GdP setzt sich zudem für die Einführung eines neuen praxistauglicheren Einsatzstocks ein. Erste Probeläufe dazu laufen bereits. Aber auch die Forderungen nach der Einführung von sogenannten „Tasern“ wird in der Polizei immer deutlicher. Die GdP Niedersachsen hat dazu ebenso noch keine eindeutige Position wie auch im Übrigen die GdP Bund.

Weiterhin Bedarf bei der Schutzausstattung

Die Terroranschläge hatten gezeigt, dass die Polizei Niedersachsen in vielen Bereichen deutlichen Nachholbedarf im Bereich der Ausstattung hatte. Die Forderungen der GdP, hier vor allem auch die Basis bei

der Beschaffung mitzunehmen, ist in bislang drei Workshops nachgekommen worden. Im Bereich der Schutzausstattung wurde bereits erheblich nachgebessert. Wenngleich immer noch erheblicher Bedarf in diesem Bereich besteht. Die GdP Niedersachsen hat dazu mit ihren Forderungen in ihrem Attraktivitätsprogramm Stellung bezogen und erwartet für die Zukunft weitere Verbesserungen.



Der ungeliebte Einsatzmehrzweckstock, der im Auto sehr hinderlich ist, soll ersetzt werden.

Der A 11-Erlass

Mit der Einsetzung der Landesarbeitsgruppe „Dienstpostenbewertung Bes. Gr. A11“ reagierte die 2013 neu gewählte Landesregierung auf die Forderungen der GdP und der Personalvertretungen in Niedersachsen.

Parallel dazu wurde mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2014 das NBesG geändert und auf Betreiben der GdP damit die Möglichkeit geschaffen, Bündelungsdienstposten BesGr. A 9 bis A 11 einzurichten. Damit konnte das unter Innenminister Schünemann am 1. September 2010 festgelegte Dienstpostenkonzept mit festgeschriebenen Dienstposten A 11 ad acta gelegt werden. Mit der neuen Regelung bestand wieder die Möglichkeit für jede und jeden, im Laufe seiner Dienstzeit bis in die Besoldungsgruppe A11 zu kommen. Dies wurde durch ein Stellenhebungsprogramm mit 750 Hebungen im Haushalt 2014, jeweils nach A 10 und nach A 11, und nochmals 500 Hebungen, nach A 10 und A 11 im Haushalt 2017, unterstützt.

Die Landesarbeitsgruppe entschied sich, maximal 1.294 Dienstposten als herausgehoben zu deklarieren und mit einer festen Planstelle zu hinterlegen. Alle weiteren Stellen A 11 können seitdem im Rahmen der

freien Vergabe besetzt werden. Die GdP hält weiterhin an ihrer Auffassung fest, dass A 11 kein Spitzenamt des gehobenen Dienstes in der Polizei ist. Die derzeit noch als herausgehobene deklarierten Dienstposten müssen nach Auffassung der GdP perspektivisch mit A 12 bewertet werden.

Der Anteil der A 11 Stellen wird zum 1. Dezember 2017 rund 20 Prozent (3.603 Stellen) betragen. Im Jahre 2010 betrug dieser Anteil bei festgelegten Dienstposten 13,3 Prozent.

Insgesamt lautet die Forderung der GdP aber weiter, das Einstiegsamt A 11 bei der Polizei zu implementieren.

Höherer Dienst – Verwendungsaufstieg

Ungefähr 1,5 Prozent der Planstellen im Bereich der Polizei des Landes Niedersachsen sind Stellen des ehemaligen höheren Dienstes – also der Laufbahngruppe II. Bisher hat der Gesetzgeber sich stets geweigert, diesen Anteil zu erhöhen.

Die GdP fordert seit einigen Jahren eine vergleichbare Ausdehnung des Anteils des höheren Dienstes auch im Vergleich zu anderen Berufsgruppen in der öffentlichen Verwaltung des Landes Niedersachsen. Schon in der Vergangenheit hatte die GdP mehrfach darauf hingewiesen, dass der Anteil des höheren Dienstes nicht der Bewertung der polizeilichen Arbeit entspricht. Deshalb hatte die GdP bereits 1997 einen Anteil von zehn Prozent gefordert.

Die Frage der richtigen Bewertung stellte sich schon bei den Polizeipräsidenten in unserem Land. Nicht zuletzt auf Initiative der GdP hat die Landesregierung hier eine Anpassung der Bezüge umgesetzt. Dem folgte die Anpassung der Besoldungsstruktur der Polizeivizepräsidenten, folgerichtig wäre nun die einheitliche Bewertung aller PI-Leiter nach A 16 sowie die weitere Anpassung in der Linienorganisation.

Darüber hinaus fehlte es der Politik bisher an der Initiative, eine Erhöhung des prozentualen Anteils des höheren Dienstes auf den Weg zu bringen. Eine Ausweitung des höheren Dienstes ist durch einen begrenzten Verwendungsaufstieg zu erreichen. Für die Einführung des Verwendungsaufstiegs wird sich die GdP daher auch zukünftig einsetzen. Wichtig ist dabei, dass die A 13 g.D.-Stellen weiterhin auch für den ehemals gehobenen Dienst zur Verfügung stehen.

Andere Bundesländer sind hier bereits mit gutem Beispiel vorangegangen und nutzen damit einen begrenzten Zugang und damit die Öffnung innerhalb der Laufbahngruppe II.

Dienstliche Beurteilungen

Gemäß Art. 33 Abs. 2 GG hat jeder Deutsche nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte. Zur Ermittlung des Leistungsstandes konkurrierender Bewerber ist nach dem Grundsatz der Bestenauslese auf unmittelbar leistungsbezogene Kriterien zurückzugreifen: Dies sind regelmäßig die aktuellen dienstlichen Beurteilungen.

Die dienstliche Beurteilung als zentraler Anknüpfungspunkt im Beförderungsverfahren sorgt regelmäßig für viel Unmut und Unverständnis. Nicht zuletzt deshalb ist die Anzahl von Rechtsschutzanträgen konstant hoch, wenn die Beurteilungs- und Beförderungsrunder anstehen. Nach wie vor besteht Unzufriedenheit mit dem Beurteilungssystem. Es bindet einen erheblichen Teil der Arbeitszeit über einen langen Zeitraum. Die GdP setzt sich weiterhin dafür ein, dass ein System gefunden, das den Kriterien Eignung, Befähigung und Leistung bei Beförderungen gerecht wird und gleichzeitig den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein ehrliches Feedback ermöglicht.

Für viel Aufsehen sorgte ein Beschluss des Niedersächsischen OVG im Dezember 2016, mit dem es seine bisherige Rechtsprechung aufgab, wonach es die Ansicht vertrat, der zuständigen Behörde stünde bei der Auswahl unmittelbar leistungsbezogener Kriterien ein weiter Ermessensspielraum zu. Sie sei insbesondere nicht gehalten, bei der Heranziehung weiterer unmittelbar leistungsbezogener Kriterien eine bestimmte Reihenfolge einzuhalten. Die Konsequenz dieser Entscheidung war, dass etliche Kolleginnen und Kollegen in der Beförderungsrangfolge nach unten gerutscht sind. Dies hat für viel Unmut gesorgt.

Nunmehr jedoch schließt sich das OVG der bereits seit dem Jahr 2011 bestehenden Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts an. Danach muss die zuständige Behörde, sofern Bewerber mit dem gleichen Gesamturteil bewertet worden sind, zunächst die Beurteilungen umfassend inhaltlich auswerten und Differenzierungen in der Bewertung einzelner Leistungskriterien oder in der verbalen Gesamtwürdigung zur Kenntnis nehmen. Diese sogenannte ausschärfende Betrachtung hat zur Folge, dass nach wie vor zunächst das Gesamturteil der dienstlichen Beurteilungen betrachtet werden muss. Ergibt sich danach, dass mehrere Bewerberinnen und Bewerber als gleich anzusehen sind, müssen die einzelnen Leistungsmerkmale, aus denen sich die Gesamtbeurteilung ergibt, ausgewertet werden. In der Wertungsstufe C erfolgt diese ausschärfende Betrachtung erst nach der Auswertung der Binnendifferenzierung (Co, Cm, Cu).

Welches Gewicht die Behörde den einzelnen Leistungskriterien beimessen will, unterliegt ihrem Ermessen. Jedoch muss die Bedeutung einzelner Kriterien besonders begründet werden. Erst wenn die Bewerberinnen und Bewerber auch nach der ausschärfenden Betrachtung der aktuellen dienstlichen Beurteilung als im Wesentlichen gleich geeignet anzusehen sind, kann die Behörde auf andere leistungsbezogene Gesichtspunkte, wie z.B. dienstliche Erfahrung, Verwendungsbreite, Leistungsentwicklung oder ein strukturiertes Auswahlgespräch, abstellen.

Diese Vorgaben zur Rechtmäßigkeit der Auswahlentscheidungen sind streng von der Rechtmäßigkeit der dienstlichen Beurteilungen zu unterscheiden. Die Entscheidung hat keinen Einfluss auf die dienstlichen Beurteilungen, sondern allein auf die Bewertung dieser im Rahmen eines Auswahlverfahrens. Nach den Beurteilungsrichtlinien für die Polizei des Landes Niedersachsen (BRLPol) enthält die Beurteilung ein Gesamturteil, das in der Regel der Gesamtbewertung der Leistungsmerkmale unter Einbeziehung der Gesamtpersönlichkeit entspricht; Nr. 6.1 BRLPol.

Die Richtigkeit der dienstlichen Beurteilungen wird durch die ausschärfende Betrachtung nicht in Frage gestellt, da diese ausschließlich den Zweck hat, zu ermitteln, ob sich bei gleichen Gesamturteilen der Beurteilungen der Bewerberinnen und Bewerber aufgrund eines Vergleichs der Einzelmerkmale der Beurteilungen ein Leistungsunterschied feststellen lässt.

Dienst zu ungünstigen Zeiten

Die Belastungsgrenze der niedersächsischen Polizei ist längst erreicht. Unsere Kolleginnen und Kollegen benötigen neben einer Entlastung durch zusätzliche Stellen auch eine stärkere Kompensation für die besonderen Belastungen ihres Dienstes. Deshalb wird sich die GdP weiter dafür einsetzen, dass die Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten erhöht wird.

Bereits seit der Übertragung der Regelungskompetenz auf die Länder im Jahr 2006 hat die GdP immer wieder in Veröffentlichungen und politischen Gesprächen die Forderung nach einer Anhebung der Höhe der Zulage erhoben. Angesichts der enormen Belastungen der niedersächsischen Beamtinnen und Beamten ist eine Anhebung dieser Erschwerniszulage dringend erforderlich.

Mit Beschluss des Landtags für den Haushalt

2017/2018 sind die Landesregierung und die Regierungsfractionen der langjährigen GdP-Forderung gefolgt und haben die Beträge für DuZ erstmalig nach 20 Jahren angehoben.

Die GdP fordert jedoch weiter die Anhebung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten auf mindestens 5 Euro pro Stunde sowie eine Dynamisierung, damit diese nicht mehr von den allgemeinen Besoldungserhöhungen ausgenommen ist.



Die GdP wird sich weiterhin für eine Erhöhung der DuZ-Zulage einsetzen.

Bereitschaftszeiten

Die ausgehandelte Vereinbarung aus 2013 gilt! Kurz nach dem Regierungswechsel im Februar 2013 ist die GdP auf den neuen Innenminister Pistorius zugegangen und hat mit ihm eine Einigung zur 100-prozentigen Abgeltung von Bereitschaftszeiten erzielt.

Sein Vorgänger war über Jahre nicht bereit, trotz gewonnenen Prozesses der GdP vor dem OVG Lüneburg, diese umzusetzen.

Auf dem Landesdelegiertentag 2013 in Cuxhaven wurde die Vereinbarung schon gebührend positiv bewertet. Es ist aber wichtig zu erwähnen, dass es in dieser Frage keine Rückschritte gab, sondern die damals

erarbeitete Lösung weiter angewandt und umgesetzt wird.

Die GdP erwartet, dass eine neue Landesregierung sich auch an diese konsensuale Lösung hält und es keine Einschränkungen gibt.

Heilfürsorge

Die Landesregierung hat auf der Kabinetts-Haushaltsklausur am 19. Juni 2016 in Hannover die Wiedereinführung der Heilfürsorge mit Wirkung vom 1. Januar 2017 beschlossen.



Service-Hotline der GdP: Dietmar Schilff beantwortet Fragen zur Heilfürsorge

Die jahrelangen Bemühungen der GdP Niedersachsen, die Heilfürsorge nach deren Abschaffung 1999 wieder für alle Polizeibeamtinnen und -beamten einzuführen, waren erfolgreich, auch wenn die von uns geforderte Rückkehr zur freien Heilfürsorge noch nicht durchgesetzt werden konnte. Jedoch ist es auch auf die Bemühungen der GdP zurückzuführen, dass auf die Besoldung der Heilfürsorgeberechtigten für deren Absicherung durch die Heilfürsorge ab dem 1. Januar 2017 monatlich ein Betrag von Höhe von 1,3 Prozent (statt bisher 1,6 %) des jeweiligen Grundgehalts angerechnet wird.

Die GdP befand sich im ständigen Austausch mit Finanzminister Peter-Jürgen Schneider (SPD) und konnte so regelmäßig über konkrete Planungen zur Ausgestaltung der Heilfürsorge informieren. Außerdem wurde eigens dafür in einem bestimmten Zeitraum eine Service-Hotline in der Geschäftsstelle eingerichtet, über die zahlreiche Mitglieder Antworten zu den wichtigsten Fragen die Heilfürsorge betreffend erhalten haben.

Die Wiedereinführung der Heilfürsorge ist einzig und allein auf die Initiative der GdP-Niedersachsen zurückzuführen.

Amtsangemessene Alimentation

Seit Jahren immer wieder Thema in der GdP: Das Alimentationsprinzip aus Art. 33 Abs. 5 GG verpflichtet den Dienstherrn, dem Beamten und seiner Familie amtsangemessenen Unterhalt zu zahlen.

Die gerichtliche Überprüfung beschränkt sich auf die Frage, ob Bezüge offensichtlich unzureichend sind. Wann dies genau der Fall ist, hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) mit Urteil vom 5. Mai 2015 (2 BvL 17/09 u.a., zur R-Besoldung) konkretisiert. Die Prüfung erfolgt danach in drei Schritten.

1. Prüfungsstufe

Auf der ersten Stufe wird mit Hilfe von aus dem Alimentationsprinzip ableitbaren und volkswirtschaftlichen Parametern ein durch Zahlenwerte konkretisierter Orientierungsrahmen für eine grundsätzlich verfassungsgemäße Ausgestaltung der Alimentationsstruktur und des Alimentationsniveaus ermittelt.

(1. Parameter:)

Differenz zwischen Besoldungsentwicklung und Tarifiergebnissen der Angestellten im öffentlichen Dienst.

(2. Parameter:)

Abweichung der Besoldungsentwicklung vom Nominalindex.

(3. Parameter:)

Abweichung der Besoldungsentwicklung vom Verbraucherpreisindex.

(4. Parameter:)

Systeminterner Besoldungsvergleich (Abstandsgebot).

(5. Parameter:)

Quervergleich mit Besoldung des Bundes und anderer Länder.

2. Prüfungsstufe

Sind auf der 1. Prüfungsstufe mindestens drei Parameter erfüllt, wird eine Unteralimentation vermutet. Diese Vermutung kann in dieser Stufe durch andere alimentationsrelevante Kriterien im Rahmen einer Gesamtwürdigung widerlegt oder erhärtet werden.

- Fachliche Qualifikation (der Richter und Staatsanwälte)
- Qualität und Verantwortung eines Amtsträgers
- Niveau der Beihilfeleistungen
- Wesen der Alimentation
- Vergleich mit Bruttoverdiensten sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit vergleichbarer Qualifikation

3. Prüfungsstufe

Ergibt die Gesamtwürdigung eine verfassungswidrige Unteralimentation, wird auf dieser Stufe geprüft, ob dies ausnahmsweise verfassungsrechtlich gerechtfertigt sein kann.

Bei Kollision mit anderen verfassungsrechtlichen Wertentscheidungen, sind diese im Wege der Abwägung entsprechend dem Grundsatz der praktischen Konkordanz zu einem schonenden Ausgleich zu bringen.

Altersdiskriminierende Besoldung

Was die GdP seit Jahren beschäftigt: Der Niedersächsische Landtag hat am 15. Dezember 2016 das „Gesetz zur Neuregelung des Besoldungsrechts, zur Anpassung der Besoldung und der Versorgungsbezüge in den Jahren 2017 und 2018 sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften“ verabschiedet. Das Gesetz dient insbesondere der Umsetzung von Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs zur altersdiskriminierenden Besoldung.

Kernpunkt ist, dass damit das Besoldungsdienstalter als maßgebliches Besoldungskriterium von einem System abgelöst wird, das an der jeweiligen beruflichen Erfahrung der Beamtin oder des Beamten ausgerichtet ist. Durch das rückwirkende Inkrafttreten zum 1. September 2011 werden etwaig bestehende Ansprüche aufgrund der Altersdiskriminierung nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) oder in Form eines unionsrechtlichen Haftungsanspruchs ab diesem Zeitpunkt ausgeschlossen.

Bei der Einordnung in die Erfahrungsstufen besteht gem. § 71 NBesG ein Vertrauensschutz. Es erfolgt die Einordnung in die Erfahrungsstufe, die der bereits erreichten Stufe nach dem bisherigen Besoldungsdienstalter oder Lebensalter entspricht. Sollte eine Erfahrungsstufe nicht mehr mit einem Betrag hinterlegt sein, erfolgt eine Zuordnung zur nächsthöheren Stufe. Die „Günstigkeitsregelung“ des § 72 Abs. 2 NBesG betrifft die im Zeitraum vom 1. September 2011 bis zum 31. Dezember 2016 eingestellten Besoldungsempfängerinnen und Besoldungsempfänger. Sie beinhaltet eine rückwirkende Zuordnung zu den Erfahrungsstufen auf den Tag des Beginns des jeweiligen Beamten- oder Richterverhältnisses entsprechend der Stufenzuordnung nach vormaligem BDA-Recht, wenn dies für sie günstiger ist als die Zuordnung nach dem neuen Erfahrungsstufenrecht.

Die am 31. August 2011 bereits vorhandenen Beamtinnen und Beamten werden rückwirkend ab dem 1. September 2011 der Erfahrungsstufe zugeordnet, die der nach dem bisherigen Recht zustehenden Stufe entspricht. Im Rahmen der letztgenannten Neuzuordnung ergibt sich die Frage, ob diese Verfahrensweise nunmehr mit dem Verbot der altersdiskriminierenden Besoldung in Einklang zu bringen ist.

Zwar ist hierin eine Fortdauer des altersdiskriminierenden Zustandes zu sehen, wenn die Beamtinnen und Beamten, die bereits vor dem 1. September 2011 ein Amt innehatten, in die Erfahrungsstufe eingeordnet werden, die ihr oder ihm nach dem bisherigen und damit diskriminierenden Besoldungssystem zugestanden hat. In der Rechtsprechung des EuGH und des BVerwG ist jedoch anerkannt, dass diese Überleitung zur Wahrung des Besitzstandes und zur Vermeidung eines übermäßigen Verwaltungsaufwandes für die Regulierung der in der Vergangenheit liegenden Zeiten gerechtfertigt ist.

Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten

Wenn es irgendwo knallt, wenn Gefahr für Hab und Gut, Leib oder Leben besteht, dann kommt die Polizei zum Einsatz. Ihr Auftrag besteht in der Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

So weit, so gut. Von den meisten Menschen wird diese Schutz- und Ordnungsfunktion akzeptiert und dankbar aufgenommen, denn die Einhaltung bestimmter Regeln ist nun einmal die Grundlage für das Funktionieren von Staat und Gesellschaft. Rund 90 Prozent der Bevölkerung äußern Zustimmung zur Polizeiarbeit und haben Vertrauen in die Polizei. Leider gibt es aber eine zunehmende Tendenz in einem Teil der Bevölkerung, eben diese Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens nicht als positiv, sondern als Provokation zu betrachten. Es gibt immer mehr Menschen, die nicht akzeptieren wollen, dass sie für ihr Fehlverhalten ermahnt, zur Kasse gebeten oder sogar strafrechtlich verfolgt werden. Die Schuld an dieser misslichen Situation wird dabei zumeist nicht im eigenen Verhalten, sondern bei den staatlichen Anordnungen und Gesetzen gesucht.

Gewalt ist alltäglicher Begleiter geworden

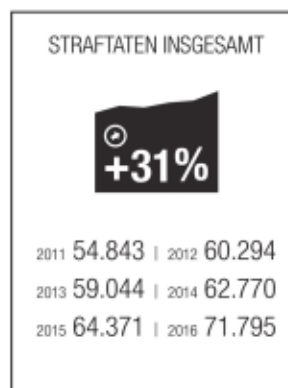
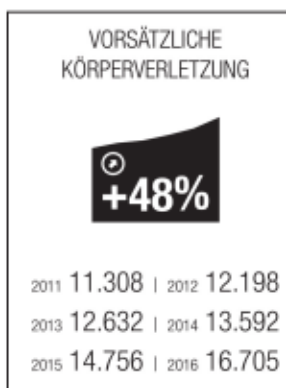
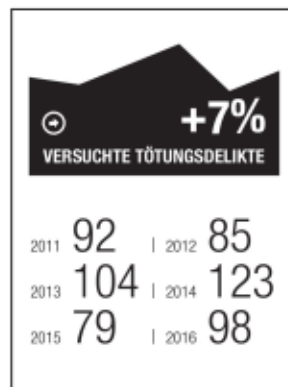
Unser Rechtsstaat wird zunehmend als repressives Organ empfunden, das die persönliche freiheitliche Entfaltung behindert. Die Polizei als Vertreter dieser staatlichen Gewalt wird dabei bei einigen immer mehr zum Feindbild. Da der Staat als solcher nicht greifbar ist, richtet sich die Aggression aber auf seine ausübenden Repräsentanten – auf uns Polizistinnen und Polizisten. Gewalt gehört mittlerweile zum ständigen Begleiter im Berufsalltag von Polizistinnen und Polizisten, nicht nur in klassischen Brennpunktsituationen wie Fußballspielen und Demonstrationen. Immer häufiger sind Polizeibeamtinnen und -beamte in ihrem ganz normalen Berufsalltag betroffen, beispielsweise im Streifendienst.

Insgesamt nimmt dabei die Zahl der Übergriffe auf Polizistinnen und Polizisten im Einsatz in den vergangenen Jahren kontinuierlich zu. Dabei reichen die Angriffe von Beleidigungen über einfache und schwere Körperverletzungen bis hin zu versuchten Tötungsdelikten – unter Umständen nur wegen einer Verkehrskontrolle. Deshalb ist der lange geforderte und nun endlich eingesetzte § 114 im StGB, wonach derjenige, der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte angreift, mit einer Haftstrafe rechnen muss, das richtige Signal.

Gefahr ja, Zielscheibe nein

Oft wird vergessen: Hinter der Frau oder dem Mann in Uniform steckt immer auch eine Mutter, ein Vater, eine Schwester, ein Bruder, ein Sohn oder eine Tochter. Und auch Polizistinnen und Polizisten haben neben ihrem Beruf noch ein Privatleben, Familien und Freunde. Es darf kein Argument sein, dass wir uns doch diesen gefahrgeneigten Beruf ausgesucht haben und wussten, worauf wir uns einlassen. Es ist zwar richtig, dass wir uns beworben haben und wussten, dass eine bestimmte Gefahr mitschwingt. ABER niemand von uns ist doch in dem Selbstverständnis Polizistin oder Polizist geworden, tagtäglich und in jedweder Situation lebendige Zielscheibe und Ventil für den angestauten Frust in unserer Gesellschaft zu sein.

Polizistin und Polizist sein bedeutet
AUCH MENSCH sein!



Zunahme von Gewalttaten gegen
Polizistinnen und Polizisten.

Der neue § 114 StGB – Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte

Mit Wirkung vom 30. Mai 2017 wurde der neue § 114 im Strafgesetzbuch (StGB) eingefügt. Darin ist festgelegt, dass ein tätlicher Angriff auf eine Polizistin oder einen Polizisten auch ohne Widerstandshandlung unter Strafe steht und es eine Mindeststrafe gibt.

Die selbstständige Strafandrohung dieser Begehungsform wurde seit langem von der GdP gefordert und ist aus unserer Sicht das richtige Signal in Zeiten deutlich steigender Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte. Es wird für jeden ersichtlich, dass derjenige, der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte angreift, mit einer Haftstrafe rechnen muss. Dieser Paragraph muss nun konsequent angewendet werden.

In Niedersachsen stieg die Zahl der Körperverletzungen zum Schaden von Polizeibeamtinnen und -beamten um fast 16 Prozent innerhalb eines Jahres. 2015 gab es 1.081 Körperverletzungen gegen Polizeibeamtinnen und -beamte, 2014 waren es noch 934. Im Jahr 2011 hatte es sogar nur 538 Fälle gegeben. Die GdP Niedersachsen hat diese Tatsache seit Jahren bei allen politischen Gesprächen angesprochen und auch vom Land Niedersachsen Unterstützung zum besseren Schutz der Polizeibesetzten vor Gewalt eingefordert und auch erhalten hat.

Nach Ansicht der GdP muss aber neben dem neuen Straftatbestand auch das gesellschaftliche Klima verändert werden. Die Schulen, Vereine und Institutionen sind dabei wichtige Partner. Junge Menschen müssen frühzeitig über das Thema „Respekt“ reden.

Daher fordert die GdP, neben dem Bildungsbereich auch die ehrenamtliche Tätigkeit in den Vereinen weiter zu stärken. Denn hier wird soziale Kompetenz vermittelt, es werden Gemeinsamkeiten gelebt und auch Schranken aufgezeigt.

Der neue Paragraph im Wortlaut:

(1) Wer einen Amtsträger oder Soldaten der Bundeswehr, der zur Vollstreckung von Gesetzen, Rechtsverordnungen, Urteilen, Gerichtsbeschlüssen oder Verfügungen berufen ist, bei einer Diensthandlung tätlich angreift, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

(2) § 113 Absatz 2 gilt entsprechend.

(3) § 113 Absatz 3 und 4 gilt entsprechend, wenn die Diensthandlung eine Vollstreckungshandlung im Sinne des § 113 Absatz 1 ist.

Kennzeichnungspflicht

Die Forderung aus dem Koalitionsvertrag, eine Kennzeichnungspflicht einzuführen, konnte durch die eindeutige ablehnende Position der GdP abgewehrt werden.



Von 10.000 Befragten lehnen fast alle eine Kennzeichnungspflicht ab.

Eine Umfrage der GdP unter mehr als 10.000 Mitgliedern hat diese Haltung mit einem klaren Votum bestätigt. Darin wurde die Kennzeichnungspflicht mit nahezu 100 Prozent abgelehnt.

Wir werden deshalb auch in Zukunft dafür eintreten, dass eine Kennzeichnungspflicht nicht eingeführt wird, da das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei und in polizeiliches Handeln enorm hoch ist und je nach Umfrage seit Jahren zwischen 85 bis über 90 Prozent liegt. Zudem gibt es kaum Vorgänge, die bei Vorwürfen gegen die Polizei nicht schon heute nachvollziehbar sind.

In Zeiten stetig steigender gewalttätiger Übergriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte, wünschen wir uns Zeichen der Wertschätzung polizeilicher Arbeit - eine Kennzeichnungspflicht signalisiert hingegen Misstrauen.

Terrorgefährdung/Anschläge/Extreme Lagen

„Sie mögen in diesem Augenblick ein triumphierendes Machtgefühl empfinden. Aber sie sollen sich nicht täuschen. Der Terrorismus hat auf Dauer keine Chance. Denn gegen den Terrorismus steht nicht nur der Wille der staatlichen Organe. Gegen den Terrorismus steht der Wille des ganzen Volkes. Dabei müssen wir alle trotz unseres Zornes einen kühlen Kopf behalten“

Diesen Satz sagte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt nach der Entführung des Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Hanns Martin Schleyer, durch die RAF-Terroristen. Das Zitat wird nun wieder des Öfteren genutzt. Terroristische oder extremistische Anschläge gab es schon immer. Schaut man sich die Liste der Taten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs an, so kann einem schon ein kalter Schauer über den Rücken laufen.

In den Siebziger Jahren hielt der linksextremistische Terrorismus der Roten Armee Fraktion (RAF) das Land jahrelang in Atem. Etliche Kolleginnen und Kollegen, die zwischenzeitlich im Ruhestand sind und einige, die noch im Dienst sind, können sich sicherlich noch gut an diese dramatische Zeit erinnern. Erinnern werden sich viele auch an das Oktoberfest-Attentat 1980 mit 13 Toten und über 200 Verletzten, welches einer rechten Terrorgruppe zugeschrieben wird.

NSU – ein dunkler Fleck für die Sicherheitsbehörden

In den neunziger Jahren kommen einem bei der Recherche wieder mehrere rechtsterroristische Anschläge, so z.B. in Lampertheim im Januar 1992, in Mölln im November 1992 und Solingen im Mai 1993 mit 11 Toten und vielen Verletzten vor Augen. Und dann natürlich die 13 Attentate mit vielen Toten und Verletzten, Raubüberfälle und Verbrechen des rechtsterroristischen Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) von 1999 bis 2011, die erst nach den Selbsttötungen der Rechtsterroristen Mundlos und Böhnhardt im Oktober 2011 an die Öffentlichkeit kamen. Auch ein dunkler Fleck für den Staat, die Polizei, Verfassungs- und Staatsschutz. Der Prozess gegen Beate Zschäpe vor dem Münchner Oberlandesgericht geht wohl dieses Jahr zu Ende. Gespannt darf man auf das Urteil sein und was neben den Ergebnissen der Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse danach noch an die Öffentlichkeit kommt.

Sehr präsent wurde der islamistische Terror der Terrorgruppe al-Qaida dann am 11. September 2001 (Nine-Eleven), als zwei Flugzeuge in die Türme des World Trade Centers krachten, diese in sich zusammenfielen und mindestens 3.000 Menschen ums Leben kamen. Nach der Zerschlagung von Al-Qaida dachte man, es trete Ruhe ein, das war aber, wie wir alle wissen, eine Fehleinschätzung. Mit der Gründung des sogenannten Islamischen Staates ist der islamistische Terrorismus überall zugegen.

Terrorakte auch in Niedersachsen

Seit dem letzten Landesdelegiertentag im November 2013 in Cuxhaven gab es in *Europa, einschließlich Russland und Türkei 85 Terrorakte mit islamistischem Hintergrund*. Viele Tote und Verletzte sind zu beklagen. *In der Bundesrepublik gab es in den letzten vier Jahren 12 Terroranschläge mit islamistischem Hintergrund*, etliche Drohungen, im Vorfeld aufgedeckte Planungen und Absagen von Veranstaltungen. So zum Beispiel der Karnevalsumzug in Braunschweig im Februar 2015 und das Fußballfreundschaftsspiel am 17. November 2015 zwischen Deutschland und den Niederlanden in Hannover.

Konkrete Anschläge mit islamistischem Hintergrund gab es auch in Niedersachsen mit der Messerattacke einer 15-jährigen IS-Sympathisantin im Februar 2016 im Hauptbahnhof von Hannover auf einen Kollegen der Bundespolizei, der schwer verletzt wurde. Auch aufgrund dessen wurde ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingesetzt, der der Polizei hohe personelle Belastungen brachte.

Konsequenzen aus dem Terror

Auch bei diesem schwierigen Thema war die GdP immer präsent und in den Medien gefragter Gesprächspartner. Es wurde enger Draht zum LPP gehalten und die GdP erstellte Forderungen zum Schutz der Kolleginnen und Kollegen sowie Positionspapiere zum Terrorismus. Darüber hinaus wurde mit allen im Landtag vertretenden Fraktionen Gespräche geführt, die letztendlich auch zur Anschaffung besserer Schutzausstattung und stärkerer Vorbereitung auf Einsätze in extremen Lagen, Nachbereitung und zur Verstärkung des Einsatztrainings sowie des Staats- und Verfassungsschutzes, geführt haben.

Es bleibt zu hoffen, dass dieses Problem - durch Verstärkung der Prävention, aber auch durch harte repressive Maßnahmen - in den Griff zu bekommen ist, damit den Rechtspopulisten der Boden entzogen wird und die „Angst“ bei Großveranstaltungen in der Bevölkerung, aber auch bei der Kollegenschaft nicht immer mitschwingt.

Extremismus und Populismus

Ob Attacken gegen Flüchtlinge in Bautzen, brennende Autos und Straßenkämpfe in Hamburg, der Terroranschlag vom Breitscheidplatz oder mutmaßlich rechtsextreme Netzwerke in der deutschen Bundeswehr. In jedem Fall ist die Polizei betroffen, die jeweiligen Lagen unter Kontrolle zu bekommen und Ermittlungen zu tätigen.

Dabei gerät die Polizei immer häufiger unter wachsenden Druck von Politik und Gesellschaft, diese Tätigkeiten richtig auszuführen, keine Spuren zu übersehen und immer, am besten stündlich, einen neuen Ermittlungsstand kundzutun. Die Polizei jedoch „erstmal ihre Arbeit machen zu lassen“, rückt dabei immer weiter nach hinten. All das sind Situationen die unsere Kolleginnen und Kollegen in der Ausbildung und im Studium zwar behandeln, für die Praxis bekommen sie jedoch nur geringes „Rüstzeug“. Glücklicherweise kommen solche Situationen nicht täglich vor.

Deshalb ist es heute, wie lange nicht mehr, erforderlich, sich mit Erscheinungsformen, Entwicklungen und Herausforderungen des (links und rechts) Extremis-

mus und Populismus auseinanderzusetzen. Wir als Gewerkschaft der Polizei, als Mitgliedsgewerkschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund, empfinden dabei insbesondere den Rechtspopulismus als besondere Herausforderung für gesellschaftliches und gewerkschaftliches Handeln. Wir müssen uns heute, wie lange nicht mehr, mit einer instabilen Politik und steigendem Rechtspopulismus auseinandersetzen. Sich diesem Thema zu widmen, ist dabei eine urgewerkschaftliche und historisch gewachsene Aufgabe.

Aus diesem Grund haben sich innerhalb der GdP nicht nur der Bundesvorstand mit dem Thema „Rechtspopulismus und AfD“ auseinandergesetzt, sondern auch die JUNGE GRUPPE (GdP) hat eine „Handlungsempfehlung zum Umgang mit der AfD“ herausgegeben. Außerdem hat eine dreitägige Fachtagung zum Thema Extremismus/Populismus in Hannover stattgefunden. Auch in Niedersachsen waren Extremismus und Populismus nicht nur Seminarthemen in der vergangenen Legislaturperiode, sondern auch Bestandteile der Tagesordnungen des Landesvorstandes und des AK Höherer Dienst.



Insbesondere Gewerkschaften sehen Populismus als eine besondere Herausforderung an. Deshalb hat die JUNGE GRUPPE (GdP) Handlungsempfehlungen erarbeitet.

Sport und Gewalt

Das leidige Thema „Sport und Gewalt“ trifft überwiegend beim Fußball zu und zwar nicht ausschließlich in der 1. und 2. Fußballbundesliga, sondern auch bei unterklassigen Vereinen.

Polizeieinsatzkräfte sind heutzutage von Freitag bis Montag und teilweise auch unter der Woche unterwegs, um rivalisierende Fußballchaoten zu trennen. Die Kolleginnen und Kollegen werden dabei beleidigt, bespuckt, getreten, geschlagen und mit Böllern und Pyrotechnik beworfen. Dieses gewalttätige Agieren ist in keiner Weise zu akzeptieren. Auch die Beleidigungen innerhalb und außerhalb der Stadien auf Plakaten, an Häuserwänden oder Schallschutzwänden sind absolut inakzeptabel.

In Zügen, in denen Problemfans zu Auswärtsspielen fahren oder wieder zurückkommen, ist das Mitfahren für normale Fahrgäste kaum möglich. Es wird in den Abteilen getrunken, geraucht, uriniert, gepöbelt, Frauen werden sexistisch angegangen, es wird randaliert und Züge quasi auseinandergenommen. Bei der Einfahrt in die Bahnhöfe werden die Einsatzkräfte auf den Bahnsteigen mit Flaschen, Dosen und Böllern beworfen und fortdauernd beleidigt. Sie müssen dort in voller Schutzausstattung und mit Helmen ihren Dienst verrichten.

Vielfältige Aktionen gegen Fan-Gewalt

Die GdP Niedersachsen ist in dieser Frage in den letzten Jahren sehr aktiv gewesen. Es wurde eine Initiative für Fairen Fußball „**Gemeinsam und fair – Gegner nur im Spiel!**“ initiiert, die vom Norddeutschen Fußballverband sowie dem Innenministerium unterstützt wurde. Der Landesvorsitzende war zu diesem Thema mehrmals sehr präsent in den Medien und diskutierte mit den Vereinsvorsitzenden im Bereich der niedersächsischen Amateurevereine. Es wurden Positionspapiere erarbeitet und eine Fachtagung mit den szenekundigen Beamtinnen und Beamten der Polizei Niedersachsen in Kooperation mit der GdP durchgeführt. Mit dem Fanwissenschaftler Professor Gunter A. Pilz und seiner „Kompetenzgruppe für Fankulturen & Sport bezogene Soziale Arbeit“ (kurz KoFaS) gab es einen intensiven Austausch.

Die niedersächsischen Vereine von der 1. bis zur 3. Liga wurden zur Ächtung der Beleidigung „ACAB“ (All Cops Are Bastards) in Stadien angeschrieben. Mit den Präsidenten, Geschäftsführern und Sportdirektoren des VfL Wolfsburg, von Hannover 96, Eintracht Braunschweig und des VfL Osnabrück gab es einen direkten Dialog. Der geschäftsführende Landesvorstand der GdP Niedersachsen veranstaltete mit dem geschäftsführenden Vorstand der GdP Bundespolizei eine gemeinsame Tagung, und die Bezirksgruppe Braunschweig lud mit Unterstützung der GdP Niedersachsen und in Kooperation mit Eintracht Braunschweig zur Fachtagung „Friedlicher Fußball“ ein. Während einiger Spiele findet auch GdP-Einsatzbetreuung statt.



Pyrotechnik wird bis zu 2.000 Grad Celsius heiß. Das Abbrennen im Stadion soll in jedem Fall verboten bleiben.

Diskussion um Pyrotechnik

Daneben ist das Abfackeln von Pyrotechnik und das Werfen von Böllern/Polenböllern, die zu Verletzungen führen und auch schon geführt haben, weiterhin nicht zu akzeptieren. Neben der Gefährlichkeit belästigt es andere Fußballfans, insbesondere auch Kinder, durch Rauchgase und andere Schadstoffe. Warum Pyrotechnik zum Fußball gehören soll, ist für die GdP nicht nachvollziehbar. In vielen Stadien in Deutschland, aber auch in dieser Welt, wird gefeiert, ohne Pyro abzubrennen. Eine gute und notwendige Fankultur ist davon jedenfalls nicht abhängig.

Unverständlich war in diesem Zusammenhang die Aussage von Innenminister Boris Pistorius im August 2017, in die Überlegung einzusteigen, eventuell Pyrotechnik in bestimmten Bereichen der Stadien zuzulassen. Dies ist bei der Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen, unabhängig vom Dienstgrad, bei den Normalbürgern und auch bei der GdP auf völlige Ablehnung gestoßen.

Die GdP Niedersachsen wird sich diesbezüglich weiter einbringen, möchte eine gute Fankultur mit einer gesunden Rivalität unter den Fans verschiedener Vereine sowie auch Stehplätze erhalten. Oberste Priorität hat aber die Sicherheit der Menschen innerhalb und außerhalb der Stadien sowie unserer Kolleginnen und Kollegen. Sollte sich hier bei den Personengruppen keine Änderung ihrer Geisteshaltung einstellen, wird es notwendig sein, über drastische Maßnahmen nachzudenken.

Auch weiterhin gilt: „**Gemeinsam und fair – Gegner nur im Spiel!**“

Gesetzesänderungen

Seit Ende des Jahres 2014 sind mehrere Gesetze überarbeitet worden, wobei die GdP im Rahmen der Beteiligung Einfluss auf die inhaltliche Gestaltung genommen hat. Von besonderer Bedeutung waren dabei die Änderung des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes (NPersVG) vom Dezember 2015 und die Neuregelung des Besoldungsrechts (NBesG) vom Januar 2017.



Im Rahmen der Beteiligungsverfahren nimmt die GdP Einfluss auf die Gestaltung von Gesetzen.

Eigentlich wäre an dieser Stelle über weitere Gesetzesentwürfe zu berichten, welche unmittelbare Auswirkungen auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Beschäftigten hätten. Die gewählte Formulierung „eigentlich“ ist der momentanen, besonderen Situation in Niedersachsen geschuldet.

So wären auch die Gesetzesentwürfe zum Niedersächsischen Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung von Bedeutung: Der rot-grüne Regierungsentwurf umfasste u.a. die Namensgebung (NGeFAG) und die Entfernung des Begriffs der öffentlichen Ordnung sowie die Normierung von Gefährderansprachen und die Streichung der Befugnis zum Einsatz automatisierter Kennzeichenlesegeräte. Der Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU greift den der Regierung teilweise auf, sah darüber hinaus jedoch auch die Anhebung der Höchstdauer des Präventivgewahrsams auf 18 Monate, die Videoüberwachung polizeilicher Gewahrsamseinrichtungen sowie die Normierung von Quellen-TKÜ, Onlinedurchsuchung und elektronischer Fußfessel vor.

Ebenfalls von Bedeutung war der Entwurf zur Einführung einer Familienpflegezeit für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften. Der Gesetzesentwurf be-

inhaltete neben der Einführung einer Familienpflegezeit, Neuregelungen hinsichtlich der Höchstaltersgrenzen für die Einstellung in ein Beamtenverhältnis und die Erfüllungsübernahme von Schmerzensgeldansprüchen als Fürsorgeleistung des Dienstherrn, die seitens der GdP jahrelang gefordert wurde.

Am 21. August 2017 hat der niedersächsische Landtag seine Auflösung beschlossen, was sich unmittelbar auf die genannten Gesetzesentwürfe auswirkt. Der Grund dafür ist das Prinzip der sachlichen Diskontinuität. Danach verfallen alle Gesetzesentwürfe, die am Ende einer Legislaturperiode nicht abschließend behandelt wurden. Dies geht aus § 21 GO LT (Geschäftsordnung des niedersächsischen Landtags) hervor: *Sind Vorlagen am Ende der Wahlperiode nicht abschließend behandelt, so gelten sie als erledigt.*

Mehr als 40 Gesetzesentwürfe wurden im Landtag eingebracht und noch nicht beschlossen.

Personalratswahlen 2016

Am 12. und 13. März 2016 waren knapp 25.000 Beschäftigte der Landespolizei Niedersachsen zur Personalratswahl und gleichzeitig JAV-Wahl aufgerufen. Mit 63,4 Prozent bei den Beamtinnen und Beamten sowie 77,3 Prozent bei den Tarifbeschäftigten wurde die Gewerkschaft der Polizei wieder die stärkste Kraft in der Polizei Niedersachsen. Die Wahlbeteiligung auf Landesebene sank leider um 9,9 Prozent.



Auftaktveranstaltung zu den Personalratswahlen: Die GdP wurde wieder stärkste Kraft.

In allen Bezirkspersonalräten sowie fast allen örtlichen Personalräten erhielt die Gewerkschaft der Polizei die Mehrheit und stellt die Vorsitzenden. Im Polizeihauptpersonalrat erhielt die GdP 8 von 11 Sitzen und stellt damit, wie seit Gründung des PHPR den Vorsitzenden. Martin Hellweg wurde zum dritten Mal in Folge zum Vorsitzenden und Elke Gündner-Ede zur Stellvertreterin gewählt. Weitere stellvertretende Vorsitzende sind Dietmar Schilff, Anja Diana Surkau und Ralf Hermes. Das Team wird durch Angelika Kunert, Jörg Mildahn und Germar Kwant ergänzt.

Neben vielen Einzelthemen und der Abschaffung des alten A 11-Erlasses waren bisher Belastung und Personal sowie die Betrachtung neuer technischer Einsatzmittel (Digitalfunk, Messenger, Polizeiclient) und Ausrüstung (Schutzwesten, Helme, etc.) Schwerpunkte der Personalratsarbeit. Einen besonderen Schwerpunkt hatte auch das Thema Beurteilungen sowie die dazu ergangenen obergerichtlichen Urteile.



Das Motto der Personalratswahlen im März 2016.

Polizei-Hauptpersonalrat



Seit der Satzungsänderung aus dem letzten Landesdelegiertentag nehmen die GdP-Angehörigen des PHPR beratend an den Sitzungen des Landesvorstandes teil. Die Beschlüsse der jeweiligen Landesdelegiertentage werden in die tägliche Arbeit des PHPR auf-

genommen. In den allgemeinen politischen Themen erfolgt ein intensiver Austausch zwischen den Mitgliedern des PHPR und der GdP.



Die Kandidaten für den PHPR 2016.

Beschwerdestelle

Bereits mit dem Beschluss, eine „Beschwerdestelle für Bürgerinnen und Bürger und Polizei“ einzurichten, wurde dies von der GdP wegen fehlender Notwendigkeit abgelehnt. Nach unserer Auffassung ist dies Ausdruck eines massiven Misstrauens in die Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen.

Gerade dieses Misstrauen hat aber keine Basis, da eine repräsentative Dunkelfeldstudie des LKA Niedersachsen im Jahr 2013 bestätigt hat, dass weit über 90 Prozent der Befragten der Polizei als einer rechtsstaatlichen Institution vertrauen. Für die GdP ist die Einrichtung der Beschwerdestelle lediglich Ausdruck einer ideologischen Politik.

Alle Unmutsäußerungen werden bearbeitet

Seit der Ankündigung einer Beschwerdestelle im Koalitionsvertrag hat sich die GdP Niedersachsen intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt. Im Rahmen einer GdP-Tagung mit polizeilichen Führungskräften im Jahr 2013 wurde ebenfalls festgestellt, dass es keine Notwendigkeit gibt: Denn bereits im Rahmen der Führungsverantwortung wird darauf hingewirkt, dass sich das Ziel, eine Bürgerpolizei zu sein, fest bei jeder Kollegin und jedem Kollegen verankert hat. So werden alle Unmutsäußerungen von Bürgerinnen und Bürgern ernst genommen, bearbeitet und konsequent geklärt. Einer weiteren Ebene, deren dienst- und disziplinarrechtliche Einordnung völlig unklar ist, bedarf es nach Auffassung der GdP daher nicht.

Externe Anlaufstelle überflüssig

Die statistischen Daten der Beschwerdestelle für das Jahr 2016 zeigen keine Veränderungen zu den Vorjahren. Das bestätigt aus Sicht der GdP weiterhin deren Entbehrlichkeit. Nach unserer Auffassung ist eine externe Anlaufstelle für Beschwerden über die Arbeit der Polizei überflüssig. Die Polizei bearbeitet die Kritik, die an sie herangetragen wird, souverän, transparent und professionell, weshalb es dafür keiner Sonderstelle im Innenministerium bedarf. Nach Auffassung der GdP ergibt sich der Polizeiateil von 59 Prozent der eingehenden Beschwerden aus der Namensgebung dieser Einrichtung. Die GdP befürwortet hingegen ausdrücklich ein Ideen- und Verbesserungsmanagement für die gesamte Landesverwaltung.

Jugend- und Auszubildendenvertretung

Die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) an der Polizeiakademie bildet gemeinsam mit dem Personalrat die Interessenvertretung der Auszubildenden und Studierenden. Sie sorgt dafür, dass die Interessen der jungen Polizeibeschäftigten, die sich im Studium befinden, vertreten werden.

Im Berichtszeitraum wurde die Zusammenarbeit zwischen PHPR-Vorsitzendem und der JAV stark intensiviert. Regelmäßig treffen sich Verantwortliche aus der JAV im Büro des PHPR-Vorsitzenden, um sich über aktuelle Themen auszutauschen. Der PHPR unterstützt die Arbeit der JAV. Auch Einzelthemen wurden per-

sönlich oder telefonisch erörtert. Darüber hinaus wurden die Angehörigen der JAV an zwei Terminen durch Erwin Jark bzw. Andreas Kauß gemeinsam mit Martin Hellweg in den sie betreffenden Teilen des NPersVG geschult.

Soziale Netzwerke

In Zeiten immer schneller werdender Kommunikation, verbunden mit dem Drang, immer die neusten Informationen an die Kolleginnen und Kollegen, aber auch an die Medien zu transportieren, wurde auf dem vergangenen Landesdelegiertentag ein Antrag zur Einrichtung eines Facebook-Auftritts der GdP Niedersachsen angenommen.



Der Facebook-Auftritt der GdP Niedersachsen erreicht etwa 3.000 Nutzerinnen und Nutzer

Die darauffolgende Einrichtung dieses Facebook-Auftritts gestaltete sich zunächst schwierig, da noch nicht alle datenschutzrechtlichen Bedenken und die anfänglichen Unstimmigkeiten hinsichtlich der Verteilung der „Arbeit“ zwischen den Facebook-Redakteuren geklärt waren. Eine erste Facebook-Richtlinie aus der Feder von Sascha Göritz und Enrico Burtz machte es möglich, die notwendigen Regelungen zu treffen und den Facebook-Auftritt einzurichten.

Seitdem erfreuen sich knapp 3.000 Menschen an den inzwischen fast täglich geposteten News der GdP Niedersachsen. Das Redaktionsteam bestehend aus Angela Hübsch, Sascha Göritz, Enrico Burtz und Kevin Komolka hat inzwischen die Facebook-Richtlinien

überarbeitet und sich somit einen größeren Handlungsspielraum bei der Veröffentlichung und Berichterstattung via Facebook geben lassen. Die anfangs befürchteten „Spammer“ blieben bislang glücklicherweise aus.

Jeder Klick zählt, von daher die Aufforderung: Einfach mal bei Facebook „GdP-Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen e.V.“ suchen, liken und teilen. Aber auch andere Soziale Medien werden inzwischen durch die GdP Niedersachsen bedient - beispielsweise ein eigener YouTube-Kanal. Lediglich das Thema Twitter ist nach wie vor offen.

Tarifverhandlungen

Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst sind inzwischen nach Einführung des TVöD (2005) und des TV-L (2006) nicht mehr so leicht zu durchschauen. Es gibt also keine einheitliche Tariflandschaft mehr, wie das zur Zeit des BAT bis zum Jahre 2005 der Fall war. Tarifverhandlungen finden seit dem Jahre 2005 somit jeweils einmal jährlich statt. Entweder wird für den Bereich des TVöD oder im Folgejahr für den TV-L verhandelt.

Wenn man es richtig betrachtet, haben sich inzwischen sogar drei Tarifbereiche entwickelt. Denn innerhalb der TVöD wird jeweils für den Bereich des Bundes (Bundespolizei und BKA sowie Teile einiger Bundesländer) und den Bereich der VKA (Verband kommunaler Arbeitgeber) verhandelt. Um nicht für noch mehr Verwirrung zu sorgen, soll sich an dieser Stelle jetzt nur noch auf die Betrachtung des TV-L beschränkt werden, der für die GdP Mitglieder innerhalb des Landes Niedersachsen Gültigkeit hat.

Erklärtes Ziel jeder Tarifverhandlung ist die mögliche Zusammenführung der oben beschriebenen Tarifbereiche, da es gewerkschaftlich nicht nachvollziehbar ist, dass in den jeweils anderen Tarifbereichen für die gleiche Tätigkeit schlechter oder sogar besser bezahlt wird. Tarifverhandlungen haben meines Erachtens aber nicht nur den Sinn, für mehr Geld zu sorgen, sondern auch für bessere Arbeitsbedingungen, mehr Urlaub und für Verbesserungen innerhalb des Tarifvertrages. Beispielsweise die Regelung zur Pflege wäre eine wichtige Verbesserung des Tarifvertrages.

Aber erfolgreiche Tarifverhandlungen bestehen nicht nur aus meist langwierigen Verhandlungen, die sich häufig über drei Verhandlungsrunden und in der zweiten und auch in der dritten Verhandlungsrunde über mehrere Tage erstrecken. Es geht auch um die Art und Weise, wie wir unsere Forderungen öffentlich artikulieren. Es gibt plakative Forderungen wie beispielsweise die prozentuale Entgelterhöhung und nicht plakative Forderungen. Das ist zum Beispiel der stufengleiche Aufstieg bei Höhergruppierungen.

Und was kann nun der oder die einzelne zu den Tarifverhandlungen beitragen?

Die Teilnahme jedes bzw. jeder einzelnen an den von uns gemeinsam mit anderen Gewerkschaften innerhalb des DGB initiierten Aktionen senden ein starkes Signal: Nicht nur an die auf der anderen Seite des Verhandlungstisches sitzenden Arbeitgeber, sondern

auch an alle anderen Mitbürger sowie an die Medien. Aus meiner Erfahrung kann ich feststellen: Je mehr wir in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurden, desto besser war unser Tarifabschluss.



Zu einer guten Tarifverhandlung gehört auch, mit kreativen Aktionen öffentlich wahrgenommen zu werden.

Bundestarifkommission der GdP

Die Bundestarifkommission (BTK) der GdP setzt sich zusammen aus jeweils zwei Mitgliedern der einzelnen Landesbezirke sowie des BKA und der Bundespolizei. Alle Mitglieder des geschäftsführenden Bundesvorstandes (GBV) sind auch Mitglieder der BTK, der Vorsitzende der BTK ist der Bundesvorsitzende Oliver Malchow.



Eine wichtige Aufgabe der BTK ist die Vorbereitung und Begleitung von Tarifverhandlungen der Tarifbereiche des TV-L (alle Bundesländer außer Hessen) und des TVöD (vorwiegend Bundespolizei, BKA und Teile einiger Bundesländer). Selbst innerhalb des Tarifbereiches TVöD gibt es noch die Unterteilung zwischen dem TVöD Bund und dem TVöD VKA (Verband kommunaler Arbeitgeber). Dabei geht es im Wesentlichen um die Aufstellung der Forderungen zu der jeweiligen Tarifrunde, aber auch um die begleitenden Maßnahmen wie Demonstrationen bis hin zu Streikmaßnahmen. Die Mitglieder der BTK nehmen an allen Tarifverhandlungen (TV-L/TVöD) direkt teil.

Ein anderer Schwerpunkt der BTK ist die fachliche Unterstützung des GBV und des GdP Bundesvorstandes. Deshalb hat die BTK zur Bearbeitung der wichtigsten Themenschwerpunkte vier Arbeitsgruppen gebildet, die sich mit den Bereichen Entgeltordnung (AG 1), Zusatzversorgung/Sozialpolitische Themen (AG 2), Tarifpolitische Grundlagen (AG 3) und um den TV-L/TVöD (AG 4) intensiv beschäftigen. Durch die Arbeit in der BTK hat sich herausgestellt, dass die Bearbeitung dieses Themenspektrums unerlässlich ist für eine gute Tarifpolitik innerhalb der GdP, aber auch im Zusammenwirken mit den im DGB versammelten anderen Gewerkschaften.

In der Praxis zeigt sich, dass beide beschriebenen Schwerpunkte untrennbar miteinander verwoben sind. Denn ohne die Beschäftigung der BTK mit dem sehr umfangreichen Themenspektrum wären erfolgreiche Tarifverhandlungen nicht möglich.

Für den Landesbezirk Niedersachsen sind Andreas Kauß, auch Sprecher der AG 4 und Gustav Volk, auch Sprecher der AG 2, in der BTK vertreten.

Aufgabe der Tarifkommission sind auch begleitende Aktionen wie Demonstrationen.

Entgeltordnung zum TV-L

Die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) hat erst nach erheblichem Druck seitens der Gewerkschaften, der u.a. erhebliche Streikmaßnahmen beinhaltete, die Verhandlungen zu einer Entgeltordnung aufgenommen. Diese Entgeltordnung wurde zum Jahresbeginn 2012 in Kraft gesetzt.

Erst fast zwei Jahre später ist die Entgeltordnung für die Beschäftigten des Bundes vereinbart worden. Diese Zeit wurde durch die Gewerkschaften genutzt, um Fehlentwicklungen, die sich aus den Erfahrungen mit der Entgeltordnung der Länder ergeben hatten, von vornherein auszuschließen. In den folgenden Tarifrunden hat die GdP bereits auf Landesebene durch die Tarifkommission Initiativen gestartet und Beschlüsse gefasst, um eine Angleichung der Entgeltordnung der Länder zu erreichen.

Diese Forderungen wurden durch die Vertreterinnen und Vertreter der GdP Niedersachsen in die Große Tarifkommission des Bundes eingebracht und in die Forderungskataloge zu den Tarifverhandlungen aufgenommen. Erst in den letzten Tarifverhandlungen Anfang des Jahres 2017 waren die Arbeitgeber bereit, über diese Forderung überhaupt zu reden. Erfolgreich wurde in diesem Tarifabschluss die Einführung der Stufe 6 für die Entgeltgruppen 9 - 15 in zwei Schritten bis zum Ende des Jahres 2018 vereinbart.

Auch bei den noch offenen Punkten gab es erstmals eine Verhandlungsbereitschaft seitens der Arbeitgeber. Verbindlich wurde eine Prozessvereinbarung abgeschlossen, die vorsieht, dass auf Spitzenebene in

einem fest vereinbarten zeitlichen Rhythmus die noch offenen Themen abgearbeitet werden sollen. Somit besteht eine konkrete Chance, dass spätestens zu den nächsten Tarifverhandlungen eine Angleichung und damit Verbesserung der Entgeltordnung vereinbart werden kann.

Die Forderungen der GdP betrafen z.B.

- den höhengleichen Stufenaufstieg im Rahmen einer Höhergruppierung
- die Entzerrung der Entgeltgruppe 9 und damit einheitliche Wartezeiten zum Erreichen eines Stufenaufstieges
- Einführung der Stufe 6 für die Entgeltgruppen 9 – 15 TV-L
- die Vereinbarung neuer Tätigkeits- und Eingruppierungsmerkmale für Beschäftigte in der Datenverarbeitung



LAG Verwaltung

Aufgabe der LAG Verwaltung ist es, Perspektiven in den Verwaltungsbereichen der Polizei zu überprüfen. Es geht dabei um Dienstposten, Stellen, Tarifbeschäftigte, die Zukunft im „mittleren Dienst“ und nicht zuletzt um die Nachwuchsgewinnung.

Nachdem die LAG Verwaltung ihren Abschlussbericht am 30. November 2014 und diesen in nachbearbeiteter modularer Form im November 2015 abgegeben hatte, gab es im Innenministerium eine lange Phase des Nachdenkens zu diesen Informationen. Am 14. September 2016 wurden die Mitglieder der LAG dann ins Ministerium eingeladen um zu erfahren, dass es wenig Hoffnung für eine Umsetzung und damit für die Verwaltungsbeschäftigten gibt.

Trotz guter Vorschläge mit konkreten Berechnungsmodellen, die eine Einsparung von jährlich ca. 800.000 bis 1 Million Euro und einen Gesamtbetrag von über 100 Millionen Euro bis 2025/2026 ausweisen, konnten wir mit unseren Vorschlägen anscheinend niemanden – außer den Landesrechnungshof – überzeugen:

- kein gemeinsamer Stellenplan
- keine Umwandlung von Dienstposten, nicht einmal da, wo bereits Verwaltungsmitarbeiter auf Vollzugsdienstposten sitzen
- keine Bündelungsbewertung, ggf. A 9/A 10
- kein Wegfall der Stellenplanobergrenzen wie es bereits bei den Kommunen und einigen anderen Bundesländern praktiziert wird
- Stufenlaufzeitverkürzungen in Überprüfung

Das war insgesamt für die Gruppe ein enttäuschendes Ergebnis. Am 22. November 2016 gab es dann einen neuen Versuch bei einem Gespräch mit Landespolizeipräsident Uwe Binias, um unsere „Forderungen“ noch einmal zu verdeutlichen. Eine Prüfung, ob es doch einen gemeinsamen Stellenplan geben kann, wurde zugesagt – jedoch ohne Ergebnis. Am 10. Juli 2017 folgte ein Gespräch mit der Leiterin des Referats 25 „Personal“, Dr. Susanne Graf, in dem leider auch keine neuen Erkenntnisse vermittelt wurden. Einen Hoffnungsschimmer gibt es für den ehemaligen „mittleren Dienst“: Hier wird derzeit an Vorschlägen gearbeitet, um der Perspektivlosigkeit zu begegnen.

Es bleibt festzustellen, dass unsere guten, zukunftsorientierten Vorschläge aus Sicht des Innenministeriums kaum realisierbar erscheinen. Umso mehr müssen und wollen wir als GdP für die Umsetzung des Attraktivitätsprogramms am Ball bleiben, da diese LAG auf Initiative der GdP und als Ergebnis des Attraktivitätsprogramms eingerichtet wurde.



Freundliche und offene Gesprächsatmosphäre – aber leider mit unbefriedigendem Ergebnis: GdP-Landesvorsitzender Dietmar Schilff, Dr. Susanne Graf (Leiterin Referat 25), Detlef Ruppelt und Petra Franzen von FA Verwaltung (v.l.)

Mentoring in der GdP

Im Jahr 2014 hat der Landesvorstand beschlossen, gemeinsam mit den Landesbezirken Hessen und Rheinland-Pfalz ein gewerkschaftliches Mentoringprojekt durchzuführen. Drei Mentees (zwei Frauen und ein Mann) wurden aus dem Bewerberkreis ausgewählt. Sie bildeten jeweils mit einem der drei Mentoren aus dem Geschäftsführenden Landesvorstand (eine Frau und zwei Männer) ein Tandem.

Ziel war es, junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für die Arbeit in der GdP zu interessieren und ihnen einen Einblick in die Aufgaben von Funktionären in der Gewerkschaft zu geben. Gemeinsam mit den beiden anderen Landesbezirken wurden in den folgenden zwölf Monaten drei Workshops durchgeführt, die neue Impulse sowohl für die Mentees als auch für die Mentoren brachten.

Schon in dieser Zeit wurde deutlich, dass die drei Mentees sich für die Arbeit in der Gewerkschaft begeisterten und ihre Erfahrungen auch im Landesjournal Niedersachsen der Deutschen Polizei veröffentlichten. Die drei niedersächsischen Mentees sind aktiv in die Gewerkschaftsarbeit eingestiegen und haben in ihren Bezirksgruppen Verantwortung übernommen. Eine Kollegin engagierte sich darüber hinaus im Redaktionsteam des Landesjournals der Deutschen Polizei. Dies war somit ein voller Erfolg, der zu einer Neuaufgabe geradezu aufforderte.

Deshalb hat der Landesvorstand Anfang 2017 beschlossen, ein neues Mentoringprojekt zu initiieren, um weiteren Kolleginnen und auch Kollegen einen Einblick in die Gewerkschaftsarbeit zu geben und für Funktionen in der GdP zu interessieren und zu gewinnen. Das Mentoringprojekt III soll dieses Mal in Gemeinschaft mit Landesbezirken aus dem Norddeutschen Bund, konkret aus Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg, durchgeführt werden. Im Juli wurde eine entsprechende Ausschreibung in der Deutschen Polizei, Landesjournal Niedersachsen veröffentlicht. Im September soll die Auswahl der Mentees erfolgen.



Die drei Mentees mit ihren Mentoren. Das Programm soll neu aufgelegt werden.

Der PolizeiClient

Nach der politischen Entscheidung, nicht weiterhin zwei verschiedene Betriebssysteme (Linux/Windows) nebeneinander zu betreiben, wurde die Einplattformstrategie auf Basis des Betriebssystems Windows formuliert. Die Stabsprojektgruppe IKT plant und organisiert dieses Mammutprojekt, welches mit der Einführung des PolizeiClient zunächst beendet wird.

Betreiber des PolizeiClient ist IT.Niedersachsen als zentraler IT-Dienstleister der Niedersächsischen Landesverwaltung. In der ersten Zeit des Projektes wurden viele technische und rechtliche Fragen aufgeworfen, die es zu lösen galt und die in den dafür vorgesehenen Teilprojekten bearbeitet wurden.

Je weiter das Projekt voranschritt, desto mehr wurde auch nach dem Verbleib des bisher eingesetzten Personals gefragt. Zunächst wurde von Innenminister Pistorius eine Zahl von 300 Stellen zur Finanzierung des Projektes genannt. Diese Stellen sollten nach Aussage des Innenministers aber weiterhin bei der Polizei verbleiben. Schlussendlich wurde jedoch nach der Haushaltsberatung 2016 deutlich, dass 165 Stellen oder 7,6 Millionen Euro aus dem Tarifbereich zur Finanzierung erhalten müssen. Es wurde festgelegt, dass die Stellen bzw. der Betrag aus dem Budget für Tarifbeschäftigte des Innenministeriums an das Finanzministerium abgegeben werden sollen.

Das technische Personal der Polizei Niedersachsen bekam die Möglichkeit, sich bei IT.N zu melden. Entgegen aller Absprachen wurden jetzt auch noch Auswahlverfahren durchgeführt, so dass eine mittlere

zweistellige Zahl an Personen zu IT.N wechselte. Dadurch bleibt die Abgabeverpflichtung nun immer noch oberhalb 100 Stellen. Neben den vielen Problemen, die schon jetzt durch den Fortgang der Kolleginnen und Kollegen zu IT. N bestehen, möchte ich auch auf die übermäßige Belastung durch die Einführung des PolizeiClient der noch verbliebenen Kolleginnen und Kollegen hinweisen.

Auch trotz Drängen der GdP, zusammen mit den Personalräten, gibt es bisher keine landesweit gültige Verfahrensweise zur weiteren Verwendung des technischen Personals, welches der Abgabeverpflichtung unterliegt. Die Arbeitsgruppe IT der GdP Niedersachsen hat in einem Schreiben an den Innenminister die derzeitige Situation dargestellt und Vorschläge zur weiteren Umsetzung und Unterstützung der betroffenen Kolleginnen und Kollegen vorgelegt. Durch ständige Gespräche mit dem Innenminister wird versucht, konstruktive Lösungen zu finden. Ein Ergebnis steht bisher aus.

Bildergalerie Fachtagungen



Fachausschuss Schutzpolizei 2014



Flüchtlingssituation mit der Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe, Doris Schröder-Köpf, 2015



Frauenfachtagung 2015
Landesfrauenvorsitzende Anja Surkau



Frauenfachtagung 2015
GdP-Landesvorsitzender Dietmar Schilff



GdP-Fachtagung 2015



GdP-Fachtagung 2017

Bildergalerie Demonstrationen



Weihnachtsgeld 2013



Tarifverhandlungen 2014



Tarifverhandlungen 2015

Bildergalerie Demonstrationen



Tarifverhandlungen 2015



Haushaltsklausur 2015



Tarifverhandlungen 2017



Wasserschutzpolizei (WSP)

Im Fachausschuss Wasserschutzpolizei arbeiten Mitglieder aus den Bereichen Küste und Binnenland weiterhin eng zusammen, auch nachdem diese polizeilichen Abteilungen 2011 getrennt wurden. Insbesondere durch die Neustrukturierungen ergeben sich viele Anknüpfungspunkte für gemeinsame Forderungen und Analysen. Im Gespräch erklären die beiden FA-Vorstandsmitglieder Uwe Hesske (Küste) und Wolfgang Göllner (Binnen), was in den vergangenen vier Jahren die Kolleginnen und Kollegen besonders beschäftigt hat:



Mit diesem Boot sind die Emdener Kolleginnen und Kollegen im Bereich Norddeich unterwegs. Dadurch kann dieser Teil des Wattenmeers wieder bestreift werden.

Red.: Wie hat sich die Umstrukturierung bei der WSP auf die praktische Arbeit ausgewirkt?

WG: Die erste Umstrukturierung hatten wir ja 2011. Drei Jahre später hat die Organisationsüberprüfung ergeben, dass keine Optimierung erreicht wurde. Deshalb wurde die WSP Küste zum 1. Januar 2016 als Wasserschutzpolizeiinspektion in die PD Oldenburg integriert, im Binnenland wurden die Dienststellen Hannover, Nienburg, Meppen und Scharnebeck zu WSP-Stationen. Problematisch ist, dass es keine gemeinsame Leitung gibt, die als Interessenvertreter und Ansprechpartner nach außen hin zur Verfügung steht. Die WSP Binnen driftet auch intern immer weiter auseinander. Sie verfolgt keine gemeinsame Linie, die sachlichen Zuständigkeiten weichen ab, es fehlt an Absprachen und gemeinsamen Schwerpunkten.

UH: Was uns im Bereich Küste angeht, so ist der

Wechselschichtdienst in Wilhelmshaven ein großes Problem – denn dafür fehlt das Personal, auf Kosten des Küstenbootes. Um auch die westlichen Gebiete zu bestreifen, haben wir es jetzt so geregelt, dass wir unter anderem 2-Tages-Fahrten unternehmen. Das heißt, wir fahren von Wilhelmshaven für zwei Tage los und lassen das Boot dann in Emden. Dann fährt das Boot für zwei Tage von dort aus los und kommt wieder nach Wilhelmshaven. Dies kann aber nur eine Übergangslösung sein. Wir brauchen hier eine andere Regelung für den

Nachtdienst. Oder aber wir bekommen drei zusätzliche Vollzeitkräfte. Für diese Forderung hoffen wir auf Unterstützung beim Delegiertentag.

Red.: Wie hat die GdP den Prozess begleitet? Was konnte sie erreichen? Was muss noch verändert werden?

UH: Die GdP unterstützt die Kolleginnen und Kollegen der Wasserschutzpolizei bei den Bemühungen, den Zusammenhalt von Küsten- und Binnenstandorten nicht zu verlieren. Im Fachausschuss arbeiten weiterhin Kolleginnen und Kollegen aus beiden Bereichen zusammen. Wir versuchen, alle auftretenden Schwierigkeiten bei der Neuformierung sowie die Probleme im Alltagsbetrieb aufzunehmen und zu lösen. Eine Forderung der GdP war, wieder eine Struktur in Norddeich zu haben. Und wir haben erreicht, dass die Station in Emden nun wieder für Norddeich zuständig ist – nachdem die Station dort ja geschlossen wurde. Nun haben wir zwar keine feste Besetzung in Norddeich, aber ein Büro und ein Schlauchboot, mit dem wir das Wattgebiet wieder bestreifen können. Das ist wichtig, weil die Wege weit sind und man sich im Watt auskennen muss. Dieses Wissen geht sonst verloren.

WG: Der Zusammenhalt zwischen Küste und Binnenland ist merklich zurückgegangen, obwohl es viele Schnittmengen gibt und den Bedarf zu einer engen Zusammenarbeit. Unser großes Problem im Binnen-Bereich ist die Zersplitterung. Es ist zu befürchten, dass in absehbarer Zeit ganz unterschiedliche Wasserschutzpolizeien entstehen, die völlig losgelöst voneinander agieren. Vier verschiedene PI-Leitungen sind an unserer Arbeit beteiligt. Manchmal müssen wir auch Aufgaben wahrnehmen, die nichts mit Wasserschutz zu tun haben, zum Beispiel Verkehrsüberwachung, Abschiebung oder auch Fußballeinsatz, seitdem Meppen in die 3. Liga aufgestiegen. Als WSP sollten wir uns aber auf unsere Kernaufgaben konzentrieren, die im Bearbeitungserlass des MI geregelt sind, um nicht unnötig Kräfte und Ressourcen zu verschwenden. Seitens der GdP hoffen wir nun auf Unterstützung für unsere Forderung nach einer Bündelungsstelle. Sie sollte Interessenvertretung und Ansprechpartner für Verbände, Behörden und Wassersportler sein und auch für den Koordinator WSP-Küste, der ja zurzeit vier Ansprechpartner im Bereich Binnen hat. Wir möchten gerne, dass in der Bündelungsstelle die Fäden zusammenlaufen, gemeinsame Leitlinien und Schwerpunkte erarbeitet werden und auch die Außendarstellung und die Nachwuchsgewinnung gebündelt werden. Wichtig ist auch, unter den Mitarbeiterinnen und Mit-

arbeitern wieder eine WSP-Identität herzustellen. Das könnte z.B. durch gemeinsame und dienststellenübergreifende Treffen und Fortbildungen geschehen oder durch außerdienstliche Veranstaltungen wie gemeinsame Sportturniere.

Red.: Welche Positionen zur „Sicherheit an deutschen Küsten“ vertritt der FA für die künftige Arbeit?

UH: Das neue Positionspapier befindet sich gerade in der Abstimmung. Im Kern geht es darin darum, die Qualität der wasserschutzpolizeilichen Tätigkeit weiterhin zu gewährleisten. Das geht jedoch nur, wenn die organisatorischen sowie die personellen und technischen Grundlagen stimmen. D.h., wir brauchen so viele Mitarbeiter, dass die Aufgaben während der Regel-Dienstzeit auch bewältigt werden können. „Dienst auf Abruf“ als festen Bestandteil der Regel-Dienstzeit lehnen wir deshalb ab. Wichtig ist uns auch, dass die fachspezifische Ausbildung der Beamtinnen und Beamten bundeseinheitlich erfolgt. Wir brauchen neben einer, den aktuellen Lagen und maritimen Erfordernissen angepassten, Schutz-Ausstattung auch geeignete Fahrzeuge. Gebäude müssen saniert werden. Da sind wir in Emden schon auf einem guten Weg.

Red.: Vielen Dank.

Mitglieder Fachausschuss Wasserschutzpolizei			
Vorsitzender	Uwe	Hesske	BG Oldenburg
Stellv. Vorsitzender	Wolfgang	Göllner	BG Göttingen
1. Schriftführer	Joe	Pietschmann	BG Oldenburg
GsV-Mitglied	Jörg	Mildahn	
Beisitzer	Heinz-Gerhard	Elsen	BG Oldenburg
Beisitzerin	Vicky	Fricke	BG Oldenburg
Beisitzer	Herbert	Holtewert	BG Osnabrück
Beisitzer	Frank	Ideler	BG Oldenburg
Beisitzer	Manfred	Leonhard	BG Oldenburg
Beisitzer	Dirk	Müller	BG Lüneburg
Beisitzer	Oliver	Peter	BG Hannover

Bereitschaftspolizei

Zur Bereitschaftspolizei Niedersachsen gehören (noch) rund 1.100 Einsatzbeamtinnen und -beamte sowie Tarifbeschäftigte. Sie ist aufgliedert in sieben Bereitschaftspolizeihundertschaften (BPH) und eine Technische Einsatzinheit (TEE). Um ihre Belange kümmert sich der Fachausschuss Bereitschaftspolizei. Aus jeder BPH sitzt ein Vertreter oder eine Vertreterin mit in dem Gremium. Im Interview spricht der Vorsitzende Dieter Käufer über Dienstvereinbarungen, Arbeitsbelastung und Ausstattung.

Red.: Haben sich die Dienstvereinbarungen von 2013 zu arbeits- und dienstfreien Wochenenden, die damals als Erfolg bewertet wurden, bewährt?

DK: Wir sagen uneingeschränkt: Ja. Das gilt insbesondere für die Regelungen des planbaren Wochenendes. Die Kolleginnen und Kollegen brauchen das, um mal durchschnaufen zu können. Die Regelungen haben sich eindeutig bewährt, und das planbare Wochenende muss unbedingt bleiben. Was die Arbeitszeiten angeht, so ist die neue Dienstvereinbarung noch aktuell in der Abstimmung zwischen Personalrat, Behörde und den Abteilungen. Wir werden gemeinsam mit dem Personalrat weiterhin ein wachsames Auge darauf haben, dass die arbeitsrechtlichen Vorschriften im Interesse des Gesundheitsschutzes für die Kolleginnen und Kollegen eingehalten werden. Im Rahmen des Einsatzmanagements haben sich die Vereinbarungen dahingehend bewährt, dass die Regelungen bei der Einsatzvergabe berücksichtigt werden und die Ruhepausen vor, in und nach größeren, längeren Einsätzen auch eingehalten werden.



Ein Indikator für die gestiegene Einsatzbelastung ist die Zahl der Überstunden. Hinzu kommt die psychische Belastung durch Schlafmangel und Aggressivität bei Einsätzen wie z.B. beim G20-Gipfel in Hamburg.

Red.: Alles reden über die hohe Belastung bei der Bereitschaftspolizei. Wie konkret macht sich die gestiegene Einsatzbelastung bemerkbar?

DK: Wir haben weitaus mehr Einsatzanforderungen im Land Niedersachsen und auch länderübergreifend, als wir erfüllen können. Ein Indikator für die gestiegene Einsatzbelastung sind die vielen Einsatzstunden und die Zahl der aufgelaufenen Überstunden. Diese müssen zeitnah durch Freizeit ausgeglichen oder in Einzelfällen finanziell vergütet werden. Für zahlreiche Kolleginnen und Kollegen ist diese Möglichkeit wie ein warmer Regen - weil wir ja kein Weihnachtsgeld mehr bekommen. Aber wir müssen schauen, dass die Überstundenberge nicht bis ins Ultimo ansteigen. Die Einsatzbelastung wird nicht nur die Einsatzdauer bestimmt, sondern auch spürbar durch Schlafmangel – wie aktuell festgestellt beim G20-Einsatz. Dazu kommt die psychische Belastung durch die zunehmende Respektlosigkeit und Aggressivität bis hin zur Brutalität des polizeilichen Gegenübers. Die muss verarbeitet werden. Daher sind wir sehr froh, dass wir in der ZPD eine regionale Beratungsstelle haben, die stets ansprechbar ist und dabei hilft, solche Belastungen im Rahmen der Einsatznachbereitung abzubauen.

Red.: Welche Verbesserungen gibt es im Bereich Einsatzbekleidung, Versorgung im Einsatz und Kräfte-Management bei Großlagen?

DK: Bei der Einsatzkleidung hat sich vieles zum Positiven entwickelt, zum Beispiel haben wir seit 2016 einen feuerhemmenden Einsatzanzug. Auch die Flammschutzhaube gehört mittlerweile zur persönlichen Ausstattung jeder Einsatzbeamtin und jedes Einsatzbeamten. Feuerhemmende Kleidung ist bei uns ein Dauerthema, und die Diskussion über entsprechende Unterwäsche ist seit der Diskussion um Pyrotechnik in Fußballstadien wieder ganz aktuell. Bei der Unterbringung und Versorgung im Einsatz hat sich auch vieles zum Guten entwickelt. Sie ist angepasst und angemessen. Auch das sind Erfolge, die wir gewerkschaftlicher Arbeit zu verdanken haben. Priorität im Fachausschuss Bereitschaftspolizei haben aktuell jedoch Verbesserungen in der Ausstattung zum Schutz der Kolleginnen und Kollegen, insbesondere im Kon-

text der aktuellen und latenten TE-Gefährdungslagen. Über das Kräfte-Management, vor allem bei Fußballspielen, sprechen wir auch immer wieder – aber letztlich liegt der Kräftebedarf in der Entscheidungsgewalt des verantwortlichen Einsatzleiters. Unser Standpunkt bei Fußballeinsätzen ist: Die Veranstalter bzw. der Verein sind für die Sicherheit im Stadion verantwortlich und muss dafür qualifiziertes Ordnungspersonal einsetzen. Die Polizei ist primär für den öffentlichen Einsatzraum verantwortlich.

Red.: Was halten Sie von der Ankündigung von Innenminister Pistorius, andere Bundesländer polizeilich nicht mehr so oft bzw. nicht mehr in dem Maße wie bisher zu unterstützen?

DK: Die Ankündigung ist für mich persönlich nicht unbedingt überraschend, muss sie doch sicherlich im Zusammenhang mit der geplanten temporären Reduzierung der niedersächsischen Bereitschaftspolizei ab 1. Oktober 2017 gesehen werden. Vor diesem Hintergrund sollte die Bepo nicht über Gebühr außerhalb des Bundeslandes belastet werden. Wir werden das konstruktiv-kritisch begleiten. Der Fachausschuss ist verständlicherweise nicht glücklich darüber, dass die Einsatzstärke der Bepo um ca. 170 Vollzugsbeamtin-

nen und -beamte reduziert ist, und hofft, dass diese Reduzierung wie versprochen nur temporär ist. Wir werden darauf achten müssen, dass die Einsatzbelastung für die übrigen – dann noch rund 900 – nicht größer wird. Der Fachausschuss fordert deshalb, dass künftig die unterjährigen, nicht kalkulierbaren Abordnungen und Abstellungen aus der Bepo für andere Aufgaben beendet werden. Die Bereitschaftspolizei Niedersachsen muss künftig mit einer festen kalkulierbaren Personalstärke rechnen können. Für eine professionelle Einsatzbewältigung ist es unbedingt notwendig, dass die Bepo unverzüglich wieder auf eine originäre Stärke anwächst.

Red.: Vielen Dank.

Mitglieder Fachausschuss Bereitschaftspolizei

Vorsitzender	Dieter	Käufer	ZPD Niedersachsen
GsV-Mitglied	Kevin	Komolka	ZPD Niedersachsen
Beisitzer	Frank	Berger	ZPD Niedersachsen
Beisitzer	Stefan	Frese	ZPD Niedersachsen
Beisitzer	Hauke	Klein	ZPD Niedersachsen
Beisitzer	Joachim	Krüger	ZPD Niedersachsen
Beisitzer	Jörg-Henning	Pasiak	ZPD Niedersachsen
Beisitzer	Uwe	Reinert	ZPD Niedersachsen
Beisitzer	Benjamin	Stecher	ZPD Niedersachsen
Beisitzer	Christian	Wenzel	ZPD Niedersachsen

Kriminalpolizei

Der Fachausschuss Kriminalpolizei ist dazu da, um bei kriminalpolitischen Entscheidungen wirkungsvoll mitwirken zu können. Jede Bezirksgruppe einer PD, sowie des LKA, der ZPD und der PA entsendet einen Vertreter oder eine Vertreterin in den FA Kripo. Der Fachausschuss sieht sich als Vertretung und Sprachrohr aller ermittelnden Bereiche, unabhängig von der Laufbahn der dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Vorsitzender Andreas Nünemann berichtet über die Arbeit der vergangenen vier Jahre:

Red.: Ist die Kriminalpolizei für neue, hinzugekommene Aufgaben gut gerüstet?

AN: Diese Frage kann leider nicht positiv beantwortet werden, zumal meines Erachtens auch für die bisherigen Aufgaben vielfach das Rüstzeug fehlt bzw. genommen worden ist. Jüngstes Beispiel ist der schwere Rückschlag bei der Verkehrsdatenspeicherung. Schlecht gemachte Gesetze haben zwischenzeitlich dazu geführt, dass in der Terror-, der OK-Bekämpfung, bei Wohnungseinbrüchen etc. schon im Ansatz Ermittlungsmöglichkeiten zunichtegemacht wurden. Die anhaltende Einmischung der Politik in die Polizeiarbeit, beispielsweise durch den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Islamistischen Terrorismus, hat teilweise mehr als einhundert spezialisierte Kriminalbeamtinnen und -beamte gebunden, die eigentlich durch ihr Spezialwissen diesen Terrorismus gerade bekämpfen sollten.

Der Schwerpunkt Cybercrime wird zwar allseits erkannt und gefördert, aber hier kann gar nicht so schnell Personal gewonnen werden, wie es aufwachsend benötigt wird. Auch das Einstellen von hoch qualifizierten Tarifbeschäftigten, die die Ermittler in allen Bereichen unterstützen müssten, kommt nur schleppend voran. Hier muss zwingend höher oder außertariflich bezahlt werden, da die Polizei in harter Konkurrenz zur freien Wirtschaft, Bundeswehr und anderen Behörden steht. Fehlende konsequente und landesweite Strukturermittlungen und Konzepte zur Bekämpfung der Clankriminalität sowie Kinderpornografie - Datenvollauswertung mit jeweils mehreren Terrabyte - zeigen die starke Überlastung im kriminalpolizeilichen Bereich als weitere Beispiele besonders deutlich auf. Mit ersten Ansätzen zur Beweislastumkehr bei Vermögensabschöpfung kann ein wenig Mut geschöpft werden, allerdings auch dieses Instrument stellt sich als personalintensiv heraus.

Red.: Gab es wieder eine Fachtagung? Welche Forderungen wurden dort aufgestellt?

AN: Im Fachausschuss waren mehrfach Themen geplant, die aber immer wieder umgeworfen werden mussten, weil der Kriminalitätsbereich so schnelllebig



gewesen ist. Cybercrime wechselt sich mit islamistischen Terrorismus und anschließenden angeblich explodierenden Wohnungseinbruchszahlen ab. Zu diesen Themen fehlte zwar die Fachtagung, die längerfristig vorbereitet werden muss, allerdings wurde im Innenausschuss des Landtages mehrfach durch den Fachausschuss Kriminalpolizei der GdP deutlich und sachlich Position bezogen. Hiermit wird auch deutlich, dass die GdP die Probleme aufgegriffen und der Politik deutlich gemacht hat. Auch deutliche Mahnungen und Warnungen an die Initiatoren des PUA zum islamistischen Terrorismus wurden durch den Fachausschuss Kriminalpolizei initiiert und durch den GdP-Landesvorsitzenden und den Fachausschussvorsitzenden vorgetragen.

Red.: Warum sollte die gemeinsame Grundausbildung von Schutz- und Kriminalpolizei aufrechterhalten werden?

AN: An der PA kann schon seit längerer Zeit schwerpunktmäßig in Richtung Ermittlungen und den damit zusammenhängenden Fächern gewählt werden. Erst nach dem Studium kann ich wirklich feststellen, was mir in der Polizei wirklich liegt. Die Kolleginnen und Kollegen, die dies schon bei Beginn wissen und auch niemals ändern wollen, sind definitiv an einer Hand abzählbar. Auch bei der Kriminalpolizei haben damals einige Kolleginnen und Kollegen angefangen, für die das eigentlich nichts war, konnten aber dann auch

nicht mehr wechseln. Sie hatten ja nicht geahnt, dass man als Kripobeamter dermaßen viel Papier beschreiben muss, um einen Verbrecher wirklich hinter Gitter zu bringen. Im „Tatort“ ging das viel einfacher und war viel, viel unterhaltsamer.

Nach dem Studium spezialisiert man sich auf die entsprechenden Bereiche. Möglichst sollte durch den Dienstherrn oder Führungskräfte zeitig erkannt werden, für welche Spezialisierungen der oder die Einzelne prädestiniert ist, um dort mit bestmöglicher Motivation bestmögliche Leistung zu bringen – richtigerweise auch über einen langen Zeitraum, da nur so der überaus wichtige Know-how-Transfer von Alt nach Jung, von Profi zu Anfänger, funktionieren kann.

Als Fachausschuss Kriminalpolizei in der GdP unterstützen wir die Forderung, die Fähigkeiten der Kolleginnen und Kollegen so frühzeitig wie möglich zu erkennen und sie im Ermittlungsbereich einzusetzen. Dies ist dringend erforderlich, weil es auch im Bereich der Kriminalpolizei immer weniger erfahrene Ermittler zwischen 30 und 50 Jahren gibt und die geburtenstarken Jahrgänge in den nächsten Jahren fast alle in Pension gehen. Mit ein paar Tagungen und

ein- oder zweiwöchigen Seminaren ist eine Spezialausbildung beispielsweise in Cybercrime oder Wirtschaftskriminalität nicht zu schaffen. Auch Einbruchs-, Rauschgift- und andere Kriminalitätsbekämpfung oder die Bewältigung großer Umfangsverfahren kann man so nicht erlernen.

Natürlich muss diese Spezialausbildung zusätzlich angeboten werden, woran es ebenfalls mangelt. Leider hat sich dies in den letzten 30 Jahren nicht verbessert. Da ich im Landeskriminalamt häufig bei der Stellenbesetzung beteiligt bin, habe ich größtenteils sehr positive Erfahrungen mit jungen engagierten Kolleginnen und Kollegen gemacht, die sich für den kriminalpolizeilichen Zweig entschieden haben. Hiervon gibt es leider noch zu wenig; Ihnen muss dieser Bereich weiter zugänglich gemacht werden und sie müssen von erfahrenen Kolleginnen und Kollegen und mit zügig zur Verfügung gestellter Weiterbildungsmöglichkeit unterstützt werden.

Red.: Vielen Dank.

Mitglieder Fachausschuss Kriminalpolizei

Vorsitzender	Andreas	Nünemann	BG LKA
Stellv. Vorsitzender	Guido	Bergmann	BG Lüneburg
1. Schriftführer	Guido	Bergmann	BG Lüneburg
GsV-Mitglied	Jörg	Mildahn	
Beisitzer	Bernd	Fox	BG Osnabrück
Beisitzerin	Tim	Gerdes	BG Oldenburg
Beisitzer	Michael-Johannes	Hermann	BG Polizeiakademie
Beisitzer	Ralf	Koch	BG Göttingen
Beisitzer	Michael	Kock	BG ZPD Niedersachsen
Beisitzerin	Ingrid	Rabbe	BG Hannover
Beisitzer	Christian	Schultz	BG Braunschweig

Schutzpolizei

Beim Fachausschuss Schutzpolizei finden alle, die Uniform tragen, ein offenes Ohr. Er setzt sich in erster Linie für die Belange der Kolleginnen und Kollegen im täglichen Streifendienst ein. Was sich in den vergangenen vier Jahren getan hat und wo es noch Nachbesserungsbedarf gibt: Darüber berichtet der FA-Vorsitzende Michael Stieg im Interview mit der Redaktion des Geschäftsberichts.



Halten auch Geschosse aus Langwaffen ab: die neuen ballistischen Helme (links).

Red.: Sind die Bedingungen im Schichtdienst besser geworden?

MS: Der Einsatz- und Streifendienst gehört zu den Dienstbereichen, die am meisten belastet sind. Deshalb haben wir viele Forderungen. Aber es hat sich zumindest einiges getan, nämlich der moderate Anstieg der DuZ-Zulage. Unsere Forderung nach 5 Euro bleibt aber bestehen. Die Schichtdienstzulage müsste zudem auf mindestens 200 Euro angehoben werden. Aber auch an den Rahmenbedingungen muss sich was tun: Wir brauchen längere Regenerationsphasen – zum Beispiel durch eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden. Natürlich brauchen wir dafür aber mehr Personal. Das haben wir immer wieder thematisiert. Außerdem fordern wir bis zu sechs Tage Schichtdienstzusatzurlaub. Das würde auch die Stufen zwischen den zu erreichenden SZU-Tagen verkleinern. Wir setzen uns auch für eine Obergrenze der Verweildauer im ESD ein. Dafür sollten horizontale Entwicklungsmöglichkeiten festgeschrieben werden, die auf einen späteren Wechsel, z.B. in den Ermittlungsbereich, vorbereiten könnten. Was die Personalstärke in den Kommissariaten und Inspektionen angeht, so fordern wir 24 Leute Min-

destandard und darüber hinaus eine belastungsorientierte Berechnung. Für alle anderen ESDe sollte der Faktor 1:7 als Personalberechnungsgrundlage dienen. Und das ist schon knapp bemessen. Wer im ESD arbeitet, sollte auch schon nach 10 oder 12 Jahren ein Jahr früher in Pension gehen können – nicht erst nach 25 Jahren. Und nicht zuletzt ist es uns wichtig, dass die aktive Gesundheitsprävention wiedereingeführt wird. Alle drei Jahre eine dreiwöchige Kur wäre für die Kolleginnen und Kollegen im ESD wichtig.

Red.: Was hat sich denn an der Ausrüstung in den vergangenen Jahren verbessert?

MS: Da hat sich wirklich was getan. Aufgrund der terroristischen Bedrohung und der steigenden Gewaltbereitschaft hat sich die GdP intensiv mit dem Innenminister und den Gremien auseinandergesetzt. So wurden u.a. die Streifenwagen mit sogenannten Plattenträgern der Schutzklasse 4 ausgestattet, um bei einer Bedrohungslage besseren Schutz zu haben. Ballistische Schutzhelme sollen demnächst ausgeliefert werden. Auch eine Forderung der GdP war, dass der ungeliebte Einsatzmehrzweckstock – EMS – durch einen Teleskopeinsatzstock ersetzt werden soll, der zurzeit in der praktischen Erprobung ist. Auch die

neuen Softshelljacken – signalfarben – mit Nackenschutz und neuen Einsatzhandschuhe aus verbessertem Material wurden auf Betreiben der GdP angeschafft. Die Clip-Lampe, die jetzt erprobt werden soll, ist sehr sinnig. Auch dass die Poloshirts und Basecaps angeschafft werden sollen, ist gut. Das war eine ewige Forderung von uns. Zum Thema Bodycam sagen wir: Es muss eine rechtliche Grundlage auch für Tonaufnahmen geben. Und auch der „Taser“ ist eine sinnige Sache, aber nur im Zusammenhang mit einem schlüssigen Aus- und Fortbildungskonzept und dem notwendigen rechtlichen Rahmen. Neue Überziehwesten mit Taschen und Gürteln sind in Planung. Weiterhin fordern wir Autositze in den Streifenwagen, die die notwendige Freiheit im Hüftbereich lassen, um mit der notwendigen Ausrüstung am Gürtel druck- und schmerzfrei sitzen zu können.

Red.: Gibt es Entlastung bei den Sondereinsätzen?

MS: Ja, das ist schon spürbar, dass vor allem im nördlichen Bereich von Niedersachsen jetzt private Unternehmen mit spezieller Ausbildung die Begleitung der Schwertransporte übernehmen können. Sonst waren wir ja ganze Nächte mit Schwertransportern unterwegs. Das ist eine gute Sache und hat ein bisschen Entlastung gebracht. Für Unmut sorgen allerdings immer noch häufige Sondereinsätze, bei denen die Leo-Leine-Einheiten aufgerufen werden. Diese Sondereinsätze führen nach wie vor dazu, dass die AAO – die Alters- und Ablauforganisation – geschwächt

wird. Hier muss dafür gekämpft werden, dass die ZPD personell in die Lage versetzt wird, den überwiegenden Teil der Sondereinsätze abuarbeiten. Insofern: die Polizei in Niedersachsen braucht mehr Personal.
Red.: Vielen Dank.



Erleichtern das Einsteigen und Sitzen im Auto: die neuen Teleskopeinsatzstöcke.

Mitglieder Fachausschuss Schutzpolizei

Vorsitzender	Michael	Stieg	BG Göttingen
Schriftführer	Dieter	Käufer	BG ZPD
GsV-Mitglied	Sascha	Göritz	BG Braunschweig
Beisitzer	Torsten	Ahrens	BG Braunschweig
Beisitzer	Florian	Lange	BG Polizeiakademie
Beisitzer	Falk	Leja	BG Lüneburg
Beisitzer	Jan	Ruinys	BG Oldenburg
Beisitzerin	Anja	Schulze	BG Hannover
Beisitzer	Björn Steven	Sorge	BG Osnabrück

Verwaltung

Der Fachausschuss Verwaltung setzt sich intensiv mit der Situation der Verwaltungsbeamtinnen und -beamten auseinander. Diese ist nach wie vor geprägt von mangelnden Perspektiven, Personalverlust, Nachwuchsmangel, fehlenden Planstellen einschließlich Dienstpostenbewertungen, einem belastenden Stellenverteilungsmodell, dem Dauerbrenner Freisetzungsprogramm, einer besonders hohen Personalfuktuation und letztlich mangelnden Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten. Vorsitzender Detlef Ruppelt zieht im Interview Bilanz:



Red.: Welches sind die Hauptprobleme, die den FA Verwaltung in den vergangenen Jahren beschäftigt haben?

DR: Im Wesentlichen ging es um die Zukunft und Perspektiven der Polizeiverwaltung unter besonderer Berücksichtigung des ehemaligen mittleren Dienstes. Dann hat uns die bedarfsgerechte Bewertung des Polizeiverwaltungsdienstes beschäftigt, angefangen von der Bewertung der DL 21 im Vergleich zu allen anderen Dezernaten in der Polizeiorganisation. Damit verbunden ist die Forderung, durchgeschlüsselte Hebungen von A 9 bis A 14 in allen Direktionen und Einrichtungen einschließlich LKA durchzuführen. Das würde die PV erheblich nach vorne bringen. Außerdem ging es um die Umsetzung der Ergebnisse LAG Verwaltung einschließlich deren Veröffentlichung. Insgesamt hat der Fachausschuss diese LAG sehr eng begleitet. Beschäftigt hat uns zudem die Umsetzung eines gemeinsamen Stellenplans.

Red.: Welche Bilanz ziehen Sie zur LAG Verwaltung?

DR: Allgemein kann man sagen: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizeiverwaltung fühlten sich aufgrund fehlender Karrieremöglichkeiten immer mehr als Randgruppe in der Landespolizei ohne Lobby. Trotz des starken Engagements der GdP scheint der Wille für eine Verbesserung der Situation nicht vorhanden zu sein. Im Hinblick auf die Bilanz zur LAG Verwaltung kann man nur von einer riesengroßen Enttäuschung sprechen. Hier wurden über einen Zeitraum von drei Jahren von einem landesweiten Expertengremium zukunftsweisende Vorschläge mit entsprechenden Finanzierungsvorschlägen erarbeitet, die mit einem nachdrücklichen politischen Willen oder auch mit dem Willen der Bürokratie im Innenministerium relativ einfach umgesetzt werden könnten. Leider wurde seitens des MI, aber letztlich anscheinend auch von der Politik, hier alles ausgebremst. Von daher wurde hier mit viel Aufwand letztlich nichts erreicht. Mit Ausnahme

des Freisetzungprogrammes wurden so gut wie keine zukunftsorientierte Vorschläge umgesetzt. Aber im Grunde genommen ist das Programm eine Farce. Zwar konnte eine erkleckliche Anzahl von Beamtinnen und -beamten befördert werden. Das ändert jedoch kaum etwas an der schlechten Stellenausstattung, da im Gegenzug freiwerdende Stellen des Vollzugsdienstes, die von Verwaltungsbeamten besetzt sind bzw. waren, in den Vollzugsdienst zurückgeführt werden - also unter dem Strich ist das ein Minusgeschäft für die Verwaltung.

Red.: Wie wollen Sie die Dinge politisch-öffentlich weiter voranbringen?

DR: Letztlich habe ich keine konkreten Vorstellungen mehr, wie man unsere Anliegen politisch-öffentlich voranbringen kann - hier ist der Landesvorstand in Gesprächen mit den politisch Verantwortlichen gefragt. Wir wissen jedenfalls nicht mehr weiter - auch unser letztes Gespräch im MI, mit der Referatsleiterin 25, hat nichts Neues ergeben. In der Bezirksgruppe Braun-

schweig hatten wir im letzten Jahr die Fraktionen zu diesem Thema angeschrieben und teilweise ebenfalls enttäuschende Antworten erhalten. Wir befürchten deshalb, dass engagierte Menschen mittelfristig den Polizeibereich verlassen und sich Kommunen oder anderen Landesverwaltungen zuwenden, denn diese habe mehr zu bieten. Frustrierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden zurückbleiben, die die mannigfaltigen und anspruchsvollen Aufgaben allein bewältigen müssen. Das neue Attraktivitätsprogramm der GdP für die Polizeiarbeit in Niedersachsen greift die Probleme auf. Der FA Verwaltung hat sich in der vergangenen Wahlperiode erneut intensiv mit dessen Erarbeitung beschäftigt. Es dient als Grundlage für die zukünftige Gewerkschaftsarbeit und fließt immer wieder in politische Gespräche und Forderungen ein.
Red.: Vielen Dank.

Mitglieder Fachausschuss Verwaltung

1.Vorsitzender	Detlef	Ruppelt	BG Braunschweig
Stellv. Vorsitzender	Hans-Jörg	König	BG Hannover
Stellv. Vorsitzender	Peter	Nienaber	BG Osnabrück
1.Schriftführer	Carsten	Schnelle	BG Braunschweig
GsV-Mitglied	Petra	Franzen	
Beisitzerin	Martina	Alexander	BG Lüneburg
Beisitzerin	Cordula	Föhlinger	BG Oldenburg
Beisitzer	Michael	Dr. Gerhard	BG LKA
Beisitzerin	Patricia	Krüger	BG Polizeiakademie
Beisitzer	Uwe	Robra	BG ZPD Niedersachsen
Beisitzer	Holger	Prudlik	BG ZPD Niedersachsen
Beisitzerin	Carmen	Siebert	BG Göttingen
Beisitzerin	Andrea	Timmermann	BG Osnabrück

Tarifkommission Niedersachsen

Aufgabe der Tarifkommission ist es, die Tarifverhandlungen zu begleiten. Sie erarbeitet dafür Forderungen und organisiert Arbeitskampfmaßnahmen wie Demonstrationen, Warnstreiks oder Streiks. Daneben beschäftigt sie sich mit unterschiedlichen Problemen aus den Bereichen Arbeits- und Sozialrecht, die zum Beispiel auch von den Fachausschüssen aufgezeigt werden. Der Tarifkommission gehören zwei Tarifbeschäftigte aus jeder Bezirksgruppe an.



Tarifkommissions-Vorsitzender Gustav Volk wünscht sich, dass wieder mehr Kolleginnen und Kollegen an Warnstreik-Aktionen, wie zuletzt im Februar 2017, teilnehmen.

Nach der großen Veränderung – dem Wechsel von BAT zum TV-L – zum Jahreswechsel 2011/2012 galt es in den vergangenen Jahren, die neue Entgeltordnung mit ihren Vor- und Nachteilen zu beobachten und zu bewerten. So ist der Vorsitzende der Tarifkommission Gustav Volk überzeugt: „Überwiegend hat diese Struktur Vorteile wie zum Beispiel die Gliederung in drei Teile – also allgemeiner Teil, spezieller Teil und körperlich-handwerkliche Tätigkeiten. Allerdings bot auch die verwirrende Vielfalt des BAT manchmal Möglichkeiten, die es jetzt durch die klare Gliederung nicht mehr gibt.“ Nachgebessert werden müsse zum einen im Abschnitt 11, der die Beschäftigten in der Informationstechnik betrifft. Entgegen der Tarifeinigung wurde für den Teil II der Anlage A bisher keine neue Regelung getroffen, sondern zunächst eine redaktionell angepasste BAT-Regelung als Zwischenlösung aufgenommen. Zum anderen müsse der allgemeine Teil der Entgeltgruppe 7 noch gestaltet werden. „Das ist längst

überfällig. Denkbar wäre, auf Basis der vereinbarten Regelung des TVÖD zu verhandeln“, sagt Volk.

Noch keine Lösung für Schreibkräfte

Für die Schreibkräfte, die nach dem 31. Dezember 1983 eingestellt wurden und Verluste bei den Zulagen hinnehmen mussten, konnte die Tarifkommission leider noch nichts erreichen. „Alle Bemühungen auf Bundesebene durch die Bundestarifkommission sowie auch die direkten Gespräche mit dem Innen- und Finanzministerium des Landes Niedersachsen sind nicht zufriedenstellend verlaufen“, bedauert der Vorsitzende Volk. „Ich hoffe, dass für die betroffenen Kolleginnen vor Ort, kreative Ideen entwickelt werden konnten, um soziale Härten abfedern zu können.“ Die Bundestarifkommission werde an dem Thema dranbleiben.

Übermäßige zusätzliche Belastung durch PolizeiClient

Was die Tarifkommission Niedersachsen zurzeit und in nächster Zeit sehr beschäftigt, ist der PolizeiClient. Für dessen Finanzierung müssen 165 Tarif-Stellen zum 1. Januar 2019 aus dem Budget der Polizei eingespart werden. Im Moment wissen viele Kolleginnen und Kollegen deshalb nicht, wie ihre Zukunft aussieht. „Eine verlässliche Planung ist nicht möglich“, erklärt Gustav Volk. Es gebe bislang keine abschließenden Informationen darüber, welche Tätigkeiten innerhalb Führungs- und Einsatzmittel-Bereiche in den Direktionen und Inspektionen verbleiben. „Derzeit ist es so, dass vermeintlich vom PolizeiClient betroffenen Kolleginnen und Kollegen zusätzlich übermäßig durch die Vorbereitungen für den PolizeiClient belastet werden“. Die Tarifkommission vertritt daher die von der AG Technik aufgestellten Forderungen, vor allem, dass die betroffenen Kolleginnen und Kollegen unter Beibehaltung ihrer Eingruppierung weiterbeschäftigt werden und sich kurz- bis mittelfristig für andere Tätigkeiten innerhalb der Polizei Niedersachsen qualifizieren können.

Warnstreik – und keiner geht hin?

Zuletzt im Februar 2017 waren Verwaltungsmitarbeiter, Techniker und Computer-Spezialisten der Polizei zum Warnstreik aufgerufen. Allerdings haben sich daran nur verhältnismäßig wenige Beschäftigte beteiligt. Woran das gelegen hat, lässt sich laut Volk nur schwer einschätzen. Im Vorfeld habe es viele Gespräche gegeben: „Dabei hatte ich den Eindruck, dass im-

mer eine diffuse Angst mitschwingt, nicht unterstützt oder eventuell missverstanden zu werden, wenn man an einem Warnstreik teilnimmt“. Am häufigsten hätten die Kolleginnen und Kollegen argumentiert, dass sie fürchteten, ihre Arbeit nicht zu schaffen, dass sie nicht gerne als einziger aus der Dienststelle teilnehmen wollten, dass sie die Anfahrt nach Hannover als zu aufwändig empfanden und dass sie das Gefühl hatten, sich für die Forderungen rechtfertigen zu müssen. „Ich würde mir wünschen, dass die Kolleginnen und Kollegen sich wieder mehr darauf besinnen, für ihre gerechtfertigten Forderungen auf die Straße zu gehen“, so Gustav Volk abschließend.

Die wichtigsten Themen der Tarifkommission 2014-2017

- Detailveränderung des TV-L (Vorschläge für die BTK)
- Erarbeitung von Anträgen zum Bundeskongress 2014
- Personalratswahlen
- Altersteilzeit und Rente mit 63
- Flexi-Rente
- Freisetzungsprogramme
- Weiterbildung Verwaltungslehrgänge I und II inkl. Vereinbarung nach § 81 NPersVG
- PolizeiClient
- VBL: Startgutschriften, Veränderungen aufgrund von Tarifverhandlungen zur VBL, ständige Bearbeitung der aktuellen Rechtsprechung zur VBL

Mitglieder Tarifkommission			
Vorsitzender	Gustav	Volk	BG Osnabrück
Stellv. Vorsitzender	Andras	Kauß	BG Oldenburg
Schriftführer	Axel	Winkelhage	BG ZPD Niedersachsen
GsV-Mitglied	Elke	Gündner-Ede	BG Braunschweig
Beisitzer	Matthias	Arling	BG ZPD Niedersachsen
Beisitzerin	Linde	Becker-Hunthgeburdt	BG Göttingen
Beisitzer	Eduard	Bohlen	BG Osnabrück
Beisitzer	Annette	Büscherhoff	BG Oldenburg
Beisitzer	Tomas	Hauschild	BG ZPD Niedersachsen
Beisitzerin	Imme	Hildebrandt	BG LKA
Beisitzer	Hans-Jürgen	Knop	BG Polizeiakademie
Beisitzer	Hans Ulrich	Koch	BG Lüneburg
Beisitzer	Klaus	Möwius	BG Lüneburg
Beisitzer	Uwe	Pätzold	BG LKA
Beisitzerin	Imke	Schulz	BG Hannover
Beisitzerin	Marita	Vehrenkamp	BG Hannover
Beisitzerin	Martina	Wojna	BG Braunschweig
Beisitzerin	Kornelia	Wysocki	BG Braunschweig

Landesseniorengruppe

Obwohl das Berufsleben zu Ende ist, trifft dies für das Gewerkschaftsleben noch lange nicht zu. Die ehemaligen Beschäftigten der Polizei gehören innerhalb der Gewerkschaft der Polizei der Seniorengruppe an. Sie sind hier weiterhin bestens aufgehoben und können sich einbringen, denn die GdP vertritt nicht nur die beruflichen, sondern auch die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen ihrer Mitglieder.

Der Landesseniorenvorstand strebt neben Verbesserungen der allgemeinen Lebensbedingungen nach dem Berufsleben u.a. stets Verbesserungen im Versorgungs-, Renten- und Beihilferecht sowie im Pflegebereich an. Tarifverhandlungen sind für die Senioren weiterhin von großem Interesse, da auch sie davon profitieren. Darum ist es auch für uns wichtig, dass wir uns an den diesbezüglichen Demonstrationen beteiligen.

Außerdem zeigen und betonen vielfältige Angebote für Seniorinnen und Senioren die Stellung, die sie weiterhin in der GdP Niedersachsen einnehmen. Zu diesen Angeboten gehören z.B. Info- und Bildungsveranstaltungen, Seminare, Freizeitaktivitäten, Reisen

unserer GdP-Mitgliederservice GmbH und die jährlich stattfindende Seniorenreise der Landesseniorengruppen Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Die GdP gewährt auch den Seniorinnen und Senioren weiterhin Rechtsschutz, soweit ein Zusammenhang mit dem früheren Dienstverhältnis gegeben ist. Hierzu gehören insbesondere Ansprüche gegen die Versorgungsbehörde, die Rentenanstalt und die Zusatzversorgungskasse (VBL) sowie Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit dem Pflegeversicherungsgesetz.



Die **8. Landesseniorenkonferenz** fand unter dem Leit-motto „**Erfahrung gestaltet Zukunft**“ am 11. - 12. April 2017 in Jeddigen statt. In den **Geschäftsführenden Landesseniorenvorstand** wurden **einstimmig** ge-wählt:

Vorsitzender:

Erwin Jark, BG Oldenburg

Stellvertretender Vorsitzender:

Hermann Müller, BG Göttingen

Stellvertretender Vorsitzender:

Bernhard Wulf, BG Osnabrück

Schriftführer:

Manfred Forreiter, BG ZPD

Stellvertretender Schriftführer:

Horst Mauritschat, BG Oldenburg

Dem Landesseniorenvorstand gehören außerdem an:

Jürgen Kant, PA

Maria Magdalena Friederich, LKA

Bengelsdorf, Günter, PD Braunschweig

Kuno Meyer, PD Göttingen

Duba, Horst, PD Hannover

Brigitte Voß, PD Lüneburg

Dieter Hobbie, PD Oldenburg

Alfred Seidel, PD Osnabrück

Waltraut Thyssen, ZPD

7. Bundesseniorenkonferenz im März 2014 in Potsdam

– Motto: „Erfahrung gestaltet Zukunft“

– Nds. 8 Ordentliche Delegierte von 111 plus LSVors.

– Rudi Refinger als Gastdelegierter, da er aus dem Bundesseniorenvorstand verabschiedet und geehrt wurde.

25. Ordentlicher Bundeskongress im Nov. 2014 in Berlin

– 2 Ordentliche Delegierte seitens der Seniorengruppe GdP Nds.

Landesseniorenvorstandssitzungen haben jährlich zwei stattgefunden. Sitzungen Geschäftsführender Landesseniorenvorstand insgesamt zwei.

Gespräch mit dem Sozial-Staatssekretär Jörg Röhmann im Juli 2014

– Themen: u.a. menschenwürdige Pflege

– Seniorenmitwirkungsrecht

– bezahlbarer Wohnraum und die Beschlüsse der 7. LSKonferenz wurden überreicht.

Seminare der Landesseniorengruppe 2x jährlich in Jeddigen

– 160 Teilnehmer/innen

Seniorentourneen

finden seit 2009 auf Initiative von Rudi Refinger gemeinsam mit Schleswig-Holsten statt.

– 2014 Portugal – Lissabon und Algarve

– 2015 Griechenland

– 2016 Rom und Golf von Neapel

– 2017 Entlang der Pyrenäen nach Barcelona

Betreuung Einsatzkräfte bei Großeinsätzen

– Dezember 2016 anlässlich OSZE (Ministerrats-treffen) in Hamburg erstmals drei Kollegen der Seniorengruppe Nds. und beim G20 Gipfel in Hamburg Mitte 2017 ebenfalls.

Mitgliederentwicklung Seniorengruppe

– 2013 = 2.466

– 2015 = 2.488

– 2017 = 2.450 von 14.567 insgesamt (Nov. 2016)

Landesseniorengruppe

Ich engagiere mich in der Seniorengruppe, weil ...

... Gewerkschaftsarbeit nicht mit der Pensionierung / Rente aufhört.

... ich mich schon als junger Kollege auf die Erfahrungswerte älterer Kollegen verlassen konnte und auch heute noch auf Erfahrungen Wert lege.

... ich mich gesellschaftspolitisch äußern möchte und über die Gewerkschaft ein Sprachrohr habe.

*Bernhard Wulf,
Stellvertr. Landeseniorenvorsitzender*

... ich so einen Beitrag für eine erfolgreiche Seniorenarbeit in der GdP erbringe.

... die Arbeit für andere nicht nur eine Aufgabe ist, sondern auch ein Stück Zufriedenheit bringt.

... unsere Gesellschaft ehrenamtliches Engagement dringend braucht.

*Hermann Müller,
Stellvertr. Landeseniorenvorsitzender
und Vorsitzender Bezirksseniorengruppe
Göttingen*

... eine leistungsstarke Gewerkschaft auch eine starke Interessenvertretung im Seniorenbereich braucht.

... weil ich meine Erfahrungen mit den Kolleginnen und Kollegen teilen will

... ich meine erworbenen Kenntnisse im Sozialbereich/APS u.a. den Teilnehmern der Seniorenseminare gerne weitergebe.

*Manfred Forreiter,
Schriftführer Landesseniorengruppe und
Vorsitzender Bezirksseniorengruppe ZPD*

... ich Vorsitzender der Bezirksseniorengruppe Oldenburg bin.

... ich wichtige und aktuelle Themen aus dem Landesbezirk an die Seniorensprecher der Kreisgruppen weitergeben kann, damit diese wiederum ihre Mitglieder (SeniorenInnen) informieren. Berichte in der GdP Zeitschrift reichen m.E. nicht immer aus.

... ich die Meinung vertrete, dass die SeniorInnen schon immer ein wichtiger Bestandteil der gewerkschaftlichen Arbeit sind und es auch weiterhin bleiben sollen.

*Horst Mauritschat,
stellv. Schriftführer Landesseniorengruppe
und Vorsitzender Bezirksseniorengruppe
Oldenburg*

... sich Kollegen treffen, die sich aus ihrer Dienstzeit kennen.

... Senioren in gemeinsamer Runde eine schöne Zeit verbringen (BG Hannover: Treffen und Reisen der Senioren.)

... sie sich noch solidarisch mit den Aktiven verbunden fühlen.

*Horst Duba,
Vorsitzender Bezirksseniorengruppe
Hannover*

Bildergalerie zu den Aktivitäten der Landesseniorengruppe



Landesseniorenkonferenz



Seminare



Reisen

JUNGE GRUPPE (GdP)

Die JUNGE GRUPPE (GdP) Niedersachsen hat mit Stand vom 24. August 2017 insgesamt 4.049 Mitglieder, die vom Landesjugendvorstand betreut werden. Der Landesjugendvorstand setzt sich aus den Sprech-

rinnen und Sprechern der Bezirks-JUNGEN GRUPPEN und dem geschäftsführenden Landesjugendvorstand zusammen. Derzeit gehören folgende Kolleginnen dem Landesjugendvorstand an:

Landesjugendvorsitzender	Marcel Szpadzinski	BG Osnabrück
stellv. Landesjugendvorsitzender	Enrico Burtz	BG Hannover
stellv. Landesjugendvorsitzende	Maika Nordmeyer	BG ZPD Niedersachsen
stellv. Landesjugendvorsitzender	Jannik Otto	BG Polizeiakademie
Landesjugendschriftführer	Lars Barlsen	BG Hannover
stellv. Landesjugendschriftführerin	Gesche Kraemer	BG Lüneburg
Landesjugendkassiererin	Janine Mai	BG Lüneburg
stellv. Landesjugendkassiererin	Rebecca Hillen	BG Osnabrück
Landesjugendkassenprüfer		BG Hannover
Sprecherin BG Göttingen	Ina Stetzka	BG Göttingen
Sprecher BG Braunschweig	Tim Holzhausen	BG Braunschweig
Sprecher BG Hannover	Kai-Marek Hintenberg	BG Hannover
Sprecher BG LKA	Christoph Schumacher	BG LKA
Sprecher BG Osnabrück	Cüneyt Altintas	BG Osnabrück
Sprecher BG Oldenburg	Tobias Fenners	BG Oldenburg
Sprecher BG ZPD	Philipp Mantke	BG ZPD Niedersachsen
Sprecherin BG Lüneburg	Stella Melzer	BG Lüneburg
Sprecherin PA Nienburg	Jannik Otto	BG Polizeiakademie
Sprecher PA Hann. Münden	Alexander Utin	BG Polizeiakademie
Sprecher PA Oldenburg	Katja Lücke	BG Polizeiakademie
	Sascha Göritz	GsV
	Kevin Komolka	GsV

Schwerpunkte bei der Arbeit der JUNGEN GRUPPE (GdP) Niedersachsen liegen in der Nachwuchswerbung und -gewinnung, der Betreuung von Sportveranstaltungen und Großeinsätzen, dem politischen Dialog und der Arbeit in der JUNGEN GRUPPE (GdP) Bund und den Jugendgremien des DGB. Im Berichtszeitraum wurden folgende Aktionen durchgeführt und Themen bearbeitet:



Politische Gespräche: mit Stephan Manke (Staatssekretär)



Politische Gespräche:
mit Uwe Binias (LPP)

Leitung der PA

JuLis Niedersachsen



Aktion „Mit uns gemeinsam ans Ziel“: Behördenmarathon am Maschsee



NPM Crosslauf in Hannover

Schölerberglauf in Osnabrück

Volkslauf in Hannover



Weitere Aktionen: Einsatzbetreuung in Hamburg

JUNGE GRUPPE (GdP)



Einsatzbetreuung in Hannover



Aktion „Auch Mensch“



Stunde der Gewerkschaften an der PA



LDT in Cuxhaven



Bundesjugendkongress in Berlin



50 Jahre JUNGE GRUPPE



EM Tippspiel



Demo in Hannover



Nordverbundtreffen



Landesjugendkonferenz 2017



Landesfrauengruppe Niedersachsen



Der geschäftsführende Landesfrauenvorstand Imme Hildebrandt, Ilona Müller, Anja Surkau, Kornelia Wysocki (v.l.).
Es fehlt: Heike Donath

Unsere wichtigsten Themen 2013-2017 waren

- ... Versorgungslücken und die Novellierung des Niedersächsischen Gleichstellungsgesetzes (NGG) im Gespräch mit Sozialministerin Cornelia Rundt (SPD) im Jahr 2016.
- ... „Rente/Versorgung/Pension – was bekomme ich?“ bei der Frauenfachtagung im September 2015.
- ... „99 Jahre Frauenwahlrecht“ bei einer Veranstaltung im Sozialministerium anlässlich des Internationalen Frauentags 2017.
- ... die Neuwahl des Vorstands bei der 8. Landesfrauenkonferenz am 11./12. Januar 2017: Die Delegierten wählten Anja Surkau erneut zur Landesfrauenvorsitzenden. Zum geschäftsführenden Landesfrauenvorstand wurden außerdem Ilona Müller, Kornelia Wysocki, Heike Donath und Imme Hildebrandt bestimmt.

Landesfrauenvorstand:

Vorsitzende	Anja-Diana	Surkau	Polizeidirektion Oldenburg
Stellvertreterin	Ilona	Müller	Polizeidirektion Lüneburg
Stellvertreterin	Kornelia	Wysocki	Polizeidirektion Braunschweig
Schriftführerin	Heike	Donath	Polizeidirektion Göttingen
Stellv. Schriftführerin	Imme	Hildebrandt	LKA

Unsere beeindruckendsten Erlebnisse 2013-2017 waren ...

- ... die erste „Frauenfahrenfort“-Tour 2015 nach Oslo, an der 30 Kolleginnen teilnahmen.
- ... die Aktion „Wer die Besten will, kann auf Frauen nicht verzichten“: Eine Karte mit dieser Aufschrift bekamen am Internationalen Frauentag alle Kolleginnen und Kollegen mit Personalverantwortlichkeit persönlich zugesandt - von der Polizeipräsidentin dem Polizeipräsidenten bis zur Sachbearbeiter/-in Personal in den Inspektionen im ganzen Land.
- ... der Vortrag von Dr. Dirk Götting, „Von der Polizeiasistentin zur Führungskraft“, in der Polizeidirektion Göttingen anlässlich des Internationalen Frauentags 2016 und die Erkenntnis: In 40 Jahren hat sich außer der Kleidung und Frisuren nicht viel verändert.



Die Teilnehmerinnen der „Frauenfahrenfort“-Tour 2017 in Berlin

- ... die „Frauenfahrenfort“-Tour 2016 nach Hamburg: Mit einer persönlichen Führung über die Reeperbahn, dem Besuch der Davidwache bei Tag und dem Leben bei Nacht.
- ... „Frauenfahrenfort“-Tour 2017 nach Berlin: Mit Besuch der Bundesgeschäftsstelle der GdP und einem Gespräch mit dem Pressesprecher Rüdiger Holecek, sowie einer Spreefahrt, einer Führung durch das historische und neue Berlin, einem Besuch im Regierungsviertel und viele interessante Gespräche und Ausbau unserer Netzwerke.

Für die Zukunft haben wir vor, ...

- ... uns weiterhin im Rahmen der Beteiligung der Gewerkschaften bei der Novellierung des Niedersächsischen Gleichstellungsgesetzes (NGG) einzubringen.
- ... die nächste „Frauenfahrenfort“-Tour nach Dresden zu unternehmen, die innerhalb von vier Tagen ausgebaut war.
- ... unsere Netzwerke immer weiter auszubauen, um schnell jeder Kollegin mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Es sollten mehr Frauen Funktionen in der GdP übernehmen, weil ...

- ... wir nur so in jedem Bereich unserer Organisation ein „Ohr“ haben, das uns ermöglicht, Positives oder auch Negatives zu erfahren und wir „lageangepasst“ informieren oder helfen können. Auch wir Frauen müssen die Wichtigkeit von Netzwerken erkennen und diese für uns nutzen.



Die Teilnehmerinnen der „Frauenfahrenfort“-Tour 2016 in Hamburg

Braunschweig

Was waren die wichtigsten Schwerpunkte Eurer Arbeit in den vergangenen vier Jahren?

Mit der Personalratswahl 2012 haben wir den Angestelltenplatz im Bezirkspersonalrat an eine „Freie Liste“ verloren. Unser ganzes Engagement galt seitdem, die tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen im Bereich der PD Braunschweig davon zu überzeugen, dass es sich lohnt, die GdP zu wählen. Das gelang uns auch mit einer hervorragenden Kandidatin und überzeugenden Argumenten sowie bassorientierter Arbeit. Daneben gelang es auch, die Mehrheit in der PI Gifhorn wieder für die GdP zu erreichen.

Die Bezirksgruppe BS ist sehr aktiv im Bereich Verkürzung der Wartezeiten nach A 10. Immer wieder wird diese große Ungerechtigkeit thematisiert.

Aufgrund von Beleidigungen gegenüber der Polizei und Gewalt bei Spielen im Braunschweiger Stadion hat die BG BS auf Initiative des Landesvorsitzenden Dietmar Schilff die Öffentlichkeit gesucht und die Vorgänge angeprangert, weil das Präsidium von Eintracht Braunschweig sich nicht gemeldet hatte. Im Anschluss der medialen Berichterstattung kam es dann doch zu guten Gesprächen mit Eintracht Braunschweig sowie zu einer sehr guten gemeinsamen Fachtagung „Friedlicher Fußball“ am 20. Juni 2017, über die im Fernsehen, Radio und in den regionalen Zeitungen berichtet wurde. Die GdP BS bleibt in der Sache weiter am Ball und wird auch zukünftig Gewalt und Beleidigungen

nicht akzeptieren.

Was war Euer größter Erfolg / Eure größte Herausforderung?

Die größte Herausforderung von 2012 bis 2016 war die Tatsache, dass wir den Platz des/der Tarifbeschäftigten im Bezirkspersonalrat verloren haben und der Rückgewinn dieses Platzes war zugleich der größte Erfolg.

Welches Ereignis werdet Ihr am längsten in Erinnerung behalten - und warum?

Siehe 1. und 2.

Göttingen

Was waren die wichtigsten Schwerpunkte Eurer Arbeit in den vergangenen vier Jahren?

Politische Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit.

Podiumsdiskussion zum 40. Jahrestag der „Schlacht um Grohnde“, bei der auch das Thema Gewalt gegen Polizeibeamte anschaulich dargestellt wurde.

Kontinuierliche GdP-Arbeit zur Verbesserung der Schutzausstattung der Kolleginnen und Kollegen.

Was war Euer größter Erfolg / Eure größte Herausforderung?

Kontinuierliche Durchführung der Polizeibälle, inzwischen zum 46. Mal, mit tatkräftiger Unterstützung des früheren Landesvorsitzenden Helmut Bläsche, der im Juni 2017 für 60 Jahre Mitgliedschaft geehrt wurde, verbunden mit herzlichen Glückwünschen zum 80. Geburtstag.

Welches Ereignis werdet Ihr am längsten in Erinnerung behalten - und warum?

Die Delegiertentage, die abwechslungsreich und vielfältig sind. Das ist gelebte Gewerkschaftsarbeit.

Hannover

Was waren die wichtigsten Schwerpunkte Eurer Arbeit in den vergangenen vier Jahren?

2014: Neuwahl des BG- und des erweiterten Vorstandes der BG Hannover: Aus personellen und strukturellen Gründen war es an der Zeit für Veränderungen. Dafür war ein „starkes Team“, bestehend aus Polizeibeamten und Tarifbeschäftigten, angetreten. Unsere gemeinsamen Ziele waren u.a. Basisnähe („Gemeinsam sind wir stark“), Aufbau eines Netzwerkes, Offenheit und Transparenz, Ausbau des Vertrauensleutekonzepts, Fortführung der Tarifseminare und ansprechende Angebote für die jeweiligen Personengruppen (Frauen, Senioren und Junge Gruppe) anzubieten. Auch für mehr Präsenz auf der GdP Landesebene sollte sich zukünftig verstärkt eingesetzt werden, damit die „Besonderheiten“ der PD Hannover wieder mehr Beachtung bzw. Berücksichtigung finden.

2015: Ausfall der PR-Vorsitzenden/PR-Wahlen 2016: Aufgrund der Gesamtsituation des Bezirks- bzw. örtlichen Personalrates der PD Hannover (andere Struktur/keine Stufenvertretungen und lange Ausfallzeit der PR-Vorsitzenden) war es äußerst schwierig, einen störungsfreien Wahlkampf mit einer hohen Wahlbeteiligung zu gestalten, um ein positives Ergebnis für die GdP zu erzielen.

Gewerkschaftsarbeit aktiver zu gestalten unter Einbeziehung der Mitglieder: Seminarangebote s.o., weiterhin Einbeziehung in Arbeitsgruppen, Klausurtagungen des Vorstandes zu aktuellen Themen und Erarbeitung eines Geschäftsverteilungsplanes, Ehrungsveranstaltungen langjähriger Mitglieder, Teilnahme an gewerkschaftlichen Demonstrationen und Warnstreiks, Aktionen zum Weltfrauentag, Angebot speziell für die Mitglieder der Jungen Gruppe zur Gesundheitsförderung (Cross-Fit), Start und Weiter-

führung (2015-2017) eines Bundesliga-Fußball-Kicktipp-Spiels auf Bezirksgruppenebene, Angebot und Teilnahme an der Fahrt „Frauen-Fahren-Fort“ (HH, Berlin), Tagesfahrt nach Hamburg mit attraktivem Programm (ausgeschrieben für alle GdP-Mitglieder der BG), Beteiligung/Mitgestaltung am traditionellem Hoffest und dienststelleninterne Ausrichtung am „Tag der offenen Tür“, Begleitung herausragender Großeinsätze, sofern es aufgrund der hohen Einsatzbelastung umsetzbar war.

Was war Euer größter Erfolg / Eure größte Herausforderung?

Teambildung im Vorstand sowie die gesetzten Ziele gemeinsam umzusetzen.

Erreichen der GdP-Mehrheiten bei der PR-Wahl 2016 (PD Hannover), sodass der Vorsitz und dessen Vertretung durch die GdP gesichert werden konnte.

Welches Ereignis werdet Ihr am längsten in Erinnerung behalten - und warum?

Durch die letzten herausragenden Großeinsätze in der Landeshauptstadt Hannover (u.a. Obama-Einsatz, Länderspielabsage Deutschland-NL, Derby H 96-BS), wurde deutlich, dass ein hoher Kräfteansatz zur Gewährleistung der Sicherheit erforderlich war. Neben der hohen Einsatzbelastung wurde das Einsatzgeschehen durch ein hohes Gewaltpotential beeinträchtigt, dass wiederum zu starken Belastungen der Einsatzkräfte führte.

Lüneburg

Was waren die wichtigsten Schwerpunkte Eurer Arbeit in den vergangenen vier Jahren?

Torsten Bahlinger wurde am 28. September 2016 zum neuen Vorsitzenden der Bezirksgruppe gewählt. Auf diesem zweitägigen Bezirksdelegiertentagen löste er Martin Hellweg ab, da dieser nicht mehr für die Wahl des Vorsitzenden zur Verfügung stand. „Mein wichtigster Schwerpunkt für die Zukunft ist es, diese BG Lüneburg in Martins Sinne weiter zu führen und die Junge Gruppe nach bestem Wissen und Gewissen zu unterstützen und zu fördern“, sagt Bahlinger.

Was war Euer größter Erfolg / Eure größte Herausforderung?

Die Vorbereitung und Durchführung dieser Delegiertentage war die bisher größte Herausforderung für den neuen Vorsitzenden.

15 Prozent der Kolleginnen und Kollegen sind vom Alter der „Jungen Gruppe“ zuzuordnen. Unser Ziel ist es, dass sie nicht nur Beitragszahlerinnen und -zahler sind, sondern es wird versucht, sie aktiv an der Gewerkschaftsarbeit zu beteiligen.

Welches Ereignis werdet Ihr am längsten in Erinnerung behalten - und warum?

Die Bezirksdelegiertentage, denn diese waren schon etwas ganz Besonderes.

Oldenburg

Was waren die wichtigsten Schwerpunkte Eurer Arbeit in den vergangenen vier Jahren?

Anfang 2016 wurde die Wasserschutzpolizei von der ZPD der PD Oldenburg angegliedert. Damit ist auch unsere Bezirksgruppe um eine weitere Kreisgruppe angewachsen. Wir haben uns sehr gefreut, die neuen Mitglieder in unserer Bezirksgruppe zu begrüßen und aufzunehmen. Zudem konnten wir engagierte Mitglieder aus der WSPI für die Vorstandsarbeit gewinnen.

Arbeitsintensives und erfreuliches Ereignis waren die Personalratswahlen im April 2016. Es ist beeindruckend, wie viele Kolleginnen und Kollegen sich der Verantwortung stellen und für die Ziele der GdP kämpfen. Lohn der Mühen war ein absolut starkes Ergebnis der GdP. Besonders herausragend ist hier der Hauspersonalrat der Polizeidirektion Oldenburg. Hier gingen alle Sitze an die GdP.

Am 20. Oktober fand unsere Bezirksdelegiertenversammlung mit Neuwahlen des Vorstandes statt. Es ist uns gelungen, neue Gesichter für die Vorstandsarbeit zu gewinnen. Die wichtigste Wahl war aber die des ersten Vorsitzenden: Jörg Mildahn wird auch in den

nächsten Jahren unser Antreiber und Motivator für die Arbeit der GdP in der Bezirksgruppe Oldenburg bleiben.

Was war Euer größter Erfolg / Eure größte Herausforderung?

Neben den wichtigen Personalratswahlen war unser Highlight unsere Bezirksdelegiertenversammlung. Jörg Mildahn und Dietmar Schilff haben in leidenschaftlichen Reden die Standpunkte der GdP vertreten. Das hat nicht nur die Delegierten beeindruckt. Auch bei den hochrangigen politischen Gästen aus allen Landtagsfraktionen dürfte das gewirkt haben. So wurden nicht ohne Grund durch die Politikerinnen und Politiker in unserer Podiumsdiskussion endlich Zugeständnisse an die zentralen Forderungen der GdP gemacht und auch umgesetzt. U.a. Anhebung von DuZ, Verdopplung der geplanten Stellenhebung, Absenkung des Beitrages zur Heilfürsorge oder Nachbesserung des Gefahrenabwehrgesetzes.

Osnabrück

Was waren die wichtigsten Schwerpunkte Eurer Arbeit in den vergangenen vier Jahren?

Eine große gesellschaftliche Herausforderung der letzten Jahre - die Bewältigung der Flüchtlingskrise – was auch Auswirkungen auf unsere Bezirksgruppe hatte. Auf dem Gelände der Aufnahmeeinrichtung in Bramsche waren 2015 zwischenzeitlich mehr als 5.000 Flüchtlinge untergebracht. Um die damit einhergehenden Probleme lösen zu können, hatten sich zehn Kolleginnen und Kollegen dazu bereit erklärt, die Registrierung vor Ort zu unterstützen. Schnell wurden die Kolleginnen und Kollegen nicht nur bei der Registrierung, sondern auch bei anderen Aufgaben mit eingebunden.

Sie leisteten dabei so gute Arbeit, dass Klaus Dierker, zu diesem Zeitpunkt stellvertretender Landesvorsitzender und Vorsitzender der Bezirksgruppe Osnabrück, anschließend die Leitung der Einrichtung übernahm und sogar jetzt noch innehat. Mit dieser Aufgabe zog er sich, verständlicherweise, nach und nach aus seinen gewerkschaftlichen Ämtern zurück. Außerdem ging Ben Wulff, Kassierer im Vorstand der GdP-Bezirksgruppe sowie Bezirkspersonalratsvorsitzender, in den Ruhestand und auch Gustav Volk kandidierte als stellvertretender Kassierer nicht mehr für den Bezirk. Entsprechend musste es nicht nur bei den

Personalratswahlen, sondern auch in der Bezirksgruppe neue Kandidaten geben.

Was war Euer größter Erfolg / Eure größte Herausforderung?

Dass es uns trotz der widrigen Umstände gelungen ist, die Wahlbeteiligung zu steigern und gleichzeitig auch das Wahlergebnis zu verbessern, kann als großer Erfolg gewertet werden. Ebenfalls ein Schwerpunkt auf Bezirksebene war die Neugruppierung der Frauengruppe. Besonders positiv daran ist der Umstand, dass wir mit Julia Schultz eine sehr junge Kollegin (25 Jahre) als Vorsitzende gewinnen konnten. In der BG Osnabrück konnten wir in den letzten vier Jahren zudem 66 Neueintritte in die GdP verzeichnen.

Polizeiakademie

Was waren die drei wichtigsten Schwerpunkte Eurer Arbeit in den vergangenen vier Jahren?

Der Schwerpunkt unserer Arbeit ist fast ausschließlich die Werbung neuer Mitglieder. Wenn im April und Oktober die neuen Anwärterinnen und Anwärter ihr Studium aufnehmen, sind wir präsent und berichten von den Vorteilen, die eine Mitgliedschaft in der GdP hat. Viele können wir gleich überzeugen. Andere kommen in den folgenden Tagen zu unserem Infostand und unterschreiben den Aufnahmeantrag. Wir sind während des gesamten Studiums als Ansprechpartner da.

Was war Euer größter Erfolg / Eure größte Herausforderung?

In Oldenburg ist es uns gelungen, fast 100 Prozent der Anwärterinnen und Anwärter für eine Mitgliedschaft in der GdP zu begeistern. In Nienburg haben wir auch ca. 70 Prozent erreicht. In den letzten vier Jahren haben wir so ungefähr 2.500 neue Mitglieder gewonnen.



Mitgliederwerbung bei der „Stunde der Gewerkschaften“ an der Polizeiakademie.

Zentrale Polizeidirektion

Was waren die drei wichtigsten Schwerpunkte Eurer Arbeit in den vergangenen vier Jahren?

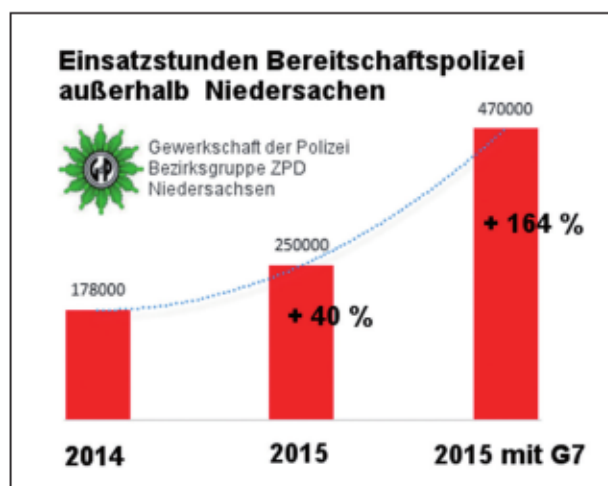
- Reduzierung Mehrarbeit/Überstunden
- Arbeitsschutz
- PolizeiClient

Was war Euer größter Erfolg / Eure größte Herausforderung?

- PR-Wahl 2016: 12 von 15 Plätzen für die GdP
- Belastungssteigerung in 2015: Einsätze Bereitschaftspolizei außerhalb Niedersachsens 164 %

Welches Ereignis werdet Ihr am längsten in Erinnerung behalten - und warum?

- G20: 968 Einsatzkräfte mit 46 Verletzten



Landesbeirat/Landesvorstand

Der **Landesbeirat** ist gemäß § 19 der GdP-Satzung das höchste Organ der GdP Niedersachsen zwischen den Landesdelegiertentagen. Er besteht aus dem Landesvorstand, weiteren, von den Bezirksgruppen zu benennenden Beisitzerinnen und Beisitzern, weiteren von der Frauengruppe, der JUNGEN GRUPPE sowie der Seniorengruppe zu benennenden Beisitzerinnen und Beisitzern. Der Beirat legt die Schwerpunkte aktueller gewerkschaftlicher Arbeit für das kommende Jahr fest. Darüber hinaus erörtert er den Umsetzungsstand der Delegiertentags- und Beiratsbeschlüsse.

Der Beirat wird mindestens einmal im Jahr, mit Ausnahme des Jahres, in dem ein Delegiertentag stattfindet, einberufen. Seit dem Landesdelegiertentag 2013 war dies fünfmal der Fall. Gründe dafür waren der Rücktritt von Klaus Dierker und die Nachwahl des stellvertretenden Landesvorsitzenden Kevin Komolka.

Der **Landesvorstand** ist gemäß § 20 der GdP-Satzung das Gremium, welches im Rahmen der vom Landesdelegiertentag gefassten Beschlüsse die Richtlinien der Gewerkschaftspolitik bestimmt. Er ist für die Durchführung der Beschlüsse des Landesdelegiertentages und des Landesbeirates verantwortlich.

Dem Landesvorstand gehören an: der Geschäftsführende Landesvorstand, je ein Mitglied der Bezirksgruppenvorstände, der/die Vorsitzende der JUNGEN GRUPPE, der/die Vorsitzende der Seniorengruppe, der/die Vorsitzende der Frauengruppe sowie die Vorsitzenden der Fachausschüsse, der/die Vorsitzende der Tarifkommission und ein/e weitere/r Beisitzer der Tarifkommission. Hinzu kommen die Mitglieder der GdP-Fraktion des PPHR (soweit sie nicht Ersatzmitglieder sind), sowie der HVSb, sofern er der GdP ange-

hört. Sie haben das Recht, an den Sitzungen des Landesvorstandes mit beratender Stimme teilzunehmen.

Der Landesvorstand tritt in der Regel vier Mal pro Jahr zusammen. Seit dem Landesdelegiertentag im November 2013, beginnend mit dem Jahr 2014, tagte der Landesvorstand elfmal, zuzüglich den Sitzungen des Landesbeirates.

Neben den satzungsgemäßen Aufgaben waren zu bestimmten Themen auch Referentinnen und Referenten eingeladen:

- Marion Dix und Gwendolin von der Osten im LV stellten das Ergebnis der GdP-AG Personalpolitik vor.
- Landespolizeidirektor Knut Lindenau war zweimal anwesend und diskutierte mit dem Landesvorstand über aktuelle Entwicklungen in der Polizei Niedersachsen.
- Lothar Hölzgen von der GdP Hessen erläuterte den Erfahrungsbericht über den Einsatz von Bodycams in Hessen.
- Axel Brockmann als Vertretung des Landespolizeipräsidenten hielt einen Vortrag zur aktuellen Sicherheitslage.
- Ulrika Engler, Direktorin der nach deren Abschaffung 2005 wieder eingerichteten Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen, stellte die Arbeit vor und diskutierte über Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen der Landeszentrale und der GdP.



BU: Der Landesvorstand der GdP Niedersachsen bei seiner Sitzung am 1. Juli 2014.



Die Mitglieder des Landesbeirats im September 2015.

Personalien

„Präsent, wo's brennt“: Neben dem Dialog außerhalb der GdP mit Politik und anderen Verantwortungsträgern, ist es wichtig, dass man die Positionen aus Niedersachsen auch innerhalb der Organisation GdP einbringen kann. Funktionsträgerinnen und Funktionsträger aus dem Landesvorstand der GdP Niedersachsen waren und sind auch auf der GdP-Bundesebene aktiv.

Vertreter/-innen in Bundesfachausschüssen und Personengruppen:

- Anja Surkau – Frauen
- Erwin Jark – Senioren
- Kevin Komolka – JUNGE GRUPPE
(Bundesjugendvorsitzender und dadurch Mitglied für JG im GdP-Bundesvorstand)
- Gustav Volk, Andreas Kauß – Bundestarifkommission
- Andreas Nünemann – Kriminalpolizei
- Michael Stieg – Schutzpolizei
- Dieter Käufer – Bereitschaftspolizei
- Petra Franzen – Verwaltung
- Uwe Heeske – Wasserschutzpolizei
- Jörg Mildahn – Bildung
(Mitglied für GdP Niedersachsen im Bundesvorstand)
- Sascha Göritz – Werbung
- Martin Hellweg – Beamten- und Besoldungsrecht, Haushalts- und Finanzausschuss GdP Bund **(Vorsitzender)**
- Michael Bersenkovitsch – Bundeskontrollausschuss
(Vorsitzender und dadurch Mitglied im Bundesvorstand)
- Marion Dix – Bundesschiedsgericht
- Elke Gündner-Ede
(Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand, dadurch auch Mitglied im Bundesvorstand)
- Dietmar Schilff
(Stellvertretender Bundesvorsitzender, dadurch Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand und Bundesvorstand)

Eine einschneidende personelle Veränderung kam zwei Jahre nach dem 30. Landesdelegiertentag auf die GdP Niedersachsen zu. Der stellvertretende Landesvorsitzende Klaus Dierker trat von seinem Amt zurück, da er Ende 2015, während der Hochphase des Flüchtlingsaufkommens, auf Bitte des Innenministers die Leitung des Standortes Bramsche der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen übernommen hat. Der Landesvorstand musste diese Entscheidung natürlich akzeptieren, und wünschte Klaus bei der wichtigen Aufgabe alles Gute. Es zeichnet die Arbeit von Klaus aus, wenn ihn solch eine Anfrage in dieser wichtigen Angelegenheit ereilt.

Als Nachfolger schlug der Landesvorsitzende Dietmar Schilff dem geschäftsführenden Landesvorstand Kevin Komolka vor. Der Landesvorstand unterstützte die Personalie. Der Beirat wählte im Oktober 2016 Kevin als stellvertretenden Landesvorsitzenden in den geschäftsführenden Landesvorstand.

Darüber hinaus hat der bisherige Landesschriftleiter Christopher Finck aufgrund zusätzlicher Aufgaben im politischen und privaten Bereich angedeutet, dass er die Funktion als Landesschriftleiter schweren Herzens in absehbarer Zeit abgeben muss. Als Mitredakteur steht er weiterhin zur Verfügung. Für diese Funktion zeichnet sich zur Drucklegung eine personelle Lösung ab, die voraussichtlich auf dem Landesdelegiertentag in Osnabrück bekanntgemacht werden kann.

Seminare und Bildungsarbeit

Der Bildungsarbeit in der GdP Niedersachsen wurde nach dem 30. Delegiertentag 2013 mit einem völlig neuen Konzept und einem erweiterten Budget noch mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Ziel sollte es werden, durch ein attraktives Seminar- und Bildungsprogramm die Mitgliederbindung und Mitgliederneugewinnung noch weiter zu stärken.



Die Seminare, die in Zusammenarbeit mit einem Bildungsträger angeboten werden, erfreuen sich großer Beliebtheit.

Wir hatten uns daher entschlossen, mit Hilfe eines professionellen Bildungspartners das Bildungsprogramm neu zu gestalten. Mit „Arbeit und Leben“ haben wir einen zuverlässigen, hoch professionellen Partner gefunden. Die mit „Arbeit und Leben“ aufgelegten Seminare wurden hervorragend angenommen. Bereits im ersten Jahr waren die angebotenen Seminare völlig überbucht. In der Folge waren zusätzliche Seminare aufgelegt worden, die auch in den Folgejahren stets überbucht waren. Das Interesse an den Seminaren zeigt die übergroße Nachfrage an Seminar- und Bildungsarbeit und die Ziele der Mitgliederbindung und -gewinnung konnten damit erreicht werden. Die Bildungsarbeit wird auch im kommenden Jahr mit einem attraktiven Seminarprogramm fortgesetzt werden.

Schulung von neugewählten Personalräten

Die GdP Niedersachsen hat darüber hinaus im Jahr 2016, direkt nach den Personalratswahlen, Erstbeschulungen von neugewählten Personalratsmitgliedern durchgeführt. Als Referent fungierte dabei unser Kollege Andreas Kauß, der in seinen Seminaren mehr als 150 Kolleginnen und Kollegen auf ihre Arbeit in den Personalvertretungen vorbereitet hat. Die GdP Niedersachsen war die einzige Polizeigewerkschaft,

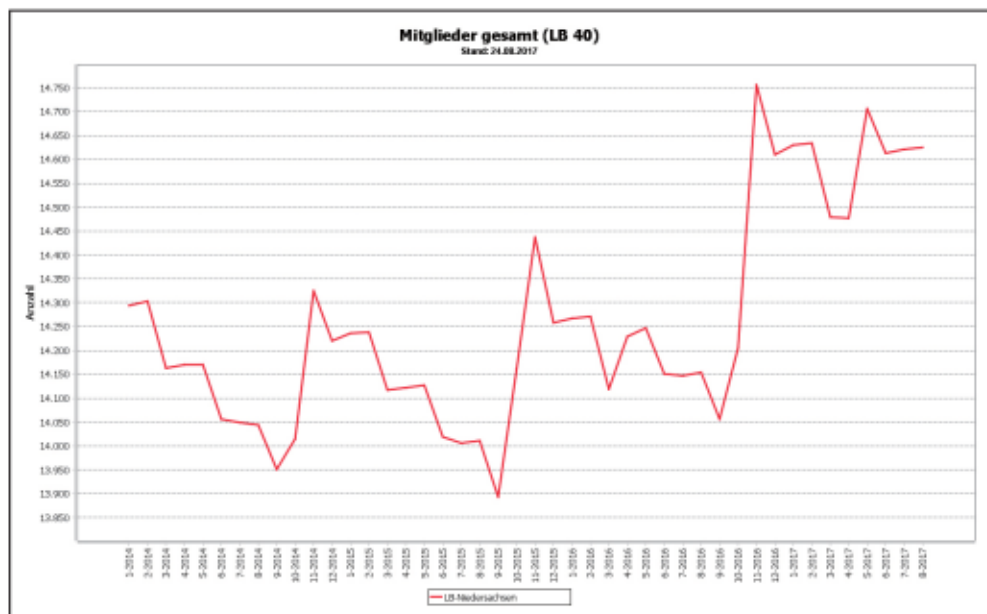
die eine Beschulung von Personalräten in Niedersachsen angeboten hatte. Als weiteres Ziel sollen Fortbildungsseminare für unsere Personalratsmitglieder aufgelegt werden.

Erstmals Seminar für Rentnerinnen und Rentner

Die GdP Niedersachsen bietet weiter Seminare für unsere Seniorinnen und Senioren und erstmals auch speziell für unsere Rentnerinnen und Rentner an. Die Seminare werden in enger Abstimmung mit dem LSV und ihrem LS-Vorsitzenden Erwin Jark geplant und durchgeführt. Die von der GdP Bund angebotenen Seminare werden aus unserem Landesbezirk heraus ebenfalls sehr gut angenommen. Über die Sitzung der Bildungsbeauftragten im Bund nehmen wir maßgeblich Einfluss auf die dort angebotenen Seminare.

Mitgliederentwicklung

Eine Gewerkschaft wie die GdP zieht ihre Schlagkraft, neben ihrer fachlichen und sozialen Kompetenz, aus ihrer Mitgliederzahl sowie der Höhe ihres Organisationsgrades. Daher kommt der Mitgliederentwicklung eine besondere Bedeutung zu, welcher der Landesvorstand auch im Berichtszeitraum durch entsprechende Schwerpunktsetzung Rechnung getragen hat.



Die Entwicklung der Mitgliederzahlen im Berichtszeitraum.

Einerseits ist es wichtig, Mitglieder zu halten, indem sie gut betreut und ihre Interessen vertreten werden. Daneben ist die Werbung von neuen Mitgliedern von großer Bedeutung, um eine positive Mitgliederentwicklung zu haben.

Hatte die GdP Niedersachsen 2013 gut 14.000 Mitglieder, wird die Mitgliederzahl Ende 2017 auf 15.000 angestiegen sein. Weit über 80 Prozent befinden sich im aktiven Dienst. Der deutliche Anstieg trägt nicht nur den erhöhten Einstellungszahlen an der Polizeiakademie Rechnung, sondern ist auch Ausdruck der guten Betreuungsarbeit in den Untergliederungen. Dem Mitgliederanstieg liegen auch mindestens zwei weitere Umstände zugrunde: 1. Es treten unterjährig weniger Mitglieder aus der GdP Niedersachsen aus, als bei den Neueinstellungen an der Polizeiakademie geworben werden. Und 2. Es treten regelmäßig Polizeibeschäftigte aus dem Bestand in die GdP ein.

Anreize für die Mitgliederwerbung

Um letzteres zu fördern, gab es im gesamten Berichtszeitraum die grundsätzliche Fortschreibung der Werbekampagne „Präsenz, wo's brennt“ aus dem Jahr 2013. Aktuell wird mit dem Motto „GdP – mach mit!“ diese Werbung im Bestand durchgeführt. Ziel ist es, unter Herausstellung der jüngsten GdP-Erfolge und der Vorzüge einer GdP-Mitgliedschaft, Polizeibeschäftigte zum einen für eine solche Mitgliedschaft zu begeistern, zum anderen aber auch bisherige GdP-Mit-

glieder zu aktivieren, Werbung für die GdP zu machen. Hierzu gibt es mindestens bis Anfang 2018 folgende Anreize:

- Für jedes geworbene Neumitglied aus dem Bestand erhält der Werber einen Reisekostenzuschuss in Höhe von 25 Euro von der GdP Service GmbH.
- Das geworbene Neumitglied aus dem Bestand ist in den ersten vier Monaten beitragsfrei.
- Das geworbene Neumitglied aus dem Bestand erhält einen Reisekostenzuschuss in Höhe von 25 Euro von der GdP Service GmbH.
- Insgesamt lobt die GdP Niedersachsen 1.600 Euro für 16 x 100 Euro Eventim-Gutscheine aus. Diese werden unter den Werbern und den Neumitgliedern verlost.

Werbebeauftragte treffen sich wieder

Nachdem im Geschäftsbericht zum 30. Landesdelegiertentag bedauert werden musste, dass die GdP Bund aufgrund von Umstrukturierungen in der Bundesgeschäftsstelle letztmalig 2011 zu einer bundesweiten Tagung der Werbebeauftragten der Bezirke gekommen war, kann nun berichtet werden, dass, auch durch das intensive Bemühen der GdP Niedersachsen, diese Tagungen wieder einmal jährlich durchgeführt werden. Diese Tagungen sind eine wichtige Möglichkeit, sich auszutauschen und voneinander zu partizipieren.

Mitgliederwerbung

Für eine positive Mitgliederentwicklung der GdP Niedersachsen ist die Werbung bei den jährlichen Neueinstellungen eine maßgebliche Bedingung des Erfolges. Hierbei versteht es sich, dass die Hauptbemühungen bei den GdP-Aktiven der Bezirksgruppe Polizeiakademie mit tatkräftiger Unterstützung der JUNGEN GRUPPE liegen. Es wurde aber auch als gemeinsame Aufgabe der GdP Niedersachsen insgesamt verstanden.

Im Berichtszeitraum konnten mehr als 3.500 junge Kolleginnen und Kollegen in den drei Studienorten in der jeweils stattfindenden „Stunde der Gewerkschaften“ begrüßt und in der Folgezeit seitens der GdP betreut werden.

Die GdP-Aktiven haben es geschafft, mehr als dreiviertel der Anwärterinnen und Anwärter von einer Mitgliedschaft in der GdP zu überzeugen - obwohl sich die Rahmenbedingungen im Lehrbetrieb stetig verändern, die Arbeitswelt sich immer weiter verdichtet, eine teilweise irritierende Distanz zur Solidarität bei Einzelnen festzustellen ist und ein Mitbewerber mit großem Finanzmitteleinsatz an den Start ging.

Seit 2016 gibt es wieder zwei Einstellungstermine, jeweils zum 1. April und zum 1. Oktober eines Jahres. Die Entzerrung der „Massen“ ist sehr zu begrüßen. In den beiden bisherigen Durchläufen zum 1. April übernahmen die Kolleginnen und Kollegen der Kreisgruppe PA Oldenburg die Aufgabe der Werbung, da nur an ihrem Standort die Einstellungen erfolgten. Trotz dieser jährlichen Doppelbelastungen haben sie insbesondere im April eines Jahres eine hervorragende und berichtenswerte Werbequote von über 90 Prozent der Neueingestellten erreicht.

Die Werbemaßnahmen im Einzelnen

- Fortsetzung des konzeptionellen Grundgedankens „jung wirbt jung“
- Schulung von Multiplikatoren in einem mehrtägigen Fortbildungsseminar mit dem Schwerpunkt Werbung und Kommunikation im Jahr 2016
- Fortsetzung dieser Beschulungsreihe durch das Angebot dezentraler Angebote in den einzelnen Studienorten im Folgejahr
- Fortsetzung der Analyse- und Planungsgespräche im Frühjahr des Folgejahres
- Aktualisierung des Werbeflyers Neueinstellung
- Einsatz von Werbematerialien der JUNGEN GRUPPE (Bund) mit dem Slogan „Gemeinsam stark für deine Zukunft“ – Klemmbretter, Ordner, Imagebroschüren
- Anschaffung von Werbetresen und hochwertigen Werbewänden für die Studienorte
- Flankierende Öffentlichkeitsarbeit in der Deutschen Polizei, der GdP-Homepage, später auch auf Facebook

– Einsatz einer hochwertigen Einsatztasche als Werbemittel seit 2016

– Unterstützung der Studienorte Nienburg und Hann. Münden in den ersten Wochen nach der „Stunde der Gewerkschaft“ bei der Mitgliederwerbung durch GdP-Aktive aus den verschiedenen Bereichen der GdP Niedersachsen.

Es sei nochmals festgestellt: Werbung ist eine Gemeinschaftsaufgabe von uns allen. Jedem und jeder, der und die hierbei mitgewirkt hat, ist für sein außerordentliches Engagement zu danken!

Werbung an der Fachoberschule

Getreu der Erkenntnis, dass Werbung eine Gemeinschaftsaufgabe der GdP Niedersachsen ist, wurde konzeptionell die Möglichkeit geschaffen, die Werbeaktivitäten bei den jeweiligen Neueinstellungen an den Studienorten bereits im Vorfeld zu unterstützen. Seit 2015 können Schülerinnen und Schüler der Fachoberschule (FOS) beitragsfrei Mitglied in der GdP Niedersachsen werden. Über einen Extra-Flyer geworben, erhalten die jeweiligen Neumitglieder eine Schreibmappe als Werbegeschenk sowie monatlich die Deutsche Polizei.

Die Erstansprache und Werbung erfolgt bewusst hierbei nicht in den Standorten der FOS, sondern in den Einzeldienststellen der Praktikumszeiten. Hier kann die GdP Niedersachsen ihre Flächenpräsenz als Wettbewerbsvorteil gegenüber Mitbewerbern nutzen. Jede Kollegin und jeder Kollege, der hier bereits in die Familie GdP aufgenommen wird, muss nicht mehr auch noch in den jeweiligen Studienorten geworben werden, sondern ist gleichzeitig eine Werbemultiplikator im Austausch mit seinen Kommilitoninnen und Kommilitonen im Studium.

Gemeinsam können die Bemühungen hierzu in den nächsten Jahren weiter intensiviert werden!

Einsatzbetreuung

Die Einsatzbetreuung ist eine Kernaufgabe der Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen und unerlässliches Mittel der Mitgliederbindung und -werbung. In der aktuellen Legislaturperiode haben mehrere Betreuungseinsätze innerhalb und außerhalb Niedersachsens stattgefunden.



Die Einsatzbetreuung der GdP Senioren beim G20-Gipfel in Hamburg kam gut an – besonders Eis, Kaffee, Obst und Energy-Drinks waren gefragt.

Zumeist auf Initiative der JUNGEN GRUPPE (GdP) wurden u.a. beim Obama-Einsatz in Hannover, bei den Derby-Bundesligaspielen Hannover 96 gegen Eintracht Braunschweig und bei den Einsätzen zu den G7- und G20 Gipfeln in Elmau und Hamburg Betreuungseinsätze durchgeführt. Dabei wurde auf die freundschaftlichen Verhältnisse zu benachbarten Landesbezirken zurückgegriffen, so dass zumeist Bremen, Hamburg und Niedersachsen Seite an Seite in die Betreuungseinsätze gefahren sind. Hierbei wurde durch die GdP-Niedersachsen-Betreuer das kurz nach dem letzten Landesdelegiertentag angeschaffte GdP-Mobil genutzt.



Möglichst bei jedem größeren Einsatz

Auf Initiative Klaus Dierkers wurde das erste Einsatzbetreuungskonzept der GdP Niedersachsen entwickelt. Es wird derzeit weiterentwickelt. Ziel soll es sein, dass aus diesem eine klare Regelung der Verantwortlichkeiten bei Einsatzbetreuungsmaßnahmen hervorgeht und dass die Einsatzbetreuungsmaßnahmen weiter intensiviert werden. Möglichst soll bei jedem größeren Einsatz die GdP Niedersachsen erkennbar im Einsatz und Ansprechpartner für die Kolleginnen und Kollegen und deren Belange sein. Schon jetzt ist bei der Einsatzbetreuung erkennbar, dass eine hohe Motivation junger Kolleginnen und Kollegen, sich an diesen Einsatzbetreuungen zu beteiligen, vorliegt. Somit werden die positiven Erfahrungen auch in deren Bereiche, zumeist die Polizeiakademie Niedersachsen, mit Bezug zur GdP transportiert – eine gute Werbemöglichkeit der GdP Niedersachsen.

Einsatzbetreuung der JUNGEN GRUPPE (GdP) mit dem kurz nach dem letzten Landesdelegiertentag angeschafften GdP-Mobil.

Einsätze von besonderer Bedeutung

Rund 1,5 Millionen Überstunden, Dauerstress, physische und psychische Belastung, Beleidigungen, Aggressivität und Gewalt, Schutzausstattung, Verpflegung, Unterbringung, Schlafmangel ... Das sind nur einige Punkte, die einem im Zusammenhang mit dem Thema Einsatzbelastung einfallen.



Die Bilanz des Einsatzes beim G20-Gipfel in Hamburg: 49 verletzte Kolleginnen und Kollegen.

Seit Rot-Grün die Landesregierung im Februar 2013 übernommen hat, gehören Castor-Großeinsätze der Vergangenheit an. Bis zur Einigung auf ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll gibt es keine weiteren Castor-Transporte nach Gorleben, so die Vereinbarung aus dem Jahr 2013 zwischen der Bundesregierung und der Landesregierung.

Auch mit der Entscheidung der Bundesregierung und der Abstimmung Anfang 2017 im Bundestag über das Gesetz zur Suche eines geeigneten neuen Endlagers für hochradioaktive Abfälle sind neue Transporte nach Gorleben zunächst einmal ausgeschlossen. Mit einem Endlager ist erst 2050 zu rechnen. In der Zwischenzeit werden Abfälle in den bestehenden Zwischenlagern deponiert, ausdrücklich nicht in Gorleben.

Auch ohne Gorleben genug zu tun

Das bedeutet, dass es seit 2013 rund um das Wendland keine Großeinsätze wie in der Vergangenheit mehr gibt. Aber auch ohne Gorleben hat die Polizei genug zu tun, sei es Demonstrationen für oder gegen etwas zu begleiten, Veranstaltungen zu sichern, Fußballgewalttäter zu trennen und weiteres. Zwei Einsätze stechen dabei besonders heraus: 1. der Obama-Besuch Ende April 2016 in Hannover und 2. der G20-Gipfel Anfang Juli 2017 in Hamburg.

Beim Obama-Besuch wurde die gesamte Innenstadt von Hannover abgeriegelt. Tausende von Polizeikräften sicherten die Veranstaltung. Einige Einheiten mussten aufgrund fehlender Hotelkapazitäten auch in Kasernen im Umfeld von Hannover schlafen. Dabei

Einsätze von besonderer Bedeutung

war in einer Kaserne in Hameln die Sauberkeit in einigen Bereichen offensichtlich nicht gegeben, so dass die betroffenen Kräfte verlegt wurden. Nur Kräfte, die dort bleiben wollten, verblieben auch vor Ort.

Das Fotografieren und Veröffentlichen von Fotos aus der Kaserne und die Kommentare von Einsatzkräften sorgten bundesweit für Aufregung. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass viele Behauptungen, zum Beispiel über Blut, Urin und andere Flecken an Wänden, auf Fußböden und auf dem Bettzeug nichtzutreffend waren. Es handelte sich vielmehr um Obst-, Getränke- und Reinigungsflecken.

Kritik an der Unterbringung

Auch wenn dem so war, es ist für die GdP nicht akzeptabel, solche Unterkünfte zur Verfügung zu stellen. Allein die zusammengestellte bunte Bettwäsche empfanden einige Einsatzkräfte als unangemessen. Ebenso muss natürlich die Sauberkeit garantiert sein. Die GdP hat vor langem schon ein Standardpapier für geschlossene Einsätze erarbeitet, welches auch beachtet werden muss.

Vertreter der GdP und der Personalräte waren während des Einsatzes vor Ort und haben sich fortlaufend um die Arbeits- und Unterbringungsbedingungen gekümmert. Nicht nur während des Einsatzes sondern auch in der Nachbereitung wurden die kritikwürdigen Punkte angesprochen.

Gipfel-Erfahrung seit über 40 Jahren

Ein noch größerer und viel intensiverer Einsatz mit Nachwirkungen bis heute war der G20-Gipfel in Hamburg. Seit 1975 gibt es G5/6/7/8-Treffen in unterschiedlicher Zusammensetzung. 1999 wurde zudem die Gruppe der G20 gegründet. Jährlich werden in jeweils anderen Ländern Treffen durchgeführt. Schon

einige Gipfel wurden seit der Gründung dieser durch aus wichtigen Gesprächsrunden in Deutschland veranstaltet. Vor 10 Jahren fand der G8-Gipfel mit schweren Ausschreitungen und vielen verletzten Polizeibeamtinnen und -beamten in Heiligendamm/Rostock statt. Beim G7-Gipfel Anfang Juni 2015 im bayerischen Elmau kam es aufgrund massiver Polizeipräsenz, straßenbaulichen und geländeangepassten Maßnahmen zu nahezu keinen Auseinandersetzungen.

Im Gründungsjahr 1999 war der G20-Gipfel in Berlin, erneut richtete die Bundesrepublik dieses Treffen 2004 in der Bundeshauptstadt aus und zuletzt fand der Gipfel im Juli 2017 mit massivster Gewalt gegen eingesetzte Polizeikräfte in Hamburg statt. Insgesamt spricht die Polizeieinsatzleitung von ca. 700 durch Gewalttäter verletzten oder im Zusammenhang mit dem Einsatz zum Beispiel durch Dehydrierung oder Kreislaufzusammenbrüche erkrankten Kolleginnen und Kollegen. Etwa 1.900 Einsatzkräfte kamen aus Niedersachsen, 49 Kolleginnen und Kollegen wurden verletzt.

Gewalttäter zur Rechenschaft ziehen

Neben der gewerkschaftlich organisierten Einsatzbetreuung, an der sich auch ehrenamtliche GdP-ler aus Niedersachsen beteiligt hatten, entsandte der Polizeihauptpersonalrat (PHPR) Dietmar Schilff in der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden des PHPR zur Einsatzbeobachtung nach Hamburg. Die dort von mir, auch im Schanzenviertel während der nächtlichen Auseinandersetzungen, erlebten Hasstiraden von Gipfelgegnern gegenüber der Polizei, die Aggressivität und Gewaltbereitschaft müssen nicht nur verbal geächtet, sondern die Gewalttäter müssen strafrechtlich deutlich zur Rechenschaft gezogen werden.

Viele von der Polizeileitung prognostizierte Szenarien

Einsätze von besonderer Bedeutung

wurden von der Politik offensichtlich nicht ernst genug genommen, so dass, auch angestachelt und aufgeheizt von Unterstützern der gewaltbereiten linksextrremen Szene in Hamburg, autonome Vermummte aus ganz Europa ihre Gewaltorgien begehen konnten.

Wer in unserem Rechtsstaat „Feuer und Flamme für diesen Staat“ skandiert, sich vermummt, Autos und Geschäfte entglast und in Brand steckt, wer Steine, Gehwegplatten und Molotow-Cocktails auf Polizei-beamtinnen und -beamte wirft, um sie nicht nur zu verletzen, sondern auch den Tod mindestens in Kauf nimmt, hat keine Legitimation für eine inhaltliche Diskussion, um die es denjenigen aber offensichtlich sowieso nicht geht.

Politische Debatte erforderlich

Die Debatte um eine friedlichere, gerechtere und gesündere Welt muss weitergeführt werden, auch in größerer Runde. Von Gewalttätern darf man sich nicht vorschreiben lassen, ob und wo man politische Diskussionen führt. Leider sind die wichtigen Ansätze der vielen friedlichen Demonstrationen und Aktionen in Hamburg nicht so in die Öffentlichkeit getragen worden, wie es eigentlich erforderlich wäre. Hiermit muss

die Politik sich weiter befassen. Über die finanzielle Unterstützung von offensichtlichen „Staatsgegnern“, die autonome Zentren zur Gewaltvorbereitung, -unterstützung oder -durchführung nutzen, muss darüber hinaus auch intensiv diskutiert werden.

Welle der Wertschätzung für die Polizei

Festgehalten werden muss aber auch, dass die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, nicht nur in Hamburg, die Polizei bei ihrer schwierigen Aufgabe sich ausgesprochen wertschätzend und zustimmend geäußert und die Polizei auch unterstützt hat. Die GdP wünschte schon kurz nach dem Einsatz allen Kolleginnen und Kollegen gute Besserung und dass sie keinen Schaden zurückbehalten. Die anschließenden, auch von der GdP umgehend eingeforderten Maßnahmen, wie z.B. Sonderurlaub, wurden seitens des Innenministers umgesetzt.

Neues aus der Geschäftsstelle



Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der 2016 sanierten Geschäftsstelle.

Seit dem letzten Delegiertentag hat sich in unserer Geschäftsstelle einiges getan.

Ende 2014/Anfang 2015 sind sämtliche Fenster und die Eingangstür erneuert worden. 2016 wurden die Fußböden und die Beleuchtung erneuert sowie zwei neue (Tee-)Küchen installiert. In diesem Jahr sind die Unwetter auch an der Geschäftsstelle nicht spurlos vorübergegangen, sondern haben eine komplette Sanierung des Kellers erforderlich gemacht; die Arbeiten werden vermutlich Anfang 2018 abgeschlossen sein.

Auch personell hat es einige Veränderungen gegeben. So haben wir Sabrina Schilff und Christian Hoffmann

verabschiedet, die eine Verwendung in anderen Bereichen angestrebt haben. In der Nachfolge konnten wir mit der Einarbeitung von Lars Kohlenberg für den Bereich des Rechtsschutzes und Angela Hübsch für den Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit dafür Sorge tragen, dass die Aufgabenbereiche gut übernommen werden konnten. Außerdem ist Thore Tippe seit Mitte des Jahres 2016 als Justiziar und stellvertretender Landesgeschäftsführer in unserer Geschäftsstelle tätig.

Rechtsschutz

Der Rechtsschutz der Gewerkschaft der Polizei ist ein wesentliches Element unseres Serviceangebots. Der GdP-Rechtsschutz umfasst die unentgeltliche Rechtsberatung durch die GdP Niedersachsen und die Unterstützung durch Übernahme von Kosten bei Rechtsstreitigkeiten.

Mit der Landesgeschäftsführerin und Rechtsanwältin Jana Herzog und dem Justiziar und Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt) Thore Tippe stehen in der Geschäftsstelle zwei Volljuristen zur Beratung und ggf. Vertretung zur Verfügung. Darüber hinaus pflegen wir eine weitreichende Vernetzung mit externen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten. Unser Mitarbeiter in der Rechtsschutzabteilung, Lars Kohlenberg, bereitet den Schriftverkehr vor und trägt entscheidend zur Unterstützung des Rechtsschutzes und der Betreuung der Mitglieder bei.

Erst Genehmigung holen, dann Anwalt beauftragen

Der GdP-Rechtsschutz ist keine Rechtsschutzversicherung, sondern ein solidarischer Rechtsschutz, der aus

den Mitgliedsbeiträgen finanziert wird. Gerade hieran zeigt sich, wie wichtig es ist, die Grundsätze der Rechtsschutzordnung einzuhalten und sich zunächst durch die Landesgeschäftsstelle beraten zu lassen. Die Rechtsschutzbeauftragten der Kreis- und Bezirksgruppen sind die wichtigsten ersten Ansprechpartner. Erst mit ausdrücklicher Rechtsschutzgenehmigung kann ggf. ein/e externe/r Rechtsanwältin/Rechtsanwalt beauftragt werden; andernfalls wären wir nur Zahlstelle, was gerade vor dem solidarischen Hintergrund nicht in Einklang stünde.

Mehr als 200 Rechtsschutzanträge pro Jahr

Die Wichtigkeit des Rechtsschutzes zeigt sich auch an den hohen Fallzahlen. So hatten wir in den Jahren 2014 – 214 Rechtsschutzanträge, 2015 – 213 Rechts-



Die Wichtigkeit des Rechtsschutzes zeigt sich auch an den hohen Fallzahlen.

schutzanträge, 2016 – 243 Rechtsschutzanträge und bis Ende August 2017 – 171 Rechtsschutzanträge. Eine Vielzahl an Fällen konnte durch den Landesbezirk selbst geführt bzw. in Form von Rechtsberatung übernommen werden. U.a. hat die Rechtsabteilung Mitglieder auch als Zeugen- oder Rechtsbeistand unterstützt. Die Rechtsabteilung ist außerdem mit allen rechtlichen Fragen die GdP Niedersachsen selbst betreffend befasst und nimmt im Rahmen der Beteiligungsverfahren auf Gesetzesentwürfe Einfluss.

Vereinfachter Weg zum dienstlichen Rechtsschutz

Im Rahmen des Verfahrens zu Beantragung dienstlichen Rechtsschutzes ist es uns gelungen, eine weitere Vereinfachung für unsere Mitglieder durchzusetzen. Es besteht nun die Möglichkeit, diesen durch die GdP Niedersachsen geltend machen zu lassen. Erforderlich sind die Bevollmächtigung der GdP Niedersachsen zur Wahrnehmung der rechtlichen Interessen des Mitglieds und eine Abtretungserklärung bzgl. der Ansprüche aus dienstlichem Rechtsschutz. Insbesondere wurden die von den Polizeidirektionen, dem LKA, der ZPD und der PA in den jeweiligen Antragsvordrucken geforderten Angaben in einem Merkblatt zusammengeführt, weshalb deren Ausfüllung zukünftig entfallen kann.

Erfolg bei der Rundfunkgebühr

Überdies hat sich die GdP in von uns geführten Verfahren erfolgreich dafür eingesetzt, dass alle Studierenden an der Niedersächsischen Polizeiakademie am Standort Hann. Münden, die eine Wohnung innerhalb der Liegenschaft bewohnen, nicht zur Entrichtung eines Rundfunkbeitrages (ehem. GEZ-Gebühr) verpflichtet sind. Nach der vor Jahren durchgeführten Initiative der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) an die GdP ist sie mit der Rechtsauffassung durchgedrungen, dass die Wohnungen innerhalb der Liegenschaft der Polizeiakademie als Gemeinschaftsunterkünfte anzusehen sind und somit von der Beitragspflicht zu befreien sind.

Thore Tippe

GdP Service GmbH

Die GdP Service GmbH hat in den vergangenen Jahren eine sehr positive Entwicklung genommen. Die Umsatzerlöse sind seit dem Jahr 2012 kontinuierlich auf sehr hohem Niveau gehalten worden. Sie bewegten sich in dieser Zeit zwischen 254.429,82 Euro im Jahr 2012 und 254.829,80 Euro im vergangenen Jahr 2016. Der geringste Umsatzerlös war mit 237.411,323 im Jahre 2013 erzielt worden.

Die Umsätze der Service GmbH generieren sich fast ausschließlich durch die Tätigkeiten im Touristikgeschäft. Dabei veränderten sich die Buchungsumsätze nicht unerheblich, was jedoch nicht unbedingt sofort auch Auswirkungen auf die Umsatzerlöse hatte.

Ziel der Service GmbH ist nach wie vor, durch attraktive Angebote einen Mehrwert für die Mitglieder in der Gewerkschaft der Polizei zu schaffen. Mitgliederbindung und -gewinnung stehen dabei ebenso im Vordergrund, wie die Stärkung der GdP Niedersachsen im Ganzen. So wurden in den vergangenen vier Jahren in etwa 360.000 Euro an Reiserückvergütungen an die Mitglieder der GdP Niedersachsen ausgezahlt.

Das Eigenkapital konnte von 97.197,79 Euro aus dem Jahr 2011 auf nunmehr 195.261,48 Euro im Jahr 2016 gesteigert werden. Die Eigenkapitalquote liegt bei ca. 80 Prozent!

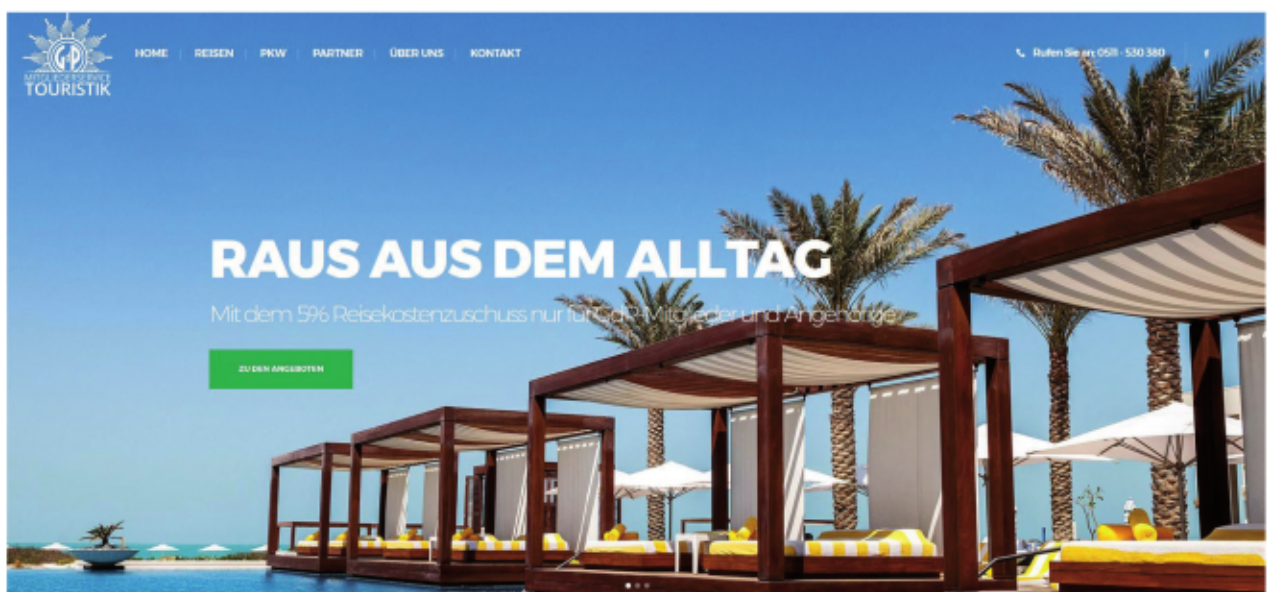
Investition in Werbung und Ausstattung

Darüber hinaus hatte die GdP Service GmbH erhebliche Mittel für Werbemaßnahmen ausgegeben und sich neben der Erneuerung von IT-Technik auch um zeitgemäße Büroeinrichtungen gekümmert.

Trotz dieser großen Aufwendungen konnten zum Teil große Gewinne nach Steuern erwirtschaftet werden.

Neuer Auftritt im Internet

Die Service GmbH hat mit einer neuen Homepage in diesem Jahr nun auch ein neues Gesicht im Internet erhalten. Ziel war es, einen modernen Auftritt zu kreieren. Die Homepage ermöglicht nun das rasche Einstellen von tagesaktuellen Angeboten. Des Weiteren wurden weitere Kooperationspartner hinzugewonnen, was eine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft der Polizei noch attraktiver macht. Mit Andrea Heimberg und Janet Kretschmann verfügt die GmbH über zwei ausgewiesene Fachfrauen, die maßgeblich zum Erfolg des Unternehmens beigetragen haben.



Frisch und modern präsentiert sich die GdP Service GmbH jetzt im Internet. (Screenshot)





GdP Niedersachsen
Berckhusenstraße 133 a
30625 Hannover
www.gdp.de/niedersachsen
Tel. 05 11 / 53 03 7-0